

DAS JÜDISCHE LÜBBEN

Einblicke in eine vergangene Epoche



Förderverein des Stadt- und
Regionalmuseums Lübben e.V.



16
W. Wolff's Waaren-Haus.
Wilhelm Wolff.

Eisenwaaren Werkzeuge

Glas- Porzellan- u. Galanterie

Kinderwagen.
Sport- u. Lieferwagen.

DAS JÜDISCHE LÜBBEN

Einblicke in eine vergangene Epoche

Inhaltsverzeichnis

6	Grußwort Bürgermeister Jens Richter
7	Vorwort Förderverein des Stadt- und Regionalmuseums Lübben (Spreewald) e.V.
8	Die Synagogengemeinde Lübben Monika Nakath
38	Judaica in der Sammlung des Museums Schloss Lübben Marianne Wenzel
56	Schicksale Lübbener Juden in der NS-Zeit Carola Gerlach
112	Familie Wolff und Familie Moses Lübbener Forum, Projektgruppe 2008/09
124	Das Familiengeheimnis. Überleben durch Adoption Ilka Gelhaar-Heider
126	Der „Verlorene Zug“ Lübbener Forum, Projektgruppe 2008/09
132	Das Außenlager Lübben des KZ Sachsenhausen 1944 bis 1945 Andreas Weigelt
157	Die Zwangsarbeit von Erwin Brandes bei Schering in Berlin-Adlershof Carola Gerlach

164	Gedenkliste Lübbener Juden Lübbener Forum, Projektgruppe 2008/09
172	Stolpersteinverlegung mit den jeweiligen Gedenktexen. Astrich, Bock, Burchardi, Moses, Wolff Lübbener Forum, Projektgruppe 2008/09
184	Jüdisches Leben heute – Familie Dawidaschwili Ilka Gelhaar-Heider, 2009
186	Chai heißt Leben – auch in Lübben Marleen Krüger
192	Nachwort 2009 Ilka Gelhaar-Heider, Marian Jobke, André Liebelt
195	Glossar
196	Liste antijüdischer Rechtsvorschriften 1933–1945
200	Impressum

Bürgermeister Jens Richter

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, dass Sie dank des vorliegenden Buches mehr über die Geschichte des „jüdischen Lübbens“ erfahren können. In diesem Buch geht es um die Anfänge einer kleinen Gemeinde in einer brandenburgischen Stadt und ihren Anteil am Stadtbild und -leben. Vorgestellt werden das Leben der Synagogengemeinde und ihre Verfolgung während der NS-Diktatur, welche im Holocaust gipfelte. Auch ihr Nachleben in der städtischen Erinnerung, im Museum und im Straßenbild wird beschrieben. Besonders wichtig ist es, dass die Lübbenerinnen und Lübbener jüdischen Glaubens vorgestellt werden. Ihre Schicksale stehen im Mittelpunkt. An sie möchten wir erinnern.

Die Erstauflage der Publikation (2009) wurde vom Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erarbeitet. Seit einigen Jahren ist die Auflage vergriffen. Deshalb sind das Museum Schloss Lübben und sein Förderverein an das Forum herangetreten, um gemeinsam eine aktualisierte und erweiterte Auflage zu erstellen – denn immer wieder wurde danach gefragt. Das Ergebnis halten Sie in Ihren Händen.

Im Namen der Stadt, des Forums und des Museumsvereins möchte ich den Förderern – der Stiftung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam und der Partnerschaft für Demokratie des Landkreises Dahme-Spreewald – herzlich danken. Ebenso danken wir allen Autorinnen und Autoren für ihre wertvolle, wichtige Arbeit.

Ich hoffe, dass viele Leserinnen und Leser die Erinnerung an die jüdische Geschichte in Lübben bewahren. Das Gedenken an die Familien, die die Stadtgesellschaft einst mitprägten, darf nicht vergessen werden.

Ihr Jens Richter

Bürgermeister der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

Förderverein des Stadt- und Regionalmuseums Lübben (Spreewald) e.V.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Broschüre „Das jüdische Lübben. Einblicke in eine vergangene Epoche“, herausgegeben 2009 vom Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, war und ist die grundlegende Publikation zum Thema.

Seit einigen Jahren ist sie vergriffen, so dass es Zeit für eine Neuauflage wurde. Wir konnten Autorinnen und Autoren für Aktualisierungen und neue Beiträge gewinnen; andere, zeitlose Beiträge sind unverändert abgedruckt. Das vorliegende Heft stellt eine Mischung aus wissenschaftlichen Beiträgen und privaten Erinnerungen dar – vieles lässt sich nicht mehr vollständig rekonstruieren. Doch die vorgestellten Schicksale sind wichtig, sie sind emotional und persönlich. Wir wollen und müssen uns an die Menschen aus unserer Stadt erinnern, die stellvertretend für 6 Millionen Juden stehen, denen im Holocaust gewaltsam ihr Leben genommen wurde. „Nie wieder“ darf keine Phrase sein. Wir wünschen uns ein Miteinander, das keinen Platz für Hass, Hetze und Antisemitismus kennt. Diese Publikation wird den weiterführenden Schulen des Landkreises kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der Verein dankt herzlichst Frau Ilka Gelhaar-Heider vom Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die uns tatkräftig unterstützte und zugleich vertrauensvoll freie Hand ließ. Zusätzlich danken wir der Partnerschaft für Demokratie (Landkreis Dahme-Spreewald), der Stiftung Dahme-Spreewald der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam sowie der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota).

Ihr Förderverein

des Stadt- und Regionalmuseums Lübben (Spreewald) e.V.

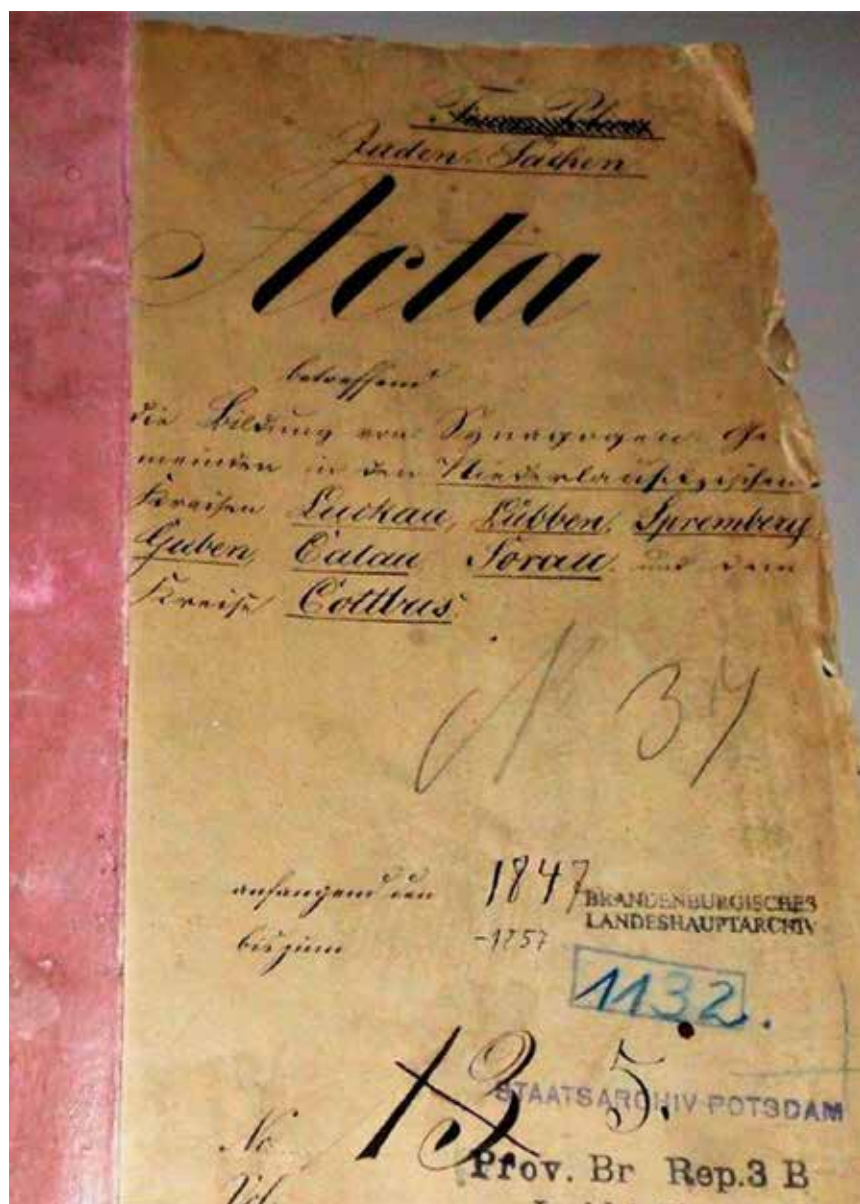


Abb. 1: Akte betreffend Bildung von Synagogengemeinden in den Kreisen Luckau, Lübben, Spremberg, Guben, Calau, Sorau und Cottbus, angelegt 1847. [BLHA, Rep. 3B Regierung Frankfurt (Oder) I Pol Nr. 1132]

Monika Nakath

Die Synagogengemeinde Lübben¹

Die „Synagogen-Gemeinde zu Lübben“ wurde 1853 gegründet. Ihre Bildung erfolgte in Umsetzung eines preußischen Gesetzes.²

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts siedelten sich in der Niederlausitz ca. 440 Juden an bzw. waren hier geboren. Gemeinden existierten zunächst in Cottbus, Guben und Friedland. Das Ordensamt Friedland des Johanniterordens der Ballei Brandenburg gestattete 1709 den Zuzug von Juden in seinen Zuständigkeitsbereich. 1780 war jeder vierte Einwohner Jude, weshalb der Ort umgangssprachlich auch als „Jüdisch Friedland“ bezeichnet wurde. Dort befanden sich der einzige Synagogenbau sowie der älteste jüdische Friedhof der Niederlausitz. Juden aus der Region bestatteten bis 1814 ihre Verstorbenen in Friedland.

Mehr und mehr verlagerte sich jedoch das Zentrum jüdischen Lebens von Friedland nach Lübben. Hierzu trug nicht zuletzt ein tragisches Ereignis bei. 1822 kam es in Friedland zu einem großen Stadtbrand, die Synagoge wurde zerstört und viele Einwohner verloren ihr Heim. Friedländer Juden suchten in der Folge vorrangig in Lübben eine Zuflucht und erhielten in der Regel eine offizielle Zuzugsgenehmigung.³

1 Es handelt sich bei vorliegendem Artikel um zusammengefasste sowie ergänzte Beiträge („Synagogengemeinde zu Lübben“ und „Jüdischer Friedhof zu Lübben“) aus der 2009 vom Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit herausgegebenen Broschüre „Das jüdische Lübben. Einblicke in eine vergangene Epoche.“ Der Verfasserin standen Teile der hierfür angelegten Materialsammlung zur Verfügung.

2 Grundlegend zur Quellenlage u.a. Monika Nakath: Was übrig blieb ... - Archivalien im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. In: Maria Berger, Uri Faber, Felicitas Grützmann, Mathias Albert Koch, Elke-Vera Kotowski (Hrsg.): Synagogen in Brandenburg. Spurensuche. Berlin 2013, S. 30ff. Für die Stadt Lübben erweist sich als zusätzliches Problem, dass im Jahr 1945 beim Brand des Rathauses die kommunale Überlieferung zum Thema weitgehend verloren ging.

Bereits im Mittelalter benannte die Stadt einen zentralen Weg als „Judengasse“. Angesichts dieser Entwicklung der jüdischen Ansiedlung galt es, eine Gebetstätte, einen Ort für die Bestattung der Toten sowie ein Ritualbad einzurichten.

1815 fiel die Niederlausitz im Ergebnis des Wiener Kongresses an Preußen. Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen (1808/16) erfolgte eine Neuorganisation der preußischen Staatsverwaltung. In der Provinz Brandenburg entstanden Regierungsbezirke.⁴ Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des preußischen Staatswesens wurde auch die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung betrachtet. Das „Gesetz über die Verhältnisse der Juden“ vom 23. Juli 1847 regelte ihre Stellung neu. Es schuf – als Fortführung des Judenedikts von 1812 – eine weitgehende Vereinheitlichung des bis dato für Juden geltenden Rechts. Per Dekret wurde in Preußen die Bildung von Synagogengemeinden als öffentlich-rechtliche Vereinigungen angewiesen. „Die Verordnung über die Verhältnisse der Juden ... hat die geduldeten jüdischen Religionsgemeinschaften in Preußen zu bestimmt begrenzte Bezirke umfassenden Synagogengemeinden (Judenschaften) mit dem Rechte juristischer Personen ... erhoben, mit der Maßgabe, daß alle innerhalb eines Synagogenbezirks wohnenden Juden einer solchen Gemeinde angehören müssen (§§ 35–37).“⁵ Der preußische Staat erhielt ein allgemeines Kontrollrecht. Synagogengemeinden waren fortan verpflichtet, den staatlichen bzw. kommunalen Behörden Auskunft über jegliche Angelegenheiten der Gemeinde sowie ihre Mitglieder zu erteilen.

3 Derartige Antragsverfahren sind sowohl in kommunaler als auch in staatlicher Überlieferung dokumentiert. Vgl. hierzu vorrangig: Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald sowie Brandenburgisches Landeshauptarchiv (im Folgenden: BLHA).

4 Aus den preußischen Kriegs- und Domänenkammern gingen in der Provinz Brandenburg drei Regierungen hervor: die für die Kurmark (ohne Altmark) zuständige Regierung in Potsdam, die für die Neumark und die Niederlausitz zuständige Regierung in Frankfurt (Oder) sowie in den Jahren 1816 bis 1822 eine Regierung in Berlin.

Diese Form der Kontrolle von einzelnen Gemeinden durch Provinz- und Bezirksverwaltung stellte ein Spezifikum gegenüber der jüdischen Religionsgemeinschaft dar.

In der Provinz Brandenburg entstanden in der Folge eine Reihe Synagogengemeinden. Für den Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) sind sieben Vereinigungen nachweisbar.⁶ (Vgl. Abb. 1)

In Lübben traf das Interesse der jüdischen Bevölkerung an einer Verlagerung ihres Gemeindelebens an diesen Ort weitgehend mit staatlichen Vorgaben zusammen. So berichtete der Landrat des Kreises 1848 an die Regierung in Frankfurt (Oder): „...die hiesige Judenschaft [besitzt] nicht nur bereits auch wenigstens ein eigenes Bethaus sowie einen Begräbnisplatz und ein Badehaus ... sondern sogar eine vollständige Synagoge mittels Ankauf eines schon dazu ausersehenen Hauses.“⁷

Als „Commissarius Behufs Beglaubigung der unter den Juden vorkommenden Geburts-, Heirats- und Sterbefälle in Gemäßheit des Gesetzes vom 23. Juli 1847“ wurde ein Land- und Stadtgerichts-Rat namens Küsel ernannt, der fortan offiziell das Personenstandswesen in der jüdischen Gemeinde begleitete⁸. Im Ergebnis der staatlichen Überwachung entstand unter der Rubrik „Juden-Sachen“ eine umfangreiche Dokumentation.

5 <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/pageview/627259>
(Abfrage: 02.03.2024).

6 Vgl. BLHA, Rep. 3 B Regierung Frankfurt (Oder) I Pol Nr. 1132, Aktendeckel.

7 Vgl. ebenda, Bl. 12.

8 Vgl. BLHA, Rep. 5 D Amtsgericht Lübben Nr. 82, Bl. 283.
Land-Stadt-Gerichts-Rath Küsel (Kuesel) wurde 1845 in diese Position berufen. Er wirkte davor als Stadt-Gerichts-Assessor in Friedeberg (Neumark). Vgl. u.a. Amtsblatt der Regierung zu Frankfurt a.d.O. 1845, Bl. 159.

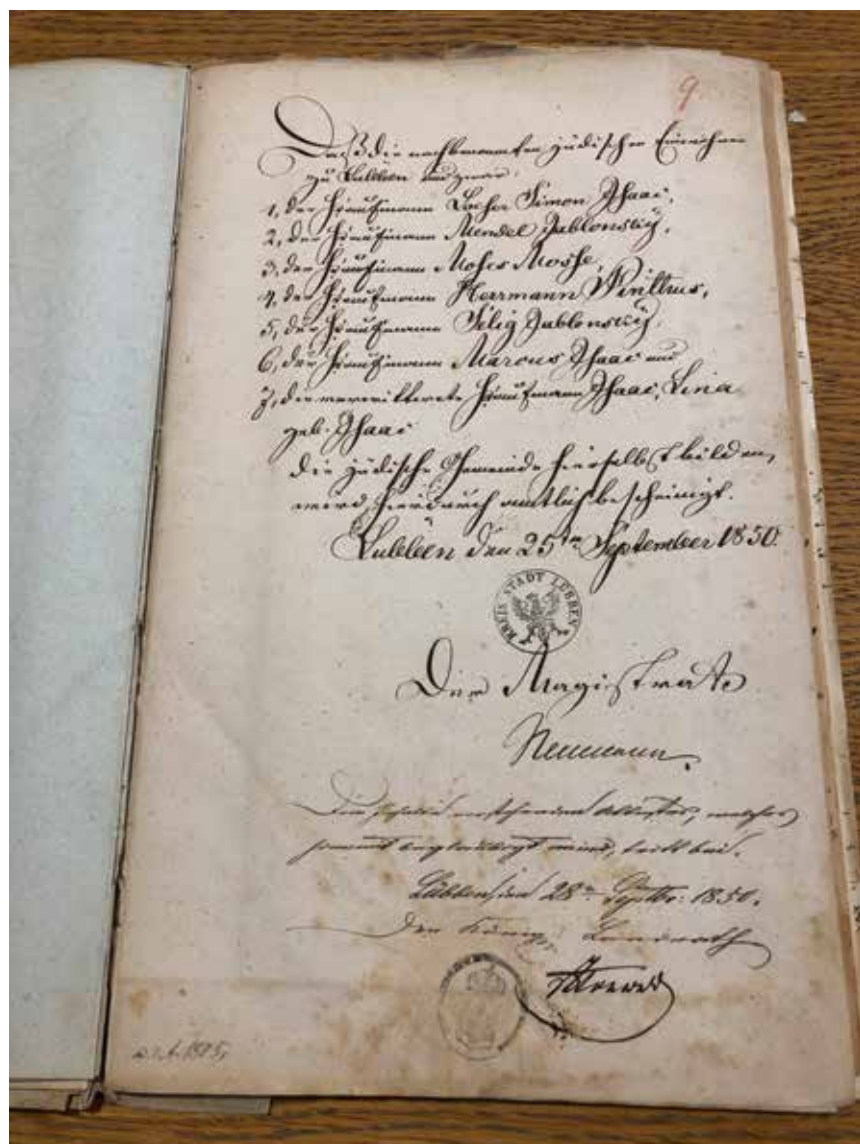


Abb. 2: Schreiben des Magistrats der Stadt Lüneburg mit Aufzählung von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde, Lüneburg 25. September 1850.
[BLHA, Rep. 5 D Amtsgericht Lüneburg Nr. 82, Bl. 9]

Die Synagoge

1842 richtete Loeser Simon Isaac in seinem Haus unweit der „Judengasse“ einen Betsaal ein. 1855 überließ er das gesamte Gebäude der Jüdischen Gemeinde zur Nutzung. Diese errichtete später auf dem Grundstück einen schlichten Neubau. Hierbei erfuhr sie Unterstützung verschiedenster Art, nicht zuletzt durch Spenden aus anderen Gemeinden. 1857 konnte die neue Synagoge an anderer Stelle, hinter der Deutschen Kirche, eingeweiht werden. Die Anschrift lautete „Lübben, Schulgasse 2“.⁹ (Vgl. Abb. 2, 3)

Gemäß Gesetz vom 23. Juli 1847 galt es, für das Gemeindeleben weitere Voraussetzungen zu schaffen. Hierzu gehörten: die Wahl eines Vorstandes und einer Repräsentantenversammlung sowie die Verabschiedung eines Statuts. Jüdische Gemeinden waren und sind Institutionen, die von ihren Mitgliedern geschaffen werden, um ein jüdisches Leben zu ermöglichen.¹⁰

Mit Datum vom 28. Februar 1859 erhielt die Gemeinde ein Statut, das bis 1914 den Rahmen ihres Wirkens bildete. Der Hauptsitz des Synagogenbezirkes Lübben befand sich in der gleichnamigen Stadt. Die Gemeinde umfasste darüber hinaus die Kreise Lübben und Luckau sowie die Filialgemeinde Friedland. Herrmann Pintus, S. Jablonsky und Louis Manasse bildeten den ersten Gemeindevorstand. Als Repräsentanten agierten M. Dresel, M. Hartmann, Moses Moshe, M. Wahrenberg, Marcus Manasse, Kiwi Jacobi, P. Redlich.¹¹ Rudolph Isaac übernahm die Aufgaben des Vorsitzenden.¹² (Vgl. Abb. 4)

⁹ Es handelte sich um das ursprünglich beim Amtsgericht in der „Grundakte von Lübben Band 2 Blatt 77“ verzeichnete Grundstück. Seit 1936 war es im „Grundbuch von Lübben Band 47 Blatt 1521“ verzeichnet. Vgl. u.a. Archiv der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum (Im Folgenden: CJA) 5 B 1 Nr. 112, Bl. 13f.

¹⁰ Vgl. Uri Faber: Säulen jüdischen Gemeindelebens. In: Spurensuche, a.a.O., S. 16ff.

Damit stand der amtlichen Anerkennung einer „Synagogengemeinde zu Lübben“ nichts mehr im Wege.

Für Besucherinnen und Besucher der Gottesdienste galten feste Regeln. Überliefert sind derartige Anordnungen aus dem Jahr 1868. Der Vorstand der Gemeinde in Persona von Mendel Jablonsky und Marcus Manasse unterzeichneten diese am 1. September 1868. Es heißt: „Jede Person die das 13te Jahr erreicht hat und einen Sitzplatz in der Synagoge beansprucht, muss für Benutzung an hohen Festtagen allein 15 [Silbergroschen] und für das ganze Jahr 1 [Reichstaler] zur Gemeindekasse zahlen.“¹³

Zur Innengestaltung des Gebäudes ist wenig bekannt. Es handelte sich um eine kleine saalartige Synagoge. Überliefert ist die Beschreibung einer Nachfahrin des langjährigen Vorsitzenden der Lübbener Synagogengemeinde, Wilhelm Wolff: „Die Wände waren mit einem roten Baldachin aus Samt verkleidet. Die Empore war recht schmal gehalten und bot lediglich Platz für eine Reihe Stühle. Die Säulen, welche die Galerie stützten, blieben Mirjam Rottenberg als elfenbeinfarbig und schraubenförmig in Erinnerung. Der unten liegende Gebetsraum bot schätzungsweise Platz für 50 Männer, während die Galerie für max. 20 Frauen Raum bot.“¹⁴

Die Gemeinde verfügte über keinen eigenen Rabbiner, erhielt jedoch bei entsprechenden Anlässen Unterstützung aus Berlin. Kinder von jüdischen Familien besuchten in der Regel die allgemeine Ortsschule. Sie konnten dort auch am christlichen Religionsunterricht teilnehmen, waren aber nicht dazu verpflichtet.

11 In den amtlichen Dokumenten war es üblich, die Vornamen nur mit Anfangsbuchstaben zu benennen. Es gelang der Vf. nicht, anhand der zugänglichen Überlieferung, alle Vornamen aufzulösen. Deshalb bleibt die Auflistung an dieser Stelle unvollständig.

12 Das Dokument ist an verschiedenen Stellen überliefert. U.a.: BLHA, Rep. 3 B Regierung Frankfurt (Oder) I Pol Nr. 1132.

13 Anordnungen für Gottesdienstbesucher in der Lübbener Synagoge, 1. September 1868. In: Spurensuche, a.a.O., S. 158f.

Der Unterricht in Fragen des Judentums wurde von der Gemeinde organisiert und fand im Hause der Familie Wolff statt. Der Vorsitzende der Gemeinde führte ihn bis 1937 persönlich durch.¹⁵

1914 erfolgte eine Überarbeitung der Gemeinde-Satzung, die nicht zuletzt den Zuschnitt des Synagogenbezirkes betraf. Lübben sowie der gleichnamige Kreis verblieben in ihrer Zuständigkeit, desgleichen der nördliche Teil des Kreises Luckau. Die Filialgemeinde Friedland wurde aufgehoben.

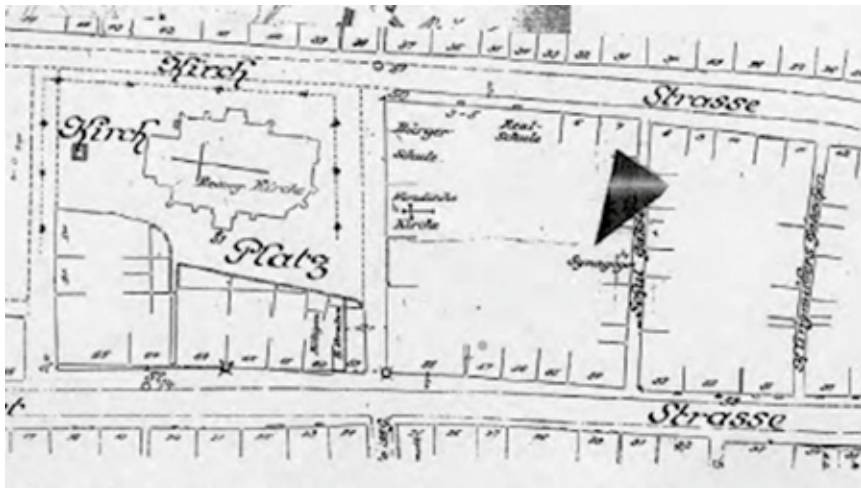


Abb. 3: Ausschnitt aus dem Stadtplan von Lübben mit Hinweis (schwarzer Pfeil) auf Synagogengebäude, 1909. [Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald, B-3, Nachlass Haß Nr. 74, Bl.20]

14 Das jüdische Leben in Lübben, a.a.O., S. 10f.

15 Vgl. ebenda, S. 11. Wilhelm Wolff verzog mit seiner Familie nach Berlin. Die Nachfolge sowohl in der Funktion des Gemeindevorsitzenden als auch im Hinblick auf den Unterricht trat Julius Moses an.



Abb. 4a und 4b: Satzung der Synagogengemeinde zu Lübben (Auszug), Lübben 28. Februar 1859.

[BLHA, Rep. 3B Regierung Frankfurt (Oder) I Pol Nr. 1132, Bl. 54f]

Rechte sind bei der Regierung zur Untersuchung und Entscheidung anzubringen.

§ 116. Der Rechtsweg ist gegen die Entscheidung der Regierung nur dann zulässig, wenn die Klage auf einen speziellen privatrechtlichen Titel gegründet wird.

Abschnitt XIII.

Änderung des Statuts.

§ 117. Eine jede Abänderung dieses Statuts — ausschließlich der im § 20 vorgesehenen, sowie eine Veränderung der im § 1 angegebenen räumlichen Abgrenzung des Synagogen-Bezirks, welche durch die Regierung erfolgt — sei es durch Aufhebung einer bestehenden oder durch Hinzufügung einer neuen Bestimmung, kann nur durch einen rechtsgültigen Beschluß der Repräsentanten-Versammlung erfolgen, welcher die Bestätigung des Synagogen-Vorstandes und demnächst die Genehmigung des Oberpräsidenten der Provinz erhalten hat.

Wohlerworbene Rechte Dritter können jedoch durch eine solche Änderung des Statuts nicht verletzt werden.

Bübben, den 28. Februar 1859.

Der Synagogen-Vorstand.

G. Pinthus. S. Jablonsky. L. Manasse.

Die Repräsentanten.

Rudolph Isaac, Vorsitzender. M. Dresel. M. Hartmann.
M. Mosse. M. Wahrenberg. M. Manasse. M. Friedländer.
Riwi Jacobi. P. Neblich.

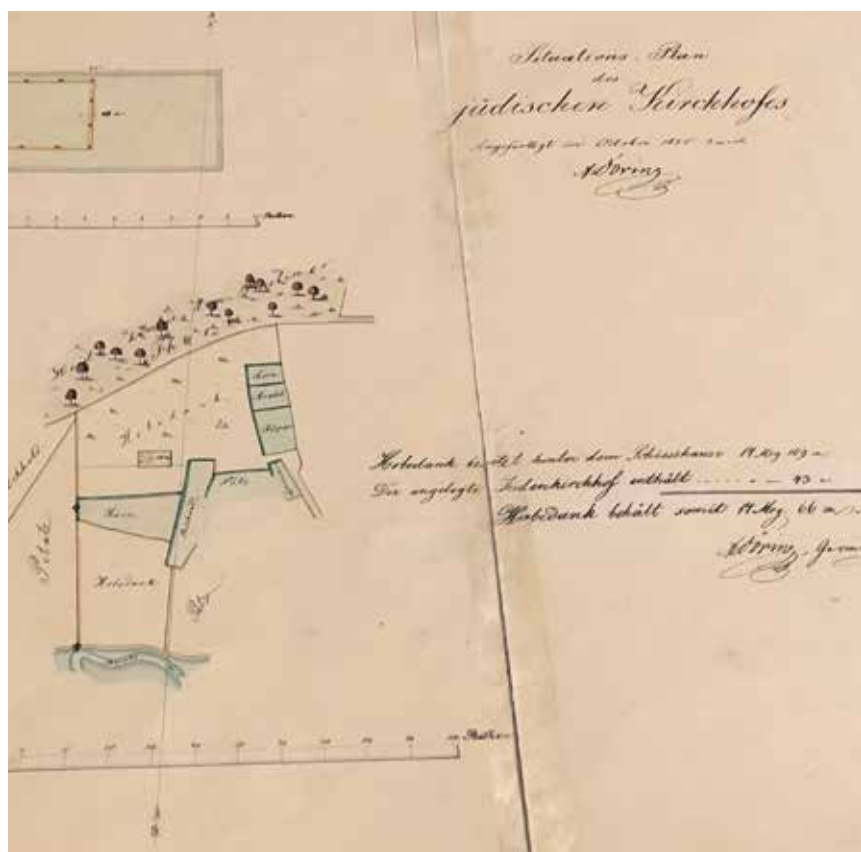


Abb. 5: Situationsplan des jüdischen Friedhofes in Lübben, 1850.
[BLHA, Rep. 105 GA, GA Lübben, Landungen Bd. 1, Bl. 651]

Der Jüdische Friedhof

1838 stellte der Magistrat der Stadt Lübben der Jüdischen Gemeinde für die Errichtung der Begräbnisstätte ein vor der Stadt befindliches Grundstück in der Majoransheide zur Verfügung (Vgl. Abb. 5). Die Gemeinde hatte jährlich einen Taler sowie für jede neue Grabstelle 10 Groschen in die Armenkasse zu entrichten. 1850 ging das Grundstück in das Eigentum der Gemeinde über.¹⁶ Beim Kauf agierten namentlich: Loeser Simon Isaac, Mendel Jablonsky, Moses Moshe, Herrmann Pinthus, Marcus Isaac sowie die Witwe Lina Isaac. (Vgl. Abb. 6) Die ursprüngliche Größe betrug 3.430 qm.¹⁷

Jüdische Friedhöfe weisen Besonderheiten auf, die aus speziellen rituellen Traditionen sowie dem jüdischen Brauchtum erwachsen. Die Einrichtung einer Begräbnisstätte gehörte und gehört neben der Bildung einer Gemeinde zu den Grundvoraussetzungen jüdischen Lebens. In der hebräischen Sprache finden sich unterschiedliche Umschreibungen für die Ruhestätte der Verstorbenen wie „Der gute Ort“ oder „Haus ewiger Ruhe“. Im Unterschied zur christlichen Mehrheitsgesellschaft gehen Jüdinnen und Juden davon aus, dass die Gräber ihrer Toten auf Dauer unangetastet bleiben. Die Lage der Friedhöfe, in der Regel in deutlicher Entfernung zum Wohnort, zeugt von jahrhundertelanger Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung.¹⁸

¹⁶ Vgl. BLHA, Rep. 105 GA, GA Lübben, Landungen Bd. 1, Bl. 651.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Weißleder: Der gute Ort. Jüdische Friedhöfe im Land Brandenburg, Hrsg. Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V., Potsdam 2002, S. 99.

¹⁸ Vgl. u.a. ebenda, S. 7ff.

Name des Besitzers.

Titul

In jüdischen Graven
zu Lublin, bestattet sind:
Hausbesitzer Simon
Isaac
Hausbesitzer Mendel
Zablonsky
Hausbesitzer Moses
Mose
Hausbesitzer Hermann
Pinthus
Hausbesitzer Selig
Zablonsky
Hausbesitzer Marcus
Isaac und
der Wollweber Isaac Anna
geb. Isaac

man kann die
Grabsteine
eher als die
Dreißig Jahre
nach der
Folter der
Kriegsgefangenen
514 Jahre
nach der
3. Januar 185
In Synagoge
für die
mittelst der
und der
mit der
nung, Abt
1872 man
Carl Hobed
Lohn und
Kriegsgefangenen



Abb. 7: Situationsplan der Stadt Lübben mit Hinweis (schwarzer Pfeil) auf die Mikwe, 1875.

[Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald, C-K-1338]

Die Mikwe

Für traditionsgebundene Juden ist das Vorhandensein eines Ritualbades, das hebräisch Mikwe genannt wird, wichtiger als die Existenz eines besonderen Synagogengebäudes. Bei einem Bad in der Mikwe geht es ausschließlich um kultische Zwecke, d.h. die Herstellung bzw. Wiederherstellung einer rituellen Reinheit. Zum jüdischen Bad in Lübben liegen wenige Informationen vor. 1869 ersteigerte die Synagogengemeinde von der Stadt Lübben das ehemalige Ladehaus der Schützengilde, um hier eine Mikwe einzurichten. Einem Situationsplan der Stadt aus dem Jahr 1875 kann entnommen werden, dass sie sich in Nähe des Flusses Berste und gegenüber dem Schützenhaus befand. (Vgl. Abb. 7) 1901 verkaufte die Synagogengemeinde das Gebäude wieder.¹⁹

Betrachtet man die zahlenmäßige Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Lübben, so zeigt sich folgendes Bild: Eine Heberolle aus dem Zeitraum 1868/69 listet für den gesamten Bezirk 29 Gemeindemitglieder auf.²⁰ (Vgl. Abb. 8) 1902 lebten in Lübben insgesamt 6.816 Einwohner, darunter 60 „Seelen“ jüdischen Glaubens.²¹ Im Jahr 1925 gehörten der Gemeinde Lübben 34 Mitglieder an. In den umliegenden Orten Luckau, Lieberose und Friedland lebten weitere 45 Personen, die sich am Gemeindeleben beteiligten.

19 Vgl. Klaus Neitmann, Kathrin Schröder, Kärsstin Weirauch: „Ist Zierde des Landes gewesen“. Lübben (Spreewald) im Spiegel archivalischer Quellen, Berlin 2006, S. 211.

20 Vgl. Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald, B-3 Nachlass Haß Nr. 74, Bl. 21.

21 Vgl. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, Berlin 1903. (Vgl. auch: <https://www.digi-hub.de/viewer/image/1572951040124/33/#topDocAnchor>; Abfrage 14.04.2024)

Nr.	Gemeinde Mitglieder	Ortschaft.	nach der Abfertigung	Vorauszahlung		in der 1/2
				27 16/2.	27 16/2.	
1.	I. Bull	Lübben	900 bis 1000.	16.	40.	16
2.	M. Brimm	do.	100 - 200.	1.	2.	16
3.	I. Blau	Walters.	300 - 400.	4.	10.	4.
4.	M. Drefel.	Luthau.	700 - 800.	12.	30.	12
5.	H. Duthers.	Lübben.	infolant	—	—	—
6.	J. Ettau.	do.	300 - 400.	4.	10.	4
7.	J. Gerdes	große Leuthen.	100 - 200.	1.	2.	16
8.	M. Grofmann	Krugau.	300 - 400.	4.	10.	4
9.	M. Hartmann	Luthau.	700 - 800.	12.	30.	12
10.	M. Jooat.	Lübben.	100 - 200.	1.	2.	16
11.	M. Jablonetz jun.	do.	700 - 800.	12.	30.	12
12.	M. Jablonetz senior	do.	100 - 200.	1.	2.	16
13.	I. Jablonetz	do.	500 - 600.	8.	20.	8
14.	H. Jablonetz	do.	700 - 800.	12.	30.	12
15.	Leop. Manafes.	do.	300 - 400.	4.	10.	4
16.	Leop. Manafes	do.	900 - 1000.	16.	40.	16
17.	Mor. Manafes	do.	900 - 1000.	16.	40.	16
18.	M. Mofes.	do.	700 - 800.	12.	30.	12
19.	I. Mofes.	große Leuthen.	100 - 200.	1.	2.	16
20.	A. Saloschütz.	Salzen.	100 - 200.	1.	2.	16
21.	B. Schönlange	Ring Kuntorf.	400 - 500.	6.	15.	6
22.	A. Saubor.	Lübben.	200 - 300.	2.	5.	2
23.	M. Wahrenberg.	do.	700 - 800.	12.	30.	12
24.	L. Wammuth	Rucklau.	300 - 400.	4.	10.	4
25.	M. Wammuth.	Radendorf.	400 - 500.	6.	15.	6
26.	Wita Zierke	Stönewalde	unbezogen	—	—	—
27.	J. Lauffer	Stönewalde	200 - 300.	2.	5.	2
28.	Leop.	Lübben.	100 - 200.	1.	2.	16
29.	Leop.	Stönewalde.	unbezogen	—	—	—
Soy.				171.	438	

Abb. 8: Heberolle der Synagogengemeinde Lübben, 1868/69.

[Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald, B-3, Nachlass Haß Nr. 74, Bl. 21]

Die Zahl der in der Stadt ansässigen Mitglieder der Synagogengemeinde blieb in den folgenden Jahren weitgehend konstant. So werden 1932 im Gemeindelexikon des Freistaates Preußen für den Kreis Lübben entsprechend der Religionszugehörigkeit insgesamt 46 „Juden“ gezählt. Hiervon lebten in der Stadtgemeinde 39 und in den Landgemeinden sieben Personen. Der Anteil an der Wohnbevölkerung in der Stadt Lübben betrug 0,4 Prozent.²² Trotz dieser prozentual geringen Anzahl prägten sie das öffentliche Bild in erheblichem Maße. (Vgl. Abb. 9, 10)

Jüdisches Leben in Lübben erschien zunächst erfolgreich: Die Anzahl jüdischer Bürgerinnen und Bürger nahm zu und sie agierten selbstbewusst. Insbesondere in den Bereichen Handel und Handwerk trugen Gemeindemitglieder maßgeblich zur Entwicklung der Stadt bei. Verwiesen sei hier beispielhaft auf das Schreiben von Bürgermeister Karl Kirsch an den Regierungspräsidenten in Frankfurt (Oder) vom 28. November 1928, in dem er diesen darum bat, den Kaufmann Wilhelm Wolff zum 50-jährigen Jubiläum als Synagogenvorstand zu beglückwünschen. Kirsch beschrieb den Gemeindevorsteher mit folgenden Worten: „Wolff erfreut sich des unbegrenzten Vertrauens nicht nur seiner Gemeinde-Mitglieder, sondern auch fast aller Kreise hiesiger Stadt. Er ist als ein ehrenwerter und ganz besonders wohlthätiger Mann bekannt, geehrt und geachtet.“²³ Der Regierungspräsident entsprach dem mit Schreiben vom 28. November 1928.²⁴

22 Vgl. Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen (hrsg. vom Preußischen Statistischen Landesamt), Bd. III, Berlin 1932, S. 57.

23 Kreisarchiv Landkreis Dahme-Spreewald, A-4 Lübben, Sig. 5810, Bl. 177.

24 Der Schriftwechsel ist abgedruckt in: „Ist Zierde des Landes gewest“, a.a.O., S. 217.



Abb. 9: Synagoge in Lübben, Schulgasse 2.
[Foto: Familie Omri Charasch (Israel), privat]



Abb. 10: Jüdischer Friedhof in Lübben mit Grabstellen der Familie Moses (vor 1941). [Fotos: Familie Omri Charasch (Israel), privat]

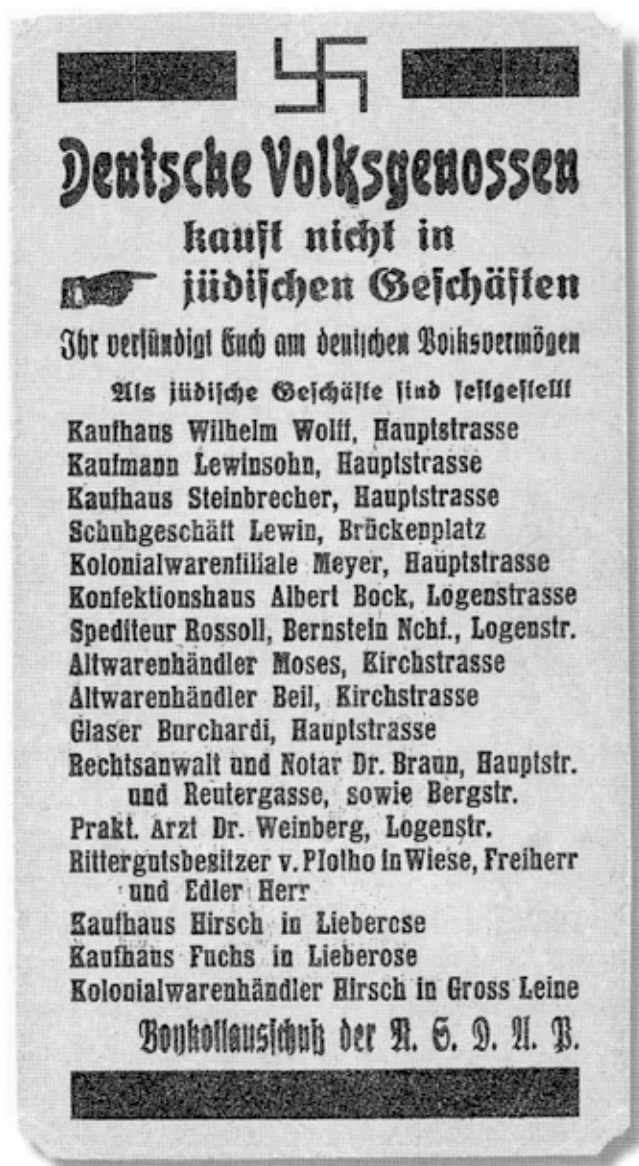


Abb. 11: Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, Lübben 1. April 1933.
[Lübbener Kreisblatt vom 1. April 1933]

Zum Schicksal der Gemeinde unter der NS-Diktatur²⁵

Am 30. Januar 1933 übernahm die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in Deutschland die politische Macht. Adolf Hitler wurde zum Reichskanzler ernannt. Laut Statistik lebten zu diesem Zeitpunkt in Deutschland rund 450.000 Personen, die als „Glaubensjuden“ bezeichnet wurden. Ihr Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung betrug knapp 0,77 Prozent. In der Provinz Brandenburg lebten insgesamt 7.616 jüdische Personen, die in 54 Gemeinden zusammengeschlossen waren. Mehr als ein Drittel davon war in Städten und größeren Orten der Region ansässig. Das Leben der in Lübben wohnhaften Gemeindemitglieder wurde zunehmend von der antisemitischen Rassenpolitik dominiert.

Bei den Kommunalwahlen vom 12. März 1933 in der Provinz Brandenburg erhielt die NSDAP in Lübben mit 1.505 der insgesamt 3.909 abgegebenen gültigen Stimmen die Mehrheit der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung.²⁶ Nationalsozialistische Judenverfolgung prägte zunehmend den Alltag. Sie hatte unterschiedliche Facetten: staatsbürgerliche Entrechtung und Ausgrenzung, Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, Genozid. Hierbei lassen sich verschiedene Phasen erkennen: Einzelne antijüdische Maßnahmen auf der Grundlage von Notverordnungen und Ermächtigungsgesetzen (1933–1935), legislatorische

²⁵ Grundsätzlich hierzu u.a.: Laurenz Demps: Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit, in: Ingo Materna u.a. (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte. Berlin 1995; „Gestern sind wir gut hier angekommen“. Beiträge zur jüdischen Geschichte in der Niederlausitz, in: Der Speicher. Jahresschrift des Kreismuseums Finsterwalde und des Vereins der Freunde und Förderer des Kreismuseums Finsterwalde, 2005, H.9; Monika Nakath: Aktenkundig „Jude“. Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg. Vertreibung – Ermordung – Erinnerung, Berlin 2010; Edda Weiß: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933–1945, Berlin 2003.

²⁶ Vgl. Lübbener Kreisblatt vom 14. März 1933.

Ausgrenzung auf der Basis der „Nürnberger Gesetze“ und nachfolgender Gesetze und Verordnungen (1935–1938), Pogrome, erste Massenverhaftungen und Deportationen (1938–1941) sowie Deportationen und physische Massenvernichtung (1941/42–1945). Schicksale von Personen und Familien aus der jüdischen Gemeinde Lübben verdeutlichen diese Geschehnisse. Im Folgenden sollen nur beispielhaft Vorgänge beschrieben werden.

Beiträge im „Lübbener Kreisblatt“ vermitteln ein Bild vom regionalen Alltagsleben.²⁷ So veröffentlichte das Blatt den Aufruf der NSDAP vom 1. April 1933, jüdische Geschäfte zu boykottieren. Es enthält eine Auflistung jüdischer Geschäfte sowie Arzt- und Anwaltspraxen und ist somit auch indirekt Beleg für die Stellung altingesessener Familien in der Kommune.²⁸ (Vgl. Abb. 11)

Forderungen nach Umbenennung der „Judengasse“ wurden schnell massiver. Hinsichtlich dieses Straßennamens bestanden tradierte, antisemitische Vorbehalte. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten stellten dort ansässige Hausbesitzer Anträge an die städtische Verwaltung, die Straße umzubenennen. Bürgermeister Karl Kirsch²⁹ war zunächst verunsichert. Er wandte sich an den Stadtarchivar, Martin Stahn, und beauftragte ihn, die Historie der Gasse zu ergründen. Kirsch schrieb: „Bevor ich diesen Antrag dem Magistrat vorlege bzw. darüber selbst entscheide, wäre mir eine Aeusserung von Ihnen sehr erwünscht, ob und inwieweit meine Annahme, dass die Bezeichnung ‘Judengasse’ historische Bedeutung hat, zutrifft und ob Sie vom Standpunkte der Altertumsforschung die Umbenennung befürworten können.“³⁰

27 Vgl. Lübbener Kreisblatt: allgemeiner Kreisanzeiger für Stadt und Land Lübben, Spreewald; mit den Bekanntmachungen der Stadt- und Kreisverwaltungen Lübben; Mitteilungsblatt des Bundes Deutscher Osten e.V., Landesgruppe Ostmark.

28 Vgl. Lübbener Kreisblatt vom 1. April 1933.

29 Zur Person von Karl Kirsch, der das Bürgermeister-Amt bis 1936 inne hatte, vgl. u.a. Kathrin Schröder: Verdiente Bürgermeister von Lübben. In: Festschrift 850 Jahre Lübben. Lübben 1999.

Stahn antwortete in einem umfangreichen handschriftlichen Papier über die Genese des Straßennamens seit 1525.³¹ Letzten Endes beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Lübben am 7. April 1933 die Umbenennung. Das Kreisblatt informierte seine Leserschaft am 15. April 1933 mit den Worten: „Endlich erhielt die Judengasse, deren Bezeichnung bis zum Jahre 1525 nachweisbar ist, den Namen ‘Zur Bleiche’“.³²

Als besonders einschneidend für das jüdische Gemeindeleben erwies sich das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen“ vom 28. März 1938. Den Gemeinden und ihren Verbänden wurde ab 1. April 1938 die Stellung als Körperschaften des öffentlichen Rechts entzogen.³³ Sie wurden zu Vereinen degradiert, die keinerlei öffentliche Rechtsansprüche mehr besaßen. Formal endete damit das Gemeindeleben in seiner bisherigen Verfasstheit. Während des antisemitischen Novemberpogroms 1938 erlitt das Gebäude der Synagoge Verwüstungen. Ein an den Löscharbeiten Beteiligter schilderte: „Am 10. November 1938 frühmorgens wurden wir Feuerwehrleute alarmiert ... Der Innenraum brannte, das Feuer hatte aber noch nicht weit um sich gegriffen. Wir erinnern uns an einen Stoffbaldachin, den wir herunter reißen mußten, an Tücher, die wir ablöschten... es roch aber verdächtig nach Brandstiftung. Wir wußten ja, was los war.“³⁴

30 Schreiben des Magistrats der Stadt Lübben an das Stadtarchiv bezüglich der Umbenennung der „Judengasse“, Lübben 5. April 1933 und anliegende Auskünfte des Ständischen und Stadtarchivars, Martin Stahn. In: BLHA, Rep. 19 Nachlass Martin Stahn, Nr. 65, o. Bl. 28.

31 Vgl. ebenda.

32 Lübbener Kreisblatt vom 15. April 1933.

33 Vgl. RGBl. I 1938, S. 338.

34 Friedrich Herrbruck: Zur neuesten Geschichte der Juden in Lübben. (MS) In: BLHA, Rep. 801 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus Nr. 22797, o. Bl. Friedrich Herrbruck befragte anlässlich des 40. Jahrestages des Pogroms in Lübben noch lebende Zeitzeugen der Ereignisse und hielt die Ergebnisse fest.



Abb. 12: Schofar der Lübbener Synagoge.
[Foto: Familie Omri Charasch (Israel), privat]

Die Feuerwehr hatte ausdrücklich Befehl, zwar die Nachbarhäuser vor einem Übergreifen des Feuers zu schützen, jedoch nicht die brennende Synagoge zu löschen. Am gleichen Tag titelte die Lübbener Zeitung „Jüdische Synagoge demoliert“ und berichtete, die „Inneneinrichtung der Synagoge in der Schulgasse wurde heute Nacht demoliert und durch Feuer beschädigt“.³⁵

Zurück blieb eine Ruine, deren Fenster und Türen vernagelt wurden. Endgültig zerstört wurde das Gebäude erst im April 1945 – die Stadt Lübben brannte in den Kämpfen Ende April nieder.

Mit Vertrag vom 18. Dezember 1938 erwarb Elisabeth Görsch das Synagogen-Grundstück zum Preis von 300 RM. Wie in derartigen „Arisierungs“-Fällen üblich, genehmigte der Regierungspräsident in Frankfurt (Oder) den Verkauf unter der Auflage, dass das Geld auf ein Sperrkonto bei einer Devisenbank einzuzahlen ist. Die Eintragung der neuen Eigentümerin in das Grundbuch erfolgte am 30. August 1939.³⁶ Erst in der Nachkriegszeit stellte sich heraus, dass zwei Kultgegenstände den Anschlag überstanden. Das Schofar befindet sich heute bei Nachfahren der Familie des ehemaligen Gemeindevorstehers Julius Moses, denen die Flucht nach Israel gelang.³⁷ (Vgl. Abb. 12) Die Thora-Rolle fand sich bei Emigranten in Bolivien an.³⁸ Ein Schriftwechsel zwischen dem Landesverband der Jüdischen Gemeinde in der DDR und dem Rat der Stadt Lübben aus dem Jahr 1953 bestätigt die Brandstiftung. Es wird eine männliche Person namentlich genannt, die noch 1945 auf ungeklärte Weise zu Tode kam.³⁹

35 Lübbener Kreisblatt vom 11. November 1938.

36 Vgl. CJA, 5 B 1, Nr.112, Bl. 1,4,13ff; Vgl. auch CJA, 5 B 1, Nr. 107, Bl. 32f.

37 Vgl. Das jüdische Lübben, a.a.O. S. 31.

38 Vgl. ebenda, S. 11.

39 Vgl. CJA, 5 B 1, Nr. 112, Bl. 6.

Auch in Lübben fanden im Zusammenhang mit dem Pogrom Verhaftungen männlicher Gemeindemitglieder statt. So wurde z.B. Julius Moses in das KZ Sachsenhausen verbracht, wo er bis 13. Dezember 1938 inhaftiert blieb.⁴⁰

Am 17. März 1939 erfolgte im Deutschen Reich eine erneute Volkszählung. Sie beinhaltete erstmalig eine amtliche Sonderzählung von Personen, die nach den NS-Rassegesetzen als „jüdisch“ eingestuft wurden, darunter eine „Übersicht über die Zahl der Juden und jüdischen Mischlinge in Preussen (nach Kreisen)“.⁴¹

Im Landkreis Lübben waren dementsprechend 22 „Juden“, 23 „Mischlinge 1. Grades“ und 22 „Mischlinge 2. Grades“ ansässig. Für die „Gemeinde Lübben, Kreisstadt“ werden folgende Personen ausgewiesen: 16 „Juden“, sechs „Mischlinge 1. Grades“ und fünf „Mischlinge 2. Grades“. Darüber hinaus befanden sich in der „Landesanstalt Lübben“ zwölf Personen, die nach den NS-Rassegesetzen als „Juden“ galten.⁴²

In den Jahren 1939/40 lebten in der Provinz Brandenburg überwiegend Jüdinnen und Juden, denen die Emigration nicht gelang. Der Novemberpogrom 1938 führte noch einmal zu einer Massenflucht. Einige Familien suchten zunächst Zuflucht bei Verwandten sowie in der Anonymität der Großstadt Berlin. So erklären sich in der Regel auch zwischenzeitliche Anschriften von Personen aus Lübben in Berlin. Viele wurden ab 1941 gemeinsam mit Familienangehörigen deportiert.

Wann in Lübben die letzte Beisetzung nach jüdischem Ritual stattfand, konnte bisher nicht zweifelsfrei ermittelt werden. Aus im Centrum Judaicum Berlin überlieferten Dokumenten geht

⁴⁰ Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de1123472> (Abfrage: 04.04.2024). Julius Moses (*21.01.1883/+ 9.10.1944) zog nach seiner Entlassung nach Berlin, von wo er am 17. März 1943 nach Theresienstadt und später in das KZ Auschwitz deportiert wurde.

⁴¹ Vgl. Bundesarchiv R 1509/2161. Vgl. auch <https://tracingthepast.org/die-volkszählung-von-1939>.

⁴² Vgl. ebenda.

hervor, dass vermutlich 1938 ein Begräbnis erfolgte. Es handelte sich um Max Hirsch, geb. am 21. Juli 1886 in Groß Leine (Kreis Lübben), der am 20. August 1938 im Jüdischen Krankenhaus in Berlin verstarb.

Max Hirsch ist im Beisetzungsregister des Friedhofs Weißensee erfasst, weil die Überführung des Toten von dort erfolgte. Es ist zu vermuten, dass er auf dem Jüdischen Friedhof in Lübben beigesetzt wurde. Einen endgültigen Beleg hierfür gibt es jedoch nicht.⁴³ 1941 „arisierte“ die Stadt Lübben das Friedhofsgelände und ebnete es 1942 ein. Die Kommune errichtete später quer über den Friedhof eine Straße. Die Firma „Teichmann“ nutzte große Teile des Areals als Werksgelände.

Mitte März 1942 begannen im Zuständigkeitsbereich der Gestapo-Stelle Frankfurt (Oder) Vorbereitungen für einen ersten Deportationstransport, der die Bezeichnung „Frkf. I“ trug. Zu diesem Zeitpunkt lebte das Ehepaar Burchardi als letzte jüdische Familie in Lübben. Beide wurden am 2. April 1942 über Berlin nach Warschau in das dortige Ghetto verbracht, wo sich ihre Spur verliert.⁴⁴ Am 20. Juni 1943 wird der Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) in der „Frankfurter Oderzeitung“ als „judenfrei“ bezeichnet.⁴⁵ Die jüdische Gemeinde Lübben war de facto ausgelöscht. Im „Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945“ werden sieben Personen aus dem Bereich der ehemaligen Lübbener Synagogengemeinde mit Einträgen geehrt.⁴⁶

43 Vgl. Beisetzungsregister des jüdischen Friedhofs Weißensee (Kopie im CJA). Max Hirsch lebte mit seiner Frau vormals in Lieberose, Am Markt 8.

44 Vgl. Beitrag zur Familie Burchardi im vorliegenden Band.

45 Vgl. Aktenkundig „Jude“, a.a.O., S. 279.

46 Vgl. <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch>. Vgl. auch Gedenkliste Lübbener Juden im vorliegenden Band.



Abb. 13: Erster Gedenkstein zur Erinnerung an die Lübbener Synagoge.
[Foto: Familie Mirjam Rottenberg (Israel), privat]

Abb. 14: Denkmal auf dem Jüdischen Friedhof in Lübben.
[Foto: J.-H. Janßen]

Der Umgang mit dem jüdischen Erbe in der Nachkriegszeit gestaltete sich schwierig. Lange Zeit mangelte es an einer würdigen Erinnerung. Zeugnisse jüdischer Kultur, eines weitgehend vernichteten traditionellen jüdischen Lebens rückten erst nach und nach in das Bewusstsein. Hierzu gehörte auch, eine Gedenkkultur zu entwickeln sowie Erinnerungsstätten zur Mahnung einzurichten.⁴⁷

50 Jahre nach dem Pogrom von 1938 wurde am 9. November 1988 am ehemaligen Standort der Synagoge in der Schulgasse ein schlichter Gedenkstein enthüllt. Er trägt die Inschrift: „Hier befand sich die Lübbener Synagoge. In der Pogromnacht vom 9. zum 10. Nov. 1938 wurde sie von den Faschisten zerstört.“⁴⁸(Vgl. Abb. 13) Auf dem Gelände des geschändeten Friedhofs entstand eine Parkanlage. 1952 wurde ein erster Gedenkstein gesetzt. Die Initiative ging von dem damaligen Stadtrat Herbert Lewinsky aus. Hierbei wurden noch unter der während der NS-Zeit angelegten Straße befindliche Särge dem Boden entnommen und unter den Gedenkstein verbracht. 1955 platzierte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vor Ort „Zum Gedenken an die Angehörigen der jüdischen Gemeinde von Lübben, die hier zur letzten Ruhe gebettet wurden“ eine Tafel. Der Friedhof befindet sich heute in Rechtsträgerschaft der Stadt Lübben. Grabstätten sind nicht mehr vorhanden.⁴⁹(Vgl. Abb. 14)

⁴⁷ Vgl. Zeugnisse jüdischer Kultur. Erinnerungsstätten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, Berlin, 1992, S. 98.

⁴⁸ Vgl. BLHA, Rep. 801 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus Nr. 22797.

⁴⁹ Vgl. Zeugnisse jüdischer Kultur, a.a.O., S. 98. Vgl. auch: Wolfgang Weißleder: Der gute Ort. Jüdische Friedhöfe im Land Brandenburg, Hrsg. Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V., Potsdam 2002, S. 99.



Abb. 1: Die Postkarte „Judengasse“ gehört zu einer Serie, die von der Lübbener Druckerei Richter & Munkelt aufgelegt worden ist. [AK 1541]

Marianne Wenzel

Judaica in der Sammlung des Museums Schloss Lübben

Die Geschichte des Museums Schloss Lübben und seiner Sammlung ist mehrfach unterbrochen. Das erste Museum, gegründet 1906, brannte im April 1945 aus. Eine Neugründung zu DDR-Zeiten hatte nur einige Jahre Bestand; die vorrangig naturwissenschaftliche Sammlung überdauerte den Tod des Museumsleiters nicht lange. Für die dritte Museumsgründung (Eröffnung 2001) wird seit dem Ende der 1990er Jahre die Sammlung neu aufgebaut. In der Sammlung, die Stadt- und Regionalgeschichte abbilden möchte, bestehen viele Lücken. Jüdisches Leben spiegelt sich kaum in ihr wieder.

Die jüdische Gemeinde in Lübben war klein, im Stadtbild war sie dennoch sichtbar: Eine Synagoge nahe der Hauptkirche, Geschäfte in der Innenstadt und die „Judengasse“ selbst bezeugten das Leben der Minderheit in Lübben. Im Westen der Stadt lag der jüdische Friedhof mit Trauerhalle. Die Lübbener jüdischen Glaubens waren nicht die einzige religiöse bzw. ethnische Minderheit in der vorwiegend protestantischen Kreisstadt, hier lebten auch Katholiken und Sorben/Wenden. Das Unrecht der NS-Diktatur traf die jüdischen Einwohner jedoch am härtesten.

Die Geschichte der wenigen Objekte, die sich im Museum Schloss Lübben befinden und einen Bezug zum jüdischen Leben in der Stadt herstellen, werden hier vorgestellt und zugleich in den Kontext der städtischen Ereignisse eingebettet.



Abb. 2: Die Zeichnung „Zur Bleiche“ von Kurt Lange stammt aus dem Jahr 1940. Bis zur Machtübernahme der NSDAP hieß die Straße „Judengasse“. [VII 0240]

Judaica

Im Museum befinden sich nur wenige Sachzeugnisse jüdischen Glaubens und Lebens, sogenannte Judaica. Wie an anderer Stelle geschildert, war Lübben für den Großteil seiner jüdischen Bevölkerung nicht der letzte Wohnort mit Meldeadresse. Die Lübbener, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten oder ihr aus rassistischen Gründen als zugehörig angesehen wurden, zogen etwa nach dem Novemberpogrom 1938 in die anonymere Großstadt Berlin und nahmen sicherlich den wichtigsten Besitz mit. Denkbar ist, dass gerade Mobiliar in Lübben verblieb.¹

Welche Objekte können sich in der Sammlung befinden und als Judaica gelten? Fotografien und Postkarten mit entsprechenden Motiven. (Personal-)Dokumente, die häufig in Museen und auch Archiven sind, gibt es hier nicht. Hinweise auf jüdisches Leben vor dem Holocaust können auch Telefonbücher und Grabsteine vom jüdischen Friedhof bieten. Hinzu kommen Objekte aus der Lübbener Synagoge oder private Gegenstände, wie Menora, Chanukka-Leuchter oder eine Schabbat-Lampe, sie wären ebenfalls eindeutig als Judaica zuzuordnen. Ältere Unterlagen des Standesamtes Lübben werden im Kreisarchiv aufbewahrt. Hier wurden auch Geburten und Sterbefälle der jüdischen Bevölkerung verzeichnet, die Religionszugehörigkeit ist Teil des Formulars. Eine Teil-Auswertung für die Stadt Lübben ist online einsehbar, auch sie macht jüdisches Leben sichtbar.²

Es besteht die Möglichkeit, dass im Rahmen der Enteignungen von jüdischen Personen zwischen 1933 bis 1945 Objekte aus jüdischem Besitz in das Museum gelangt sind. Für Enteignungen in dieser Zeit hat sich der Begriff „ns-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut“ etabliert.

1 Vgl. Beitrag Dr. Monika Nakath im vorliegenden Band.

2 www.luckauer-juden.de, erstellt von Silvia Kolley, zuletzt aufgerufen: 8. April 2024.



Abb. 3: Ob die Kanne tatsächlich in der Lübbener Synagoge genutzt worden ist, ist unsicher. Die Kanne selbst – ohne Gravur – stammt jedoch sicher aus der Zeit vor der Reichspogromnacht (9./10. November 1938). [V 2068]

Das Lübbener Museum ist mit seinen Objekten, Inventarverzeichnissen und Dokumenten im April 1945 abgebrannt. Einige Lücken konnte das Projekt „Verlustsache Märkische Sammlungen“ schließen, so dass zumindest ein Teil der zerstörten Objekte aus dem Museum bekannt ist, teils mit Bild und Zugangsdatum. Aus der fraglichen Zeit (1933–1945) ist kein Zugang überliefert.³ Möglich ist dennoch, dass aus der Synagoge oder aus jüdischem Besitz Objekte unrechtmäßig in die Sammlung des Museums gelangten.⁴ Heute haben sich die Spuren verloren.

Um Gewissheit über womöglich unrechtmäßig enteigneten Besitz zu erlangen, hat das Museum 2016 einen Erstcheck Provenienzforschung durch Mathias Deinert durchführen lassen. Es wurde die gesamte Sammlung auf ihre Herkunft geprüft, so dass auch jüdisches Eigentum, das während der NS-Diktatur enteignet worden ist und erst nach 1945 in die Sammlung kam, gegebenenfalls zurückerstattet werden kann. Es gab nur wenige Verdachtsfälle, die nachfolgend vorgestellt werden.⁵

3 Siehe <https://www.museen-brandenburg.de/projekte/verlustsache-maerki-sche-sammlungen/luebben-museum>, zuletzt aufgerufen 8. April 2024.

4 Bekannt ist etwa, dass nach dem Suizid der jüdischen Studienassessorin Sophie-Charlotte Astrich ihr Besitz versteigert wurde. In der erhaltenen Versteigerungsmitschrift sind die Käufer, u.a. ihres Speisezimmer-Mobiliars, ihres Grammofons und von zwei Ölgemälden namentlich überliefert, das Museum erscheint nicht unter den Käufern, BLHA Potsdam, Rep. 204 A, Nr. 3618, Bl. 6–18.

5 Vgl. Bericht zum Provenienzcheck der Sammlung des Museums Schloss Lübben, durchgeführt im Jahr 2016 durch Mathias Deinert, nicht veröffentlicht. Die Objekte, die mutmaßlich aus jüdischem Besitz stammen und deren Weg ins Museum ungeklärt ist, sind in der Datenbank Lost Art des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste gemeldet.

Kanne (V 2068)

Ein weiteres Objekt stellt eine Verbindung zwischen der Stadt Lübben und ihrer jüdischen Glaubensgemeinschaft her: eine Kanne mit der Inschrift „Synagoge Lübben“, eine Stifterinschrift fehlt auf ihr. Ob die Kanne aus der Synagoge stammt oder es sich um eine Fälschung handelt, ist kaum zu beantworten. Für den Gottesdienst gibt es notwendiges „liturgisches“ Gerät: eine Tora, die Schriftrolle, sowie einen Schrein, in dem sie aufbewahrt wird. Die Kanne könnte bei der rituellen Handwaschung in der Levitenkammer eingesetzt worden sein. Demnach könnte es sich bei der Kanne um eine Levitenkanne handeln.

Im Jahr 2011 wurde die Kanne über den Online-Versteigerungsplatz eBay für die Sammlung des Museums Schloss Lübben erworben. Der damalige Verkäufer gab die Auskunft, dass er sie einige Jahre zuvor auf einem Berliner Flohmarkt erworben hatte. Auf einer Seite der Kanne ist „Synagoge Lübben“ eingraviert, auf der gegenüberliegenden Seite ein Davidsstern. Auf dem Boden der Kanne sind zwei Punzen eingepreßt, die eindeutig auf einen Hersteller deuten: die Firma Bing aus Nürnberg.

Laut Auskunft des Spielzeugmuseums Freinsheim, das sich der Firma und ihren Produkten widmet, weist die Marke auf eine Produktion zwischen 1926 und 1938. Dann endete die Produktion von Haushaltsgegenständen.

Eine weitere Punze verrät: Es passen 1 ¼ Liter in die Kanne. Eine Anfrage an das Spielzeugmuseum Freinsheim bestätigt, dass die Firma kein liturgisches Gerät herstellte. Eine nachträgliche Gravur wäre jedoch nicht ungewöhnlich. Eine deutschsprachige Inschrift - anstatt einer hebräischen - ist in der Jahrhundertwende vom 19. auf das 20. Jahrhundert und den nachfolgenden Jahrzehnten durchaus üblich.

Etwa zur gleichen Zeit kam auch der Davidsstern als Symbol der jüdischen Gemeinschaft stärker in die Nutzung. Zuvor verweist der Stern oft auf Brauereien. Es gibt einige Judaica mit gesicherter Herkunft, die eine solche Inschrift aufweisen.

Als Beispiel dient ein Kiddusch-Becher, der im Stadtmuseum Cottbus aufbewahrt wird und der frei von einem Fälschungs- bzw. Imitatsverdacht ist. Seine Überlieferungsgeschichte gilt als sicher. Auf der Lübbener Kanne fehlt eine Stifter-Inschrift, die allerdings längst kein „Muss“ ist.

Untersuchungen der Legierung bzw. dem Material helfen bei der Frage nach der Echtheit kaum weiter. Grundsätzlich in Frage kommt eine Röntgenfluoreszenzanalyse (RFA) zur Materialanalyse. Sie könnte Aufschluss über die Zusammensetzung des Materials geben und so einen Hinweis auf die Entstehungszeit der Kanne geben. Die Kanne stammt jedoch gesichert aus der Zeit vor 1938, so dass eine RFA keine weitere Auskunft gibt. Von Interesse wäre eine gesicherte Auskunft, wann die Inschrift angebracht worden ist, doch für den chemischen Prozess der Oxidation gibt es eine zu große Anzahl an Variablen.

Gegen die Authentizität sprechen das Ausbrennen der Lübbener Synagoge im November 1938 während der Reichspogromnacht und die generell geringe Chance einer Überlieferung. Dennoch: Auch die Tora-Rolle und das Schofar der Gemeinde überstanden die Reichspogromnacht. Doch Fälschungen von Judaica sind in verschiedenen musealen Einrichtungen wahrscheinlich gemacht worden. Insbesondere in Potsdam gibt es vergleichbare Objekte, bei denen das Verkäufergebahren durchaus Misstrauen rechtfertigt. Dennoch muss man konstatieren: Handelt es sich bei der (Leviten-) Kanne der Firma Bing um eine Fälschung, dann ist sie dennoch recht geschickt, da die Kanne selbst alt genug ist, um authentisch zu sein. Ob es sich bei der Kanne um ein Imitat oder ein authentisches Stück aus der Lübbener Synagoge handelt, kann nicht mit Sicherheit entschieden werden.

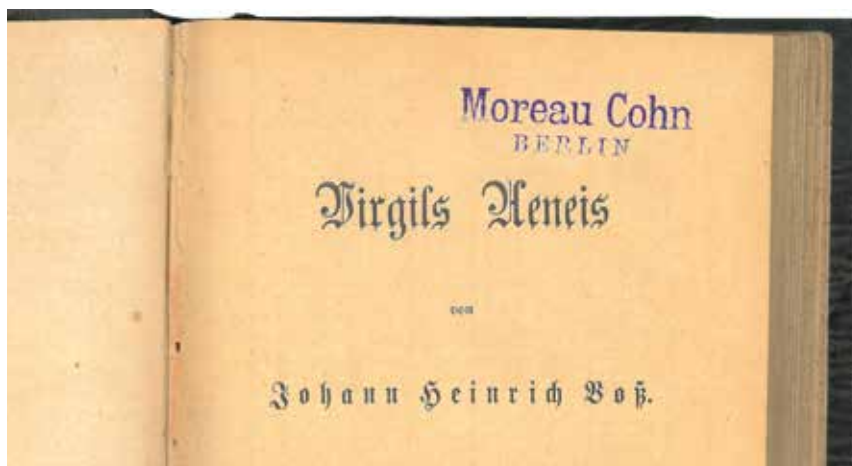


Abb. 4: Immer wieder kommen einzelne Kleiderbügel aus den jüdischen Warenhäusern Wilhelmy oder Wolff neu in die Museumssammlung.
[V 2170]

Abb. 5: Der Nachname „Cohn“ weist auf einen jüdischen Vorbesitzer des Buches. Die Besitzgeschichte von Moreau Cohn zum Museum ist lückenhaft.
[B 0276]

Kleiderbügel (u.a. V 1181-1 bis -5)

Aus den Warenhäusern von Adolph Wilhelmy und Wilhelm Wolff befinden sich insgesamt elf Kleiderbügel aus Holz mit Metallbügel in der Sammlung des Museums. Aus dem Warenhaus Wilhelmy hat sich sogar Verpackungspapier erhalten. Während des Erstchecks Provenienz wurden auch die Kleiderbügel der zwei jüdischen Bekleidungsgeschäfte Wilhelmy und Wolff geprüft. Sie gelten als unverdächtig und sicherlich nicht widerrechtlich entzogen, vielmehr gehörten sie wohl zum Lieferumfang bei Käufen.

Buch (B 0276)

Das Buch Virgils Aeneis, von Johann Heinrich Voß übersetzt, kam 1997 durch einen Ankauf in die Sammlung. Es trägt den Stempelabdruck Dr. Moreau Cohn / Berlin und stellt ein Einzelobjekt dar, keines der übrigen Bücher aus dem angekauften Konvolut trägt einen Stempel von Dr. Cohn. Ob es sich bei dem Vorbesitzer um Dr. Moreau Cohn oder einen Moritz (dt. Variante des Vornamens?) Cohn handelte, ist unsicher, so Deinert. Ebenso unsicher ist der Weg, den das Buch nahm. Es ist unklar, ob Dr. Cohn oder seine Erben das Buch freiwillig abgegeben haben oder unter Druck darauf verzichten mussten.



Abb. 6: Das Straßenschild machte im Stadtbild auf die Umbenennungen aufmerksam. Ein vergleichbarer Hinweis ist auch heute angebracht.

[VI 1858]

Straßenschild (VI 1858)

Im Jahr 1424 zahlten Juden Steuern in Lübben, doch das stellt kein Indiz für dauerhaftes jüdisches Leben in der Stadt dar. Das zweite Lübbener Stadtbuch erwähnt eine Lübbener Judengasse das erste Mal im Mai 1525.⁶ Es lebten nicht durchgängig Menschen jüdischen Glaubens in der Stadt, eine Vertreibung von Juden ist für 1540/42 und 1573 überliefert.

Einige Straßenschilder weisen auf die mehrfachen Umbenennungen einer Straße, die zwischen dem Lübbener Marktplatz und der Stadtmauer verläuft, lange Zeit hieß sie „Judengasse“, im April 1933 wurde sie in „Zur Bleiche“ umbenannt. Ihren ursprünglichen Namen trägt sie erneut nach einem Beschluss der Stadtverordneten im Dezember 1990. Jüdisches Leben lässt sich also insbesondere dort verorten, Geschäfte befanden sich später auch in der Hauptstraße. Die Erinnerung an die jüdische Gemeinde geschieht vorrangig außerhalb des Museums, dank der Stolpersteine, die an die Ermordeten, Vertriebenen und Verfolgten erinnern. Ein anderer greifbarer Ort wäre die Synagoge in der Kirchstraße (früher: Schulgasse), sie wurde allerdings in der Reichspogromnacht 1938 niedergebrannt. Heute erinnert eine in den Boden eingelassene Gedenkplatte an den Standort. Eine weitere Gedenktafel erinnert an den ehemaligen jüdischen Friedhof an der Majoransheide.

⁶ Urkundenbuch der Stadt Lübben, Band 1: Die Lübbener Stadtbücher 1382–1526, Stadtbuch no. II, Dresden 1911, S. 166, no. 524.



Abb. 7: Der Grabstein der Eheleute Mathilde und Julius Isaac befindet sich auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee, auf dem Gräberfeld H 2.
 [Foto: Marianne Wenzel]

Fehlstellen und fehlende/mögliche Objekte – Grabsteine als Exponate

Die Bedeutung von Friedhöfen und Gräbern im jüdischen Glauben weicht vom christlich geprägten Umgang mit ihnen deutlich ab. Gräber sind für die Ewigkeit angelegt, die Körper der Toten werden nicht verbrannt. Grabsteine sollen dauerhaft auf dem Friedhof verbleiben, bis sie womöglich irgendwann kippen bzw. umfallen und im Erdreich versinken. Grabstellen werden nicht neu belegt. Jüdische Grabsteine gehören nicht ins Museum, doch verschiedene Umstände können dazu führen, dass sie dennoch in einer Sammlung landen.

Während also christliche Grabsteine in der Sammlung des Museums durchaus vorkommen, gibt es keine jüdischen Steine. Der jüdische Friedhof an der Majoransheide wurde 1941 eingeebnet, die Grabsteine zerschlagen und anschließend für den Straßenbau verwendet. Trotzdem kann hier der Grabstein eines Lübbeners gezeigt werden: Der Grabstein des 1833 in Lübben geborenen Julius Isaac und seiner Ehefrau Mathilde steht bis heute auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee. Isaac wurde bei der Lübbener Einwohnerzählung von 1843 als Sohn von Bertha und Loeser Simon Isaac erfasst, der Vater war als Kaufmann tätig.

Nr. 86. C.

Köthen, am 6. Juli 1881

Der untenzeichneten Standesbeamten ertheilt hies., der
Verstorbener nach

A. Manasse,

der Kaufmann Max Manasse

verheiratet in Köthen, Markt St. 86.

mit zugeht an, daß seine Schwester Gertrud

Manasse

1 Monat alt, mosaischen Religion,

verheiratet in Köthen

geboren in Köthen

Professor des Kaufmanns Max Manasse,
wobei auf seinen eigenen Antrag hin
Haberberg in Köthen

in Köthen in vorerwähnter Beziehung

am 4. Juli

des Jahres tausend acht hundert achtzig und einer

Neujahrstag um zwölf Uhr

verstorben ist.

Beglaubigt, unterschrieben von

Max Manasse.

Der Standesbeamte.

Max Manasse.

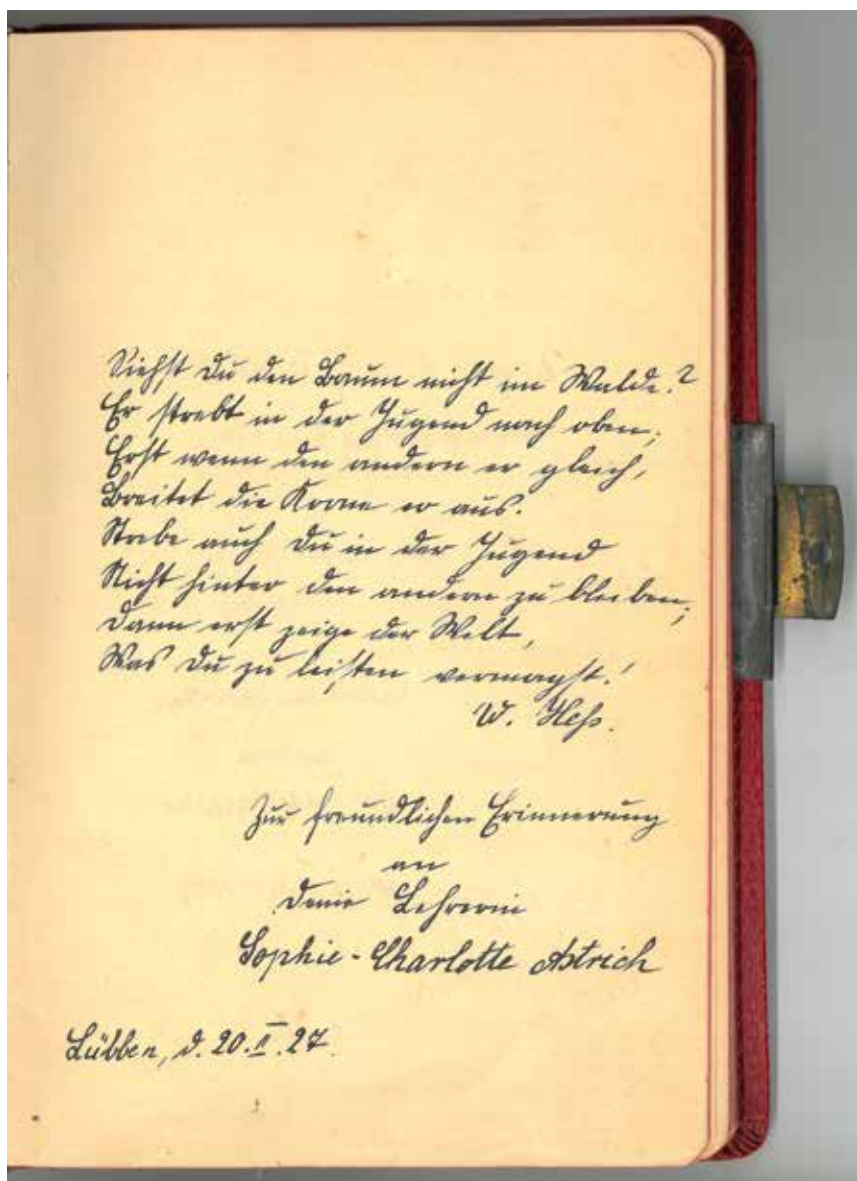
Die Unterscheidung mit dem Hauptort der Geburt.

Köthen, am 6. Juli 1881

Der Standesbeamte.

W. W. W.

Abb. 8: In den Unterlagen des Standesamtes wurde auch die Religionszugehörigkeit aufgenommen. Der Kaufmann Max Manasse zeigte den Tod seiner Schwester Gertrud vom 4. Juli 1881 an. Als Religion wurde „mosaisch“ – jüdisch – angegeben. [Kreisarchiv Luckau]



Kieft du den Sonnen nicht im Thale?
Er steht in der Jugend noch oben;
Gibt wann du unten er glieh,
Drehtet die Krone er umb.
Nur auf du in der Jugend
Nicht hinter den unter zu blasen;
Dann erst zeige der Welt,
Was du zu leisten vermögest.
W. Hep.

Zu freundlichen Erinnerung
an
Jenin Leserin
Sophie-Charlotte Astrich

Lübben, d. 20. I. 24.

Abb. 9: Im Poesiealbum von Marianne Hirschland findet sich ein Eintrag der Lehrerin Sophie-Charlotte Astrich. Sie war zur evangelischen Konfession konvertiert, wurde jedoch als Jüdin verfolgt. Vgl. Beitrag ab Seite 61. [V 2407]

Fazit

Die Verfolgung der deutschen und europäischen Juden während der NS-Zeit hat sechs Millionen Menschenleben vernichtet und ihre Sachzeugnisse zerstört. Im Museum Schloss Lübben befinden sich kaum Zeugnisse der jüdischen Gemeinde und ihres Lebens. Verschiedene Formate versuchen dennoch immer wieder an sie zu erinnern und zu mahnen. Museen, die einen Zugang zu jüdischem Leben ermöglichen, sind u.a. das Jüdische Museum Berlin, die Alte Synagoge in Erfurt, weitere Museen gibt es in Frankfurt (Main) und München.

** Für Auskünfte und Hinweise dankt die Autorin Katharina König (Metallrestauratorin, Berlin), Dr. Linda Wiesner (Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt/Main), Uwe Groll (Spielzeugmuseum Freinsheim), Dagmar Pfeifer (Stadtmuseum Cottbus) und Andreas Sachse (Museumsverband des Landes Brandenburg e.V.).*



Abb. 1: Brandenburgische Landesanstalt Lübben
[Brunkhorst, Lübben]

Carola Gerlach

Schicksale Lübbener Juden in der NS-Zeit

Akten, Aussagen, Dokumente

1928 beging der Magistrat zu Lübben als Aufsichtsbehörde der kleinen Synagogen-Gemeinde das 50. Jubiläum des Kaufmanns und Synagogenvorstehers Wilhelm Wolff (geb. 17.05.1849, Niemaschkleba, Krs. Guben). In einem persönlich gezeichneten Schreiben an den Regierungspräsidenten in Frankfurt an der Oder begründete Bürgermeister Karl Kirsch¹ diese Ehrung mit dem Allgemeinwohl der Stadt: „Wolff erfreut sich des unbegrenzten Vertrauens nicht nur seiner Gemeinde-Mitglieder, sondern auch fast aller Kreise hiesiger Stadt. Er ist als ein ehrenwerter und ganz besonders wohlthätiger Mann bekannt, geehrt und beachtet.“²

1933 stand das Kaufhaus Wilhelm Wolff in der Hauptstraße 16 an der Spitze der Lübbener Juden-Boykottliste, die der Boykottausschuss der NSDAP. am 1. April veröffentlichte.³ Die Stadt muss – wie andernorts – voll von Plakaten gewesen sein: „Deutsche Volksgenossen. Kauft nicht in jüdischen Geschäften. Ihr versündigt Euch am deutschen Volksvermögen.“ Die Boykottliste markiert einen Wendepunkt. Sie dokumentiert einerseits die Integration der deutschen Juden, die auch in der kleinen Stadt Lübben stattgefunden hatte; denn die Kaufleute, Händler, Handwerker, Rechtsanwälte und Ärzte, die hier als „jüdisch“ ausgegrenzt werden, hatten ihre Niederlassungen längst nicht mehr im Ghetto der Judengasse, sondern wie andere Geschäftsleute in

1 Vgl. Kathrin Schröder: Verdiente Bürgermeister von Lübben. In: Festschrift 850 Jahre Lübben (1150–2000). Hg. von der Stadt Lübben im Dezember 1999, S. 66–68.

2 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Außenstelle Lübben (BLHA A.L.), Rep. 8 Lübben, Nr. 5810, Bl. 177.

3 Lübbener Kreisblatt vom 01.04.1933.

der Hauptstraße, Kirchstraße, Gerichtsstraße und Logenstraße, im Zentrum der Stadt. Andere Einwohner Lübbens, die erst durch die Rassenverfolgung der NS-Zeit zu „Juden“ wurden, arbeiteten in öffentlichen Einrichtungen wie dem Gymnasium, beim Zoll oder in der Stadtverwaltung, waren Ärzte, Pfleger, Schwestern oder Patienten in der Brandenburgischen Landesanstalt.

Viele hatten gar keinen religiösen Bezug zur Synagogen-Gemeinde, waren zur evangelischen Kirche übergetreten und lebten als Bürger unter ihresgleichen. Für sie alle setzte der „Judenboykott“ und die Absperrung von Läden in Lübben Straßen ein sichtbares böses Zeichen, den Beginn der Verfolgung als Juden. 1939 gab es in Lübben keine jüdischen Geschäfte mehr. Es gab nur noch einzelne Einwohner, nun nach rassistischen Gesichtspunkten als Juden gekennzeichnete Personen.⁴ Die Geschäftsinhaber waren meist vertrieben, ihr Eigentum „arisiert“. Die jüdischen Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte entlassen, die Patienten der Landesanstalt noch da, malträtiert.

Nach 1945 gab es in Lübben zwei jüdische Frauen, die über die Verheerungen der Nazizeit Bericht erstatteten. Die kleine Lübbener Synagoge war beim Novemberpogrom 1938 ausgebrannt und im Krieg zerstört,⁵ der Friedhof niedergetrampelt und zu einer Straße verbaut,⁶ ihre eigenen Angehörigen und die jüdischen Einwohner Lübbens ermordet. Eine jüdische Gemeinde hat es in Lübben nie mehr gegeben, jedenfalls bis jetzt nicht. Nur ein paar Denkmale, Stolpersteine bleiben zurück.

4 Bundesarchiv Berlin (BAB), R 1509 Reichssippenamt – Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung zur Volkszählung vom 17.05.1939 (Datenbank).

5 Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum Archiv (CJA), 5 B1 Nr.107 Grundstücke des Befehls Nr.82 der SMAD (1948-1951); CJA, 5 B1 Nr.112 Grundstück in Lübben (1949-1950, 1953-1954); Friedrich Herrbruck: Lübben. In: Helmut Eschwege: Geschichte der Juden im Gebiet der ehemaligen DDR. Manuskript, um 1988, Berliner Stadtbibliothek, S. 507-511; Horst Haase, Pfarrer i.R.: Kirchen in Lübben. In: Festschrift 850 Jahre Lübben, S. 96-97

Ich habe versucht, in diesen Abgrund hineinzusehen, anhand von Akten, Aussagen und Dokumenten. Der Aufsatz setzt die Arbeit von Friedrich Herrbruck, Rolf Ebert und Katrin Schröder, von Christina Orphal und Helmut Haß, von Annette Hinz-Wessels, Kristina Hübener, Heike Müller, Lübbener Schülern und anderen fort und erzählt Einzelschicksale einiger weniger Lübbener Juden, jüdisches Leben unter den Bedingungen der Verfolgung in der Kleinstadt Lübben (Spreewald). Wer aber waren die Verfolger?

Viele Ratgeber und Archive hatten Anteil an meiner Arbeit, die unvollständig bleiben muss. Es fehlt immer an Zeit und Geld. Es muss an anderer Stelle weitergemacht werden. Akten und Quellen gibt es in großer Zahl.

6 Brief von Betty Schmidt vom 04.01.1950 an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden. In: CJA, 5 B1, Nr. 112; Rat der Stadt Lübben: Stellungnahme vom 26.2.1952. In: Landkreis Dahme-Spreewald, Kreisarchiv Lübben, Bestand Lübben, Abt. Inneres, Zug. Nr. 11083 (unfol.); Wolfgang Weißleder: Der gute Ort. Jüdische Friedhöfe im Land Brandenburg. Potsdam 2002: (Hg.) Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V., S. 99.



Abb. 2: Grab von Sophie-Charlotte Astrich auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee – eine schwarze Tafel ohne Text.
[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Sophie-Charlotte Astrich

Studienassessorin Sophie-Charlotte Astrich (geb. 30.08.1893, Berlin) hatte eigentlich eine richtige Lübbenerin werden wollen. Sie legte 1918 in Breslau das akademische Staatsexamen ab und bewarb sich nach Lehrerfahrten 1925 um die im Stellenblatt für Mittelschulen ausgeschriebene wissenschaftliche Lehrerstelle an der Mädchenmittelschule Lübben. Da sie mit ihren Lehrfächern Mathematik, Naturwissenschaft und ihrem Übertritt zur evangelischen Kirche die wichtigsten Voraussetzungen erfüllte, wurde sie vom Schulausschuss beim Magistrat unter Vorsitz von Bürgermeister Karl Kirsch aus dem Kreis von zehn Bewerberinnen ausgewählt. Astrich trat ihren Dienst zu Ostern 1926 mit einer Vergütung von 243,10 Mark an, zum 01.01.1928 folgte dann die Festanstellung mit Pensionsberechtigung. Das Besoldungsdienstalter wurde von der Regierung, Abteilung Kirchen- und Schulwesen in Frankfurt an der Oder großzügig auf den 1. April 1925 festgesetzt.

Astrich hatte erst einmal ihr Ziel erreicht. Sie verzichtete auf ein höheres Gehalt und auf eine Tätigkeit, die ihrer akademischen Ausbildung entsprach, um in Lübben ansässig zu werden. „Mir liegt daran, eine dauernde Stellung zu erlangen, da in diesem Falle meine Mutter, die vorläufig in Breslau wohnt, mit mir an den Ort meiner festen Anstellung ziehen würde“, hatte sie bei ihrer Bewerbung geschrieben.⁷ 1930 kaufte sie, zu damals günstigen Konditionen, in dem neuen Siedlungsgebiet jenseits der Bahn ein Grundstück,⁸ baute ein kleines Haus, das die Zeitläufe überdauert hat, und wohnte ab etwa 1933 in Lübben, Brunnenstraße 8. Ihre Mutter, Margarete Astrich geb. Gellin, war allerdings inzwischen gestorben.

7 BLHA A.L., Rep. 8 Lübben, Nr. 6283 Akten des Magistrats der Kreisstadt Lübben betr. Anstellung der Lehrerin Charlotte Astrich von 1926 (unfol.), 04.11.1925.

8 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Grundbuch Lübben 25/903.

1933 zerfiel der Traum von Lübben als Platz in der Welt. Am 31. März 1933 erhielt die beamtete Mittelschullehrerin ein von Bürgermeister Kirsch persönlich gezeichnetes Schreiben mit Zustellungsurkunde: „Vorbehaltlich der Zustimmung der Regierung werden Sie hiermit von heute ab bis auf weiteres beurlaubt.“⁹ Gründe wurden ihr nicht mitgeteilt.

Der Magistrat erfüllte in vorauseilendem Gehorsam das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07.04.1933 (RGBl. I, S. 341), das politische Gegner und sogenannte Nichtarier aus dem öffentlichen Dienst vertrieb. „Auf Veranlassung des Aktions-Ausschusses zur Beseitigung des jüdischen Einflusses haben wir die Mittelschullehrerin Sophie Astrich von heute ab, vorbehaltlich der dortigen Zustimmung, bis auf weiteres beurlaubt“,¹⁰ ließ Bürgermeister Kirsch die Regierung in Frankfurt an der Oder wissen. Bei dieser Beurlaubung blieb es dann auch, es folgte die endgültige Versetzung in den Ruhestand, aufgrund des niedrigen Dienstalters ohne Ruhegehalt. Die junge Frau war ja auch gerade erst 40 Jahre alt. Sie musste von dem leben, was sie von ihren Eltern geerbt hatte, und galt in der Kleinstadt Lübben fortan als die „Jüdin“ Astrich.

1938 treffen wir sie wieder. Inzwischen hatte sie Lübben verlassen, wohnte in Berlin.¹¹ Vielleicht hatte sie versucht zu flüchten, und es ist ihr nicht gelungen. 1938 ist sie wieder in Lübben, wie wir den Akten des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg (OFP) entnehmen können. In diesem Aktenbestand sind die Nachweise über die Kontrolle, Enteignung und Deportation der Juden in die Vernichtungslager niedergelegt.¹²

9 BLHA A.L., Rep. 8 Lübben, Nr. 6283 (unfol.), 31.03.1933.

10 Ebd.

11 BLHA A.L., 7A 366 Lü, Nr. 96/1571. Alphabetisches Straßen-Verzeichnis. Plätze und Häuser und deren Bewohner im Gebiet der Stadt Lübben. Stand Mitte März 1937 (Teilkopie).

12 BLHA, Rep. 36A: Teilbestände: alphabetische Kartei, Akten über die Vermögenserklärung, Beschlagnahme und Enteignung, Transportlisten der Gestapo.

Am 22. November 1938, kurz nach dem Novemberpogrom, teilte die Zollfahndungsstelle im Auftrag des OFP die „Vorläufige Sicherungsanordnung“ mit: „Die Charlotte Astrich, Lübben, Brunnenstraße 8 darf über ihr gesamtes Vermögen nur mit Genehmigung des Herrn Oberfinanzpräsidenten Brandenburg – Devisenstelle – Berlin NW 7, Luisenstraße 31a verfügen. Insbesondere gilt dies für a) Guthaben, Forderungen bzw. Wertpapierdepots [...] b) Grundstück in Lübben, Brunnenstraße 8. [...] Begründung: Es besteht der Verdacht der Auswanderung...“¹³ Für die „endgültige Sicherungsanordnung“ muss Astrich ihr Vermögen völlig offenlegen, alle Einnahmen und Konten werden gesperrt, bei der Deutschen Bank wird ein Sperrkonto geführt. Nur dort darf sie von ihrem eigenen Geld monatlich RM 500, nach Kriegsbeginn RM 300 abheben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Trotz der Bezeichnung „Freibetrag“ ist jede kleine Freiheit abgeschnitten. Astrich kommt damit gar nicht zurecht. Sie überschüttet die Devisenstelle beim OFP mit Anfragen, trotz Verwarnung. Aber sie unterschreibt ab 01.01.1939 mit dem demütigenden Zusatznamen.¹⁴ Sophie-Charlotte „Sara“ Astrich schwebt in Lebensgefahr.

In dieser Zeit, vor allem nach Beginn des Krieges, versucht Astrich, Beziehungen zu den Bauern im nahegelegenen Treppendorf herzustellen. Sie arbeitet bei ihnen, um sich überhaupt ernähren zu können, bekommt dafür mal ein Ei, etwas Gemüse oder Fallobst, darf sich Reisig auflesen. Dem Bauern K. gibt sie einen Teil ihres ererbten Schmucks und Silbergeschirrs in Verwahrung sowie RM 1.200, die sie sich von dem so genannten Freibetrag abgespart hat. Es ist ein Hilferuf und der Versuch, etwas Luft zum Atmen zu haben, trotz der Verordnungen und Gesetze des Staates gegen Juden. Diese Beziehung scheitert. In ihrer testamentarischen Verfügung schreibt Astrich: „Da ich nicht will, dass meine von den Eltern geerbte Sachen ebenso, dass mein von den monatlichen Abhebungen erspartes Geld in Betrügerhände fällt, sollen diese

13 BLHA, Grundbuch Lübben 25/903, Bl. 14.

14 BLHA, Rep. 36A, F44, Bl. 11ff.

Sachen dem Staat übergeben werden: denn der hat doch noch anständiger an mir gehandelt als der Bauer K. Eigenhändig geschrieben und unterschrieben, Lübben, den 10. September 1941. Sophie Charlotte Sara Astrich.“¹⁵

Bauer K. aus Treppendorf gibt, nach dem Selbstmord von Astrich, im Verhör bei der Stapo in Frankfurt (Oder) am 03.02.1942 zu Protokoll: „Mir ist es ein Rätsel, dass die Jüdin in ihrem Testament derartige Angaben machen konnte. Entweder handelt es sich um eine Gehässigkeit, dass sie nicht genügend Entschädigung für ihre Arbeit erhalten hat und sie sich nun rächen wollte oder ob es sich um eine üble Verleumdung handelt. Es ist richtig, dass ich die Jüdin mehrmals von meinem Grundstück verwiesen habe, da sie besonders aufdringlich war. Trotzdem ist sie noch mehrmals erschienen und hat um Lebensmittel angehalten. Mir ist die Astrich zuerst als abgebaute Studienrätin bekannt geworden. Sie hat mir anfangs nicht mitgeteilt, dass sie jüdischer Abstammung ist. Diese Tatsache hat sich dann erst aus Gesprächen mit der Astrich und mit Dorfbewohnern ergeben. Ausserdem hatte die Astrich ein jüdisches Aussehen und ein typisch jüdisches raffiniertes Wesen an sich. Warum die Astrich abgebaut worden war, hat sie nicht erzählt und ich habe nicht danach gefragt. Ich kann mich aber entsinnen, dass die Astrich mir gesagt hat, dass sie der evangelischen Religionsgemeinschaft angehörte. Aus ihrem ganzen Wesen musste ich wiederholt entnehmen, dass sie mit ihrem Kommen einen bestimmten Zweck verfolgte. Ich hatte wiederholt den Eindruck, dass sie von mir etwas wollte und am liebsten gesehen hätte, wenn ich mich mit ihr in intime Beziehungen eingelassen hätte. Nachdem mir dies besonders aufgefallen ist, sah ich mich erst recht veranlasst, der Astrich gegenüber mich abweisend zu verhalten. Aus diesem Grunde habe ich sie auch von meinem Grundstück verwiesen.“¹⁶

¹⁵ BLHA, Rep. 204A Ministerium der Finanzen, Nr. 3618, Bl. 233.

¹⁶ Ebd., Bl. 234.

¹⁷ BLHA, Grundbuch Lübben 25/903, Bl. 16.

Am 21. Juli 1941 beschlagnahmte die Gestapo Frankfurt (Oder) Eigentum und Vermögen von Sophie-Charlotte Astrich.¹⁷ Die Deportation der deutschen Juden stand bevor, der Massenmord an den Juden durch die Einsatzgruppen in den eroberten Gebieten der UdSSR hatte schon begonnen. Am 1. August 1941 kamen die Lübbener Ortspolizisten Jung und Steuer in die Brunnenstraße 8 und führten eine „Bestandsaufnahme des gesamten Hausrats der Jüdin“ durch. Sophie-Charlotte Sara Astrich musste gegenzeichnen.¹⁸ Das Protokoll war Teil der „Nachweisung über beschlagnahmtes Vermögen staatsfeindlicher Organisationen und Einzelpersonen“;¹⁹ denn die Gestapo hatte die Beschlagnahme auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.02.1933 (Reichstagsbrandverordnung, RGBl. I, S. 83) durchgeführt, die die Enteignung von politischen Gegnern und ihrer Organisationen (KPD, SPD, Gewerkschaften) und von einzelnen Personen nach Belieben ermöglichte.

Der Reichsminister des Innern stellte in einem „Erlass“ vom 29. August 1941 fest, „daß die Bestrebungen der Jüdin Sophie-Charlotte Sara Astrich [...] volks- und staatsfeindlich gewesen sind.“ Auf dieser Grundlage nahm der Regierungspräsident in Frankfurt (Oder) am 2. Oktober 1941 die Enteignung von Astrich zugunsten des Deutschen Reichs vor: „Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.07.1933 (RGBl. I, S. 479) wird hiermit das sichergestellte Vermögen der Obengenannten ... für das Deutsche Reich ... eingezogen.“²⁰ Die Kontrollkarte beim Oberfinanzpräsidenten trägt den Stempel „Reichsfeinde“.²¹

18 BLHA, Rep. 204A, Nr. 3618, Bl. 5 und Bl. 5Rs.

19 Ebd., Bl. 2-4.

20 Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 236 vom 9. Oktober 1941, in: BLHA, Rep.204A, Nr. 3618, Bl. 48.

21 BLHA, Rep.36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg, Vermögensverwertungsstelle, alphabetische Mikrofiche-Kartei.

Der eigentliche Grund bestand wohl darin, dass Astrich Jüdin war. Auch die deportierten und ermordeten Juden wurden in der ersten Zeit auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.07.1933 (RGBl. I, S. 479) enteignet, und zwar „in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 (RGBl. I, S. 293)“ und dem „Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 (RGBl. I, S. 303)“, wie aus einem Deportationserlass des Reichsministers der Finanzen vom 04.11.1941 hervorgeht.²²

Die Deportationsakten und die darin enthaltenen „Verfügungen“ über den Eigentumsentzug bestätigen die Anwendung der Reichsfeind-Gesetze auf Juden, zumindest bis zum Erlass der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I, S. 722),²³ aber auch danach.²⁴ In einem Begleitschreiben an den OFP vom 02.09.1942 „Betrifft: Evakuierung von Juden aus dem Regierungsbezirk Frankfurt (Oder)“ teilte die Gestapo mit: „Da der Ort, nach dem die Juden umgesiedelt wurden zum Protektorat Böhmen-Mähren gehört, jedoch nicht als Ausland im Sinne der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.41 zu betrachten ist, kann durch diese Abschiebung ein Vermögensverfall nach dieser gesetzlichen Bestimmung nicht Platz greifen, so daß in jedem Einzelfalle eine Einziehung zugunsten des Deutschen Reiches auf Grund der einschlägigen Vorschriften über die Einziehung volks-

22 Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente. Hg. von Martin Friedenberger, Klaus-Dieter Gössel und Eberhard Schönknecht. Veröffentlichungen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Hg. von Wolf Kaiser und Norbert Kampe, Bremen 2002: Edition Temmen, Dokument 30, S. 70ff.

23 Betrifft: „Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Ausgewählt und kommentiert von Wolfgang Dreßen, Berlin 1998: Aufbau-Verlag, S. 93ff.

24 Deportationsakte der Familie Nelhans, Verfügung zum Eigentumsentzug vom 01.11.1942. BLHA, Rep. 36AII, Nr. 28054, Bl. 10.

und staatsfeindlichen Vermögens durchgeführt werden mußte.“²⁵ Dennoch ist es möglich, dass Astrich auch aus politischen Gründen als „Reichsfeindin“ galt. Vielleicht gehörte sie zum Widerstand der Bekennenden Kirche. Dafür spricht das in ihrem „Letzten Willen“ niedergelegte Legat: „Das Restvermögen soll der bekennenden evangelischen Kirche zufallen, wobei ich bitte, dass über die Verwendung Herr Pfarrer Haase, Schlepzig zu entscheiden hat.“²⁶ Pfarrer Alfred Haase hatte 1934 den Amtseid auf den Führer verweigert und aus diesem Grund erhebliche Auseinandersetzungen mit dem NS-Staat, blieb aber im Amt.²⁷ Hier besteht noch Forschungsbedarf.

Als die vernichtende „Bekanntmachung“ gegen Astrich am 9. Oktober 1941 im Reichsanzeiger Nr. 236/41 publiziert und damit öffentlich zugestellt wurde,²⁸ war sie bereits tot. Sie starb am 23.9.1941 in Lübben.²⁹ Sie sah wohl keine andere Wahl. Ein Wunsch ihres „Letzten Willens“ wurde ihr wenigstens noch erfüllt. Sie wurde auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee begraben, neben ihrem Vater. Ihr Grabstein ist eine schwarze Tafel ohne jeden Text.³⁰ Mit Gift, nein, mit Leuchtgas. Die ganze Stadt wusste Bescheid. Viele Lübbener kamen zur Versteigerung von Astrichs Habe, die am 18. Oktober 1941 vor ihrem Haus in der Brunnenstraße stattfand und dann im Schultheißlokal Buddenbohm, Breite Straße 7 fortgesetzt wurde.

25 BLHA, Rep.36AII, Nr. 55125 (unfol.), Schreiben vom 02.09.1942.

26 BLHA, Rep.204A, Nr. 3618, Bl. 39.

27 Superintendentin Ulrike Voigt, Schlepzig, Brief vom 19.05.2005 an die Verfasserin.

28 BLHA, Rep.204A, Nr. 3618, Bl. 48.

29 Sterbeurkunde, Standesamt Lübben, Nr. 138/1941.

30 Archiv des Jüdischen Friedhofes Berlin Weißensee, Nr.106456, Erbbegräbnis Nr. 1267, X/II; Der Jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee. Ein Wegweiser durch seine Geschichte, Berlin 2003: edition progris.

Alles ging in zwei Tagen weg, der Flügel, die Teppiche, die Gardinen aus der Veranda, die Waschoilette, die teuren Gläser, die Wischtücher vom Halter und die Nachthemden, sogar die Sterbebetten, letztere für RM 20. Der Erlös von RM 9.989,70 abzüglich der Unkosten und der Prozente für den Versteigerer Tharan aus Cottbus fiel dem Deutschen Reich zu. Sorgfältig vorbereitet hatte die Aktion Polizeiobersekretär Max Schmidt aus Lübben, Hindenburgstr. 9, der das ehemal. jüdische Vermögen in der Brunnenstraße fortan im Auftrag der Gestapo akkurat verwaltete.³¹

Das Amtsgericht Lübben (Spreewald) teilte der Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg mit: „Am 11. September 1942 ist das Deutsche Reich (Reichsfinanzverwaltung) auf Grund des Antrags des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg vom 04.09.1942 als Eigentümer des in Lübben belegenen im Grundbuche von Lübben Stadt Band 25 Bl. Nr. 903 bisher auf den Namen der Studienassessorin Sophie-Charlotte Astrich in Lübben eingetragenen Grundstücks in das Grundbuch eingetragen worden. Sie erhalten diese Bekanntmachung als Erwerber. Auf Anordnung Fischer, Justizobersekretär.“ Das Schriftstück trägt das Siegel des Amtsgerichts mit Reichsadler und Hakenkreuz und den Poststempel vom 14.09.1942 mit der Silhouette der Stadt und der Aufschrift „Lübben (Spreewald) schöner Ausflugsort zwischen Unter- u. Oberspreewald.“³²

Das Amtsgericht Lübben hatte dienstfertig schnell gehandelt, wenn auch der ganze Vorgang fast ein Jahr gedauert hatte. Weit früher, da war Astrich kaum begraben, gingen die Kaufgesuche der Lübbener ein. Die Kriegerwitwe und Landratssekretärin Sch.,³³ der kriegsversehrte Mitarbeiter des Katasteramts A.,³⁴

31 BLHA, Rep. 204A, Nr. 3618, Bl. 6-18.

32 BLHA, Rep. 36A, Nr. 4050, Bl. 15 und Bl. 15 Rs.

33 Ebd., Bl. 110.

34 Ebd., Bl. 21.

der Polizist H.,³⁵ der Fahrlehrer R. mit dem Rechtsanwalt K.,³⁶ der Postinspektor J.,³⁷ der Lebensmittelhändler N.,³⁸ es entbrannte ein heftiger Streit um das ehemals jüdische Grundstück, dessen Bewohnerin durch die angeordneten Maßnahmen der Verfolgung und die Gemeinheit der Leute in den Tod getrieben worden war. Bekommen hat das Haus niemand. Eine Entscheidung sollte erst nach dem Krieg getroffen werden,³⁹ möglicherweise zugunsten von zurückkehrenden Frontsoldaten. Der soziale Friede und das Wohl der Volksgemeinschaft hatten einen hohen Stellenwert in „Hitlers Volksstaat“.⁴⁰

Auch die rechtmäßige Erbin, Charlotte K., eine Schülerin von Astrich, die sie besonders geschätzt und in ihrem Testament bedacht hatte,⁴¹ bekam das Grundstück nicht, auch nicht zum Kauf. Sie bekam das Grundstück auch nach 1945 nicht.⁴² Reichseigen wurde volkseigen. 1955 wurde die Stadt Lübben als Rechtsträger eingetragen.⁴³ Eine Rückerstattung von Grundeigentum an die Verfolgten oder deren Hinterbliebene hat es in der DDR kaum gegeben.

35 Ebd., Bl. 27.

36 Ebd., Bl. 112.

37 Ebd., Bl. 22.

38 Ebd., Bl. 33.

39 BLHA, Rep. 204A, Nr. 3618, Bl. 256f.

40 Vgl. Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005: S. Fischer Verlag GmbH.

41 BLHA, Rep. 36A, Nr. 4050, Bl. 149.

42 BLHA, Rep. 204A, Nr. 3618, Teil nach 1945 unfol., Schriftwechsel von Rechtsanwalt Körner mit der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg 1946-1950.

43 BLHA, Grundbuch Lübben 25/903, Bl. 24.

Sp. Nr.	Bezeichnung der Sache bzw. Nummer des Vergleichs	Name und Wohnung des Bieters, dem der Zuschlag erteilt ist oder der bis zum Zuschlag an sein Gebot gebunden bleibt	Dabei während der Versteigerung		Bemerkungen, insbesondere a) Grund der Abweisung bei dem Vorhandensein des Urk. b) Erklärung, daß der den Zuschlag erhaltende Bieter nicht beabsichtigt, nach c) zurückgewiesenen Gebot
			bezahlt RM	zurück- gekauft RM	
1	2	3	4	5	6
	Versteigerung am 18. Oktober 1941, Zimmer Nr. 8 ab 10 Uhr				
	1 Speisezimmer, besteh. aus:				
	1 Kofee-, 1 Anrichte, 1 Ausgüßschrank				
	12 Stühle, 1 Stuhl n.		500	-	
	1 Kuchenschrank, 1 Kuchenschrank				
	1 Kuchenschrank		40	-	
	2 Fenster Übergangstüren mit				
	Stores		26	-	
	1 Kuchenschrank		35	-	
	2 Silberbesteck aus 2 Speisezimmer		150	-	
	1 Polsterbank		12	-	
	1 Regulator		25	-	
	1 Spieluhr		45	-	
	1 Tischlampe, 1 Speisezimmer		8	-	
	1 Silberbesteck		11	-	
	1 Tafelkissen		3	-	
	1 Büfettisch		3	-	
	1 Grammophon		145	-	
	1 Nähmaschine mit				
	ein Schuh		25	-	
	1 Schreibmaschine		200	-	
	Übertrag:		1228	-	

 **Hausbrandbriketts** • Steinkohle • Koks • Schmiedekohle • Grudekoks
 frei Haus Lübben und nach allen Orten des Spreewaldes
 **Industriekohle**
 für Molkereien, Brennerien, Ziegeleien usw. zu den offiziellen Grubenpreisen
 **Möbeltransporte**
 in Stadt und Land, zuverlässig und preiswert

G. F. Rossoll • Lübben • Fernruf 301 
Bahnspedition



Eigenhändige Unterschrift:

Helene Rossoll

Bestätigt, Berlin, den 22. Mai 1946

HAUPTAUSSCHUSS
OPFER DES FASCHISMUS*

Julius Meyer

AUSWEIS № 7160 18

Name: *Rossoll*

Vorname: *Helene*

geboren: *6-5-96* *Lübben-Haus.*

wohnhaft: *Berlin-Helensee*

Strasse: *Markgraf Albrechtsstr. 8*

ist vom Magistrat der Stadt Berlin als Opfer des Faschismus anerkannt.

русскоязыч. Маршратим города Берлина признан жертвой фашизма / is recognized from the municipal board of the town Berlin as a victim of Faschism / a été reconnu victime du fascisme par le Magistrat de la ville de Berlin.

MAGISTRAT DER STADT BERLIN

HAUPTAUSSCHUSS
OPFER DES FASCHISMUS*

Heinrich Grottel

Abb. 4: Anzeige der Spedition G.F. Rossol im Adressbuch 1937
[BLHA Potsdam]

Abb. 5: Ausweis für Opfer des Faschismus
[Entschädigungsamt Berlin]

Firma Georg F. Rossoll

Die Kohlehandlung und Spedition Bernstein, später Rossoll, in der Logenstraße 28 war eine Lübbener Traditionsfirma von großer Wirtschaftskraft. 1937 wurde sie „arisiert“. Wie die wirtschaftliche Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden durch Eigentumstransfer vor sich ging, können wir der Entschädigungsakte von Fanny Rossoll geb. Bernstein (geb. 06.05.1896, Lübben), entnehmen.

Vermerk zum Antrag von Fanny Rossoll auf Anerkennung als rassistisch Verfolgte (PrV) vom 29.10.1952 (Auszug)

„Die Antragstellerin ist Volljüdin im Sinne der Nürnberger Gesetzgebung. Sie war seit 1919 mit einem Arier verheiratet und ist aus dieser Ehe ein Sohn hervorgegangen. Die Familie Rossoll lebte in Lübben (Spreewald). Sie hatten dort bis zum Tode des Mannes ein Geschäft mit Kohlen- und Möbeltransporten. Im Juni 1937 verstarb der Mann (der 90% kriegsbeschädigt war) durch Selbstmord. Antragstellerin verlor infolge der jüdischen Abstammung ihr Grundstück und das Geschäft und zog mit ihrem Sohn nach Berlin. Als sie 1943 hier total ausgebombt wurde, ging sie wieder zurück in ihren Geburtsort Lübben, dagegen verblieb der Sohn in Berlin, weil er hier eine Lehrstelle hatte. Im Juni 1944 sollte Frau Rossoll aufgrund einer Denunziation verhaftet werden und flüchtete sie nach Berlin, hier lebte sie bis Kriegsende illegal, zeitweilig unter dem Namen Erika Müller. Der Beweis, daß eine Verhaftung vorlag, wird in einer Verhandlung mit dem Polizeiverwaltungsbeamten Max Schmidt aus Lübben erbracht.“⁴⁴

⁴⁴ Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 20897, PrV-Akte, Bl. 15.

Eidesstattliche Erklärung von Käthe Joseph geb. Wolff, zur Vorlage beim Entschädigungsamt Berlin, am 12.11.1957 (Auszug)

„Ich bin mit Fanny Rossoll seit frühester Jugend befreundet, da wir zusammen in Lübben aufgewachsen sind. Es ist mir bekannt, dass es sich bei dem Unternehmen der Firma G.F. Rossoll um das väterliche Erbe der Frau Rossoll handelte. Herr Rossoll war zwar der Form nach Inhaber, aber da er krank und durch seine Kriegseiden sehr behindert war und oft das Bett hüten musste, leitete die Antragstellerin den sehr umfangreichen Betrieb selbständig, traf Anordnungen, disponierte und führte Verhandlungen. Ich weiss, dass der Betrieb: bahnamtliche Spedition, Möbeltransport, Kohलगrosshandlung, detail, alleinige Vertretung für „Allgemeine Carbidverkaufsgesellschaft Berlin“ für die Niederlausitz, Vertretung für „Deutsche Allgemeine Petroleum und Benzin Gesellschaft“ umfasste und dass Frau Rossoll die Leitung des ganzen Betriebes und somit gewissermaßen die Stellung eines verantwortlichen Direktors innehatte.“⁴⁵

Aussage von Rechtsanwalt Ernst-Ludwig Bloesser, wohnhaft in Rathenow, im Entschädigungsamt Berlin, am 14.07.1951 (Auszug)

„Der verstorbene Ehemann der Frau Fanny Rossoll geb. Bernstein hatte in Lübben (Spreewald) ein Speditionsgeschäft und Kohlenhandlung, das im Erbwege auf seine Ehefrau [...] übergegangen war. Frau Rossoll ist Jüdin. Als solcher wurde ihr der Speditionsvertrag mit der Deutschen Reichsbahn gekündigt. Sie war aus Gründen der rassischen Verfolgung genötigt, die Existenz aufzugeben. Ich selbst war zu dieser Zeit Rechtsanwalt und Notar in Lübben und wurde als solcher von Frau Rossoll zu den Verkaufsverhandlungen hinzugezogen. Der Wert von Grundstück und Geschäft wurde damals mit RM 100.000 festgesetzt. Der Vergleich sollte zu dem gleichen Preise vorgenommen werden. Es fanden sich auch Interessenten für das Objekt und einer dieser

⁴⁵ Ebd., E17.

Interessenten war bereit, Grundstück und Geschäft zum Preise von ungefähr RM 90.000 bis RM 100.000 zu übernehmen. Als er jedoch Erkundigungen einzog, die ergaben, dass Frau Rossoll als Jüdin Grundstück und Geschäft verkaufen musste, bot er nur noch die Hälfte des Verkaufspreises, worauf sich die Angelegenheit zerschlug. Später meldete sich als Interessent noch ein Herr Georg Sänger, der ebenfalls nur RM 50.000 für das Gesamtobjekt geben wollte. Da der Vertrag mit der Reichsbahn ablief, musste Frau Rossoll notgedrungenenerweise sich mit dem Verkaufspreis von RM 50.000 einverstanden erklären. Wegen eines angeblichen Rechnungsfehlers in den Büchern verlangte Sänger noch eine weitere Ermässigung des Kaufpreises von RM 2.500, mit der sich Frau Rossoll ohne Grund einverstanden erklärte.“⁴⁶

Fanny Rossoll verlor mit 40 Jahren ihre berufliche und geschäftliche Lebensgrundlage. Ihr Vermögen musste sie für Bestechungsgelder und erkaufte Lebensmittelkarten aufwenden, um als untergetauchte Jüdin zu überleben. Nach der Befreiung wurde sie als Opfer des Faschismus (OdF) und rassisch Verfolgte (PrV) anerkannt. Eine Entschädigung für das unter Preis verkaufte Grundstück erhielt sie nicht. Nach geltendem Recht Westberlins wurde auf den Anspruch auf Rückerstattung verwiesen, „wenn er auch aus räumlichen Gründen nicht durchgesetzt werden kann“.⁴⁷ Fanny Rossoll starb am 13.12.1977 in Berlin-Tempelhof.⁴⁸

46 Ebd., D7.

47 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 20897.

48 Vermerk in der Geburtsurkunde, Standesamt Lübben, Nr. 64/1896.



Abb. 6: Ansichtskarte Warenhaus Wilhelmy
[Museum Schloss Lübben]

Familie Joseph

Die Lübbener Kaufmannsfamilie Joseph konnte 1938 nach Palästina emigrieren. Sie wohnten dort anfangs bei dem aus Lübben stammenden bekannten Berliner Wirtschaftsprüfer Berthold Manasse in Tel Aviv.⁴⁹ An die in Berlin gebliebene Tante Frida schrieben sie am 15. Mai 1938: „Wir sind alle gesund und munter und fühlen uns weiter recht wohl. Wir baden jeden Tag und fühlt sich besonders Erich danach immer recht wohl. Eva hat auf ihrer Stellung ganz vorzügliches Essen, sie isst am Tisch der Familie, wird von einem Ober bedient und gefällt es ihr recht gut. Was sie verdient wissen wir noch nicht, das wird sich am Ende des Monats zeigen. Inge geht fleissig in die Schule und hat von morgen an auch Privatunterricht, und wird dann erst die Zeit des Arbeitens für sie beginnen. Wir lernen alle fleissig iwrith, was sehr sehr schwer ist.“⁵⁰

Erich Joseph (geb. 17.11.1888, Labes, Pommern, heute Łobez, Polen) war der Schwiegersohn von Wilhelm Wolff. Er wohnte mit seiner Frau Käthe (geb. 11.06.1896, Lübben) und den beiden Mädchen bei den Schwiegereltern in der Hauptstraße 16 und führte schon seit längerer Zeit die Geschäfte von Wilhelm Wolffs Warenhaus.⁵¹ 1932 kaufte er von Willy Wilhelmy (geb. 07.04.1885, Lübben) das Kaufhaus Wilhelmy in der Hauptstraße 24, das größte Konkurrenzunternehmen am Platze. Sein Begründer war 1930 verstorben, und die Erbgemeinschaft brauchte Liquidität.⁵²

49 BLHA, Rep. 36A, Nr. 2812.

50 BLHA, Rep. 36A, Nr.4600, Bl.14.

51 BLHA A. L., 7A 367 Lü, Nr. 96/1572. Der Spreewald und seine Bewohner. Adreßbuch und Einwohnerbuch 1929/30 für den Kreis Lübben, die Städte Lübbenau, Vetschau, Lieberose, Friedland und den übrigen Spreewald, Liegnitz 1930: F.R. Kleinjung Verlagsanstalt (Teilkopie).

52 Erbschein vom 16.09.1930 nach dem am 30.3.1930 zu Berlin-Lichterfelde gestorbenen Kaufmann Adolf Wolf Wilhelmy. BLHA, Grundakte Lübben Stadt 5/249, Bl.7.

Erich Joseph hätte ein erfolgreicher Warenhausunternehmer werden können. Am 20. März 1933 wurde er als Eigentümer für das Grundstück eingetragen.⁵³ Er war damals 45 Jahre alt. Aufgrund der Verfolgung kam es anders. Die alten Wolffs, die sich vielleicht einen Lebensabend im Kreise der Großfamilie in Lübben erhofft hatten, gingen in das Logenheim in Berlin-Steglitz, Lange Str. 5-6. Wilhelm Wolff starb dort am 11.5.1937.⁵⁴ Josephs gingen Ende Juni 1936 ebenfalls nach Berlin und bereiteten die Emigration vor. Das große Textilgeschäft in Lübben übernahmen andere, nichtjüdische Kaufleute.

Das Kaufhaus Wilhelmy behielt vorerst Gerhard Scheel, er hatte dort schon seit längerer Zeit, auf Pachtbasis, ein Konfektionsgeschäft.⁵⁵ 1940 wurde, ebenfalls mit einem Pachtvertrag, eine Papierwarenhandlung eingerichtet.⁵⁶ Das Kaufhaus Wolff übernahm Fritz Lehmann, der im Adressbuch 1937 für das neue Hadeka-Haus in der Hauptstraße 16 noch mit dem guten Namen „vormals W. Wolffs Warenhaus“ warb, später kaufte er das Grundstück.⁵⁷

Josephs konnten durch die Emigration nach Palästina ihr Leben retten. Sie gingen mit nichts aus Deutschland heraus. Ihre Konten wurden als „Devisenkonto“ gesperrt und für die „Judenvermögensabgabe“, mit der die Juden die Kosten für die eigene Verfolgung beim Novemberpogrom und danach tragen mussten, und die hohe „Reichsfluchtsteuer“ herangezogen, auch die Lebensver-

53 BLHA, Grundakte Lübben Stadt 5/249, Grundbuchauszug.

54 Archiv des Jüdischen Friedhofes Berlin Weißensee, Nr. 96077, Grab E/IV, Reihe 16.

55 BLHA A. L. , 7A 367 Lü, Nr. 96/1572. Der Spreewald und seine Bewohner. Adreßbuch und Einwohnerbuch 1929/30; BLHA A. L. , 7A 366 Lü, Nr. 96/1571. Alphabetisches Straßen-Verzeichnis. Plätze und Häuser und deren Bewohner im Gebiet der Stadt Lübben, Stand Mitte März 1937.

56 BLHA, Rep.36A G 1395 (unfol.), Pachtvertrag vom 07.12.1939.

57 BLHA, Grundbuch der Stadt Lübben, Bd. 6, Bl. 258.

sicherung von Käthe Joseph bei der Isar Lebensversicherungs AG München ging verloren.⁵⁸ Die Kosten waren so hoch, dass Joseph 1939 seinem damaligen Verwalter, Kurt Zimmermann, sogar den Auftrag erteilte, den Verkauf des Geschäfts zu prüfen.⁵⁹

Am 28. Mai 1941 beschlagnahmte die Gestapo das Grundstück. Die Enteignung der Emigranten wurde vorbereitet, und zwar zunächst auf der gesetzlichen Grundlage von § 1 der VO des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.02.1933,⁶⁰ die auch bei Astrich Anwendung gefunden hatte. Am 20. August 1942 teilte die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg dem Amtsgericht Lübben mit: „Das Vermögen des Juden Erich Israel Joseph, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustrasse 40, ist - § 3 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I, S. 722) gemäss dem Reich verfallen. Die Verwaltung und Verwertung des verfallenen Vermögens liegt § 8 Absatz 2 der genannten Verordnung gemäss dem Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg ob. Nach meinen Feststellungen ist der vorgenannte Jude Eigentümer des in Lübben (Spreewald), Hauptstrasse 24 belegenen und im Grundbuch von Lübben Band 5, Bl. 249 eingetragenen Wohngrundstücks. Ich beantrage hiermit die Umschreibung des vorbezeichneten Grundstücks auf das Deutsche Reich, vertreten durch den Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg. Eine Bescheinigung über die Freistellung von der Grunderwerbsteuer wird das zuständige Finanzamt unmittelbar dorthin übersenden.“⁶¹

58 Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 025-05, Nr. 5 WGA 346/55.

59 BLHA, Rep.36A G 1395 (unfol.), 02.04.1939.

60 BLHA, GA Lübben Stadt, Band 1529/47 (unfol.), 28.05.1941.

61 Ebd. 20.08.1942.

Mit der 11. VO vom 25.11.1941 zu den Nürnberger Rassegesetzen hatte das Deutsche Reich eine weitere gesetzliche Grundlage geschaffen, alle im Ausland befindlichen Juden auszubürgern und zu enteignen. Diese Verordnung fand auch auf die deportierten und in den Vernichtungslagern des Ostens ermordeten Juden Anwendung. Nach Recht und Gesetz galten sie, höhnisch, als „ins Ausland abgewandert“. Ihr Eigentum verfiel dem Reich und kam dem Wohl der Volksgemeinschaft zugute.

Die vom Oberfinanzpräsidenten beantragte Umschreibung von Josephs Grundstück in Lübben kam nicht zustande. Es fehlte an der in Aussicht gestellten Bescheinigung. An den Ämtern in Lübben lag es nicht. Beflissen mahnte das Amtsgericht Lübben (Spreewald) das Papier beim OFP an, Monat für Monat „vorgelegt infolge Fristablauf“.⁶² Erst am 24. Juni 1946 wurde das Verfahren gemäß Runderlass der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg Nr. 137/VI/46 vom Amtsgericht Lübben durch Beschluss ausgesetzt.⁶³ Dabei blieb es auch. In der DDR wurde das Grundstück als „ausländisches Vermögen“ verwaltet.⁶⁴

Der Zusatzname „Israel“, den Erich Joseph 1939 von Palästina aus hatte beantragen müssen⁶⁵ und mit dem er in der Nazizeit seine Korrespondenz mit den wechselnden Verwaltern stets zeichnete,⁶⁶ wurde in Lübben bei der Fertigung von Grundbuchauszügen bis 1963 weiter beibehalten.⁶⁷ Die Kenntnis über den diskriminierenden Sinn dieses Zwangsnamens war verloren gegangen.

⁶² Ebd., 03.12.1943.

⁶³ Ebd., 25.05.1946 ff.

⁶⁴ Ebd., Bl.14.

⁶⁵ Geburtsurkunde, Vermerk vom 28.1.1939. Standesamt Lübben Nr. 22/1922.

⁶⁶ Vollmacht vom 05.05.1939 für Kurt Zimmermann, beglaubigt vom Deutschen Konsulat in Jaffa. BLHA, Rep.36AII, Nr.1677, Bl. 115.

⁶⁷ BLHA, GA Lübben Stadt, Band 1529/47, Grundbuchauszug vom 03.04.1963.

Josephs hatten versucht, wenigstens ihre nächsten Angehörigen nach Palästina nachzuholen. Dazu gehörten Erich Josephs Tante, Frida Joseph (geb. 16.11.1863, Labes, Pommern, heute Łobez, Polen), die selbst völlig mittellos war, und Käthe Josephs Mutter, Johanna Wolff, geb. Pinner (geb. 22.01.1859, Birnbaum, Posen, heute Przemyśl, Polen), die nach dem Tod ihres Mannes weiter im Logenheim in Berlin-Steglitz lebte.

Am 15.01.1939 schrieb Joseph an Tante Frida: „Wir haben die grössten Anstrengungen gemacht, um für die Mutter ein Certificat zu erhalten. Sie hat sich aber 8 Tage zu spät entschlossen und so ist vorerst nichts zu machen. Die Vorbedingungen für ein Kapitalisten-Certificat sind da, aber alle Certificate sind vergeben. Für Dich, liebe Tante Frida, können wir vorläufig nichts tun btr. Einwanderung, denn die Annahme jeglicher Anträge ist gesperrt. Wenn wieder Anträge angenommen werden, werden wir mit Eisenstaedts nichts versäumen.“⁶⁸

Alle Versuche sind misslungen. Frida (Fritze) Joseph starb am 15.11.1941 in Berlin.⁶⁹ Johanna Wolff, geb. Pinner, wurde am 17.08.1942 deportiert und ermordet. Sie starb am 31.08.1942 im KZ Theresienstadt.⁷⁰

⁶⁸ BLHA, Rep.36A, Nr. 4600, Bl. 16.

⁶⁹ Archiv des Jüdischen Friedhofes Berlin Weißensee, Nr. 106846.

⁷⁰ Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, Berlin 1995: Edition Hentrich.



Abb. 7: Studienrat Alfons Rosenthal, Mai 1931 vor seiner Schule.
[Privatarchiv Hass, Lübben]

Alfons Rosenthal und Wolfgang Rossoll

Die Festschrift des Paul-Gerhardt-Gymnasiums (1994), die von Rolf Ebert und einer Arbeitsgruppe aus Lehrern und Lehrerinnen sowie Schüler und Schülerinnen auf der Grundlage von Akten und Zeugenaussagen erarbeitet wurde,⁷¹ berichtet von der Verfolgung jüdischer Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen in der damaligen Staatlichen Paul-Gerhardt-Schule. Zu den dort genannten Verfolgten gehören Studienrat Rosenthal und Wolfgang Rossoll.

Alfons Rosenthal (geb. 15.04.1887, Berlin) war ein beliebter Lehrer. Er unterrichtete Latein, Französisch und Englisch und wurde, noch in der Erinnerung nach fast sechzig Jahren, liebevoll „Greenicle“ genannt.⁷² Rosenthal hatte in Berlin studiert, nach der Referendarszeit im Jahre 1912 den Dienst auf den Preußischen König ablegt und damit die Anstellungsfähigkeit in Preußen erworben. 1914 trat er vom jüdischen Glauben zur evangelisch-lutherischen Kirche über, er gehörte zu den ersten Kriegsfreiwilligen. Am 03.08.1915 meldete er sich beim Königlichen Provinzialschulkollegium der Mark Brandenburg zum Schuldienst zurück. Er war Kriegsinvalide (Durchschuss durch die linke Hand), für seine Teilnahme an den Feldzügen gegen Belgien und Frankreich war er mit dem EK II ausgezeichnet worden. Das Ehrenkreuz für Frontkämpfer bekam er erst 1935 von Adolf Hitler.⁷³ Zum 01.10.1915 wurde Rosenthal an die Königliche Paul-Gerhardt-Schule in der

⁷¹ Paul-Gerhardt-Gymnasium Lübben: Festschrift zum 80. Jahrestag der Einweihung des neuen Schulgebäudes. Materialien über die Errichtung des Gebäudes, Darstellungen zur Geschichte der Schule in verschiedenen Jahrzehnten sowie Erinnerungen ehemaliger Schülerinnen und Schüler an „ihr“ Gymnasium im Zeitraum 1914–1994, Lübben 1994: Verlag herms, S. 7.

⁷² Ebd., S. 49, S. 52.

⁷³ BLHA, Rep.34, Provinzial. – Schulkollegium Personalia, Nr. R 262 (unfol.), Orden und Ehrenzeichen des Studienrats Alfons Rosenthal, Lübben, Aufstellung vom 28.09.1936.

Kleinstadt Lübben (Spreewald) versetzt, er erhielt eine frei werdende Oberlehrerstelle, bald wurde er Studienrat. 1923 heiratete er Annemarie Golm, so dass ihm der Kassenführer der (jetzt) Staatlichen Paul-Gerhardt-Schule, Figur, die monatliche Frauenbeihilfe von 100,- Mark anweisen konnte. Dennoch reichte das Gehalt für den Lebensunterhalt und den Aufbau einer Existenz in Lübben nicht aus. Das Ehepaar wohnte vorerst möbliert in zwei Zimmern, und Rosenthal beantragte Jahr für Jahr seine Versetzung nach Groß-Berlin. Dort hätten sie kostengünstig mit seiner Mutter leben können. Er wollte auch „mehr geistige Anregung erhalten“.⁷⁴

Die Beurteilungen, die die Schule und die Aufsichtsbehörde abgaben, um dem Verlangen nach Versetzung zu genügen, sagten nur Gutes über Studienrat Rosenthal: „Der Erfolg seiner unterrichtlichen Tätigkeit ist bei Berücksichtigung der nicht besonders hohen Durchschnittsbegabung der Schüler in allen Klassen als gut zu bezeichnen. Mit gründlichem Willen verbindet er die Fähigkeit, in der Behandlung der Schüler sich der Verschiedenheit der Altersstufen anzupassen und den richtigen Ton zu treffen, so daß er bei allen Altersstufen gleichmäßig geachtet und beliebt ist und Disziplinschwierigkeiten sich niemals ergeben haben. In der Erfüllung auch der äußeren Dienstobliegenheiten ist er pünktlich und sorgfältig“, schrieb Studiendirektor Busch über Rosenthal 1925 an den Provinzialverband.⁷⁵ „Tüchtiger und gründlicher Lehrer“, schrieb die Aufsichtsbehörde 1930 an die Amtskollegen anderer Provinzen.⁷⁶ Die Anfragen hatten keinen Erfolg. Rosenthal blieb in Lübben. Am 27.08.1934 leistete er dort den Amtseid auf Adolf Hitler.⁷⁷ Er verdiente damals (ohne Einbehaltungen) RM 765. Die Verfolgung Rosenthals setzte unmittelbar nach den Nürnberger Rassegesetzen vom 15. September 1935 ein.

⁷⁴ Ebd., Versetzungsgesuche 1924, 1929.

⁷⁵ Ebd., Schreiben vom 25.02.1925.

⁷⁶ Ebd., Schreiben vom 01.10.1930.

⁷⁷ Ebd., Dokument vom 27.08.1934.

Schreiben des Direktors der Staatlichen Paul-Gerhardt-Schule, Dr. Bull, aufgrund einer Berichtsanforderung des Oberpräsidenten Abtlg. für höheres Schulwesen in Berlin W. 35.

„Lübben (Spreewald), den 21. Oktober 1935

Nr. 200/13.10.35

Betr. Beurlaubung der jüdischen Lehrkräfte

Zu II 12230/11.10.35 v.11.10.35

1) Studienrat Alfons Rosenthal.

2) Nach seinem mir vorgelegten Bericht stammt Rosenthal aus einer Mischehe. Der Vater war jüdisch, die Mutter arisch. Seine beiden Grosseltern väterlicherseits waren Volljuden; sein Grossvater mütterlicherseits unbekannt, da illegal. Seine Grossmutter mütterlicherseits war arisch. (Unterschrift) Dr. Bull“

Aufgrund dieses Schreibens wird Rosenthal von der Aufsichtsbehörde „mit sofortiger Wirkung“ bis auf weiteres vom Dienst beurlaubt. Da aber die Anwendung der Nürnberger Gesetze und die Einstufung der Verfolgten, die keine Reichsbürger mehr, sondern nur noch Staatsbürger ohne politische Rechte sind, in die Kategorien der Rassenideologie erst eingeübt wird, beantragt die Behörde ein Gutachten bei der Reichsstelle für Sippenforschung. Alfons Rosenthal muss daraufhin einen entwürdigenden Fragebogen ausfüllen, eine Ahnentafel mit Abstammungsurkunden und zwei beglaubigte Lichtbilder (Vorder- und Seitenansicht) einreichen, und es beginnt die lange Zeit des Wartens. „Zur Kenntnis genommen“, unterschreibt Dr. Bull. Nach sieben Monaten wird Rosenthal wieder eingestellt. „Rosenthal hat seinen Dienst am 2.6.36 wiederaufzunehmen“, schreibt die Schulbehörde. Der Abstammungsbescheid der Reichsstelle für Sippenforschung stellte fest, „daß er nichtarisch im Sinne der Richtlinien zu § 1a Abs. 3 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. Juni 1933 (RGBl. I, S. 433), vom 8. August 1933 (RGBl. I, S. 575) und auch im Sinne des § 15 Abs.1 des Wehrgesetzes vom 21.5.1935 (RGBl. I, S. 611) ist. Im Sinne des § 2 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Nov. 1935 (RGBl. I, S. 1333) ist der Genannte jüdischer Mischling mit zwei der Rasse nach jüdischen Großelternteilen.“⁷⁸ In der Fülle der gegen

Juden und andere Verfolgte gerichteten Gesetze, Verordnungen, Runderlasse, Verfügungen und Handlungen hätte die Entscheidung der Schulbehörde über das weitere Leben und die Berufskarriere Rosenthals auch umgekehrt ausfallen können. Und so war es dann auch. Kurz nach Dienstantritt musste Rosenthal einen weiteren Fragebogen, eine weitere Ahnentafel und weitere Abstammungsurkunden einreichen, nun für seine Ehefrau, ein qualvoller Vorgang, der eben gerade diesen Zweck der Qual hatte. Im Ergebnis musste Rosenthal die Schule verlassen.

Irgendein Urahn war nicht feststellbar aufgrund von unehelicher Geburt. Also galt die Ehefrau als „nichtarisch“. Der Rechtsgrundsatz „in dubio pro reo“ (im Zweifel für den Angeklagten) war längst aufgegeben, wenn sich das Dritte Reich auch stets auf das Recht berief, ein Recht, das eigens geschaffen wurde, um die Aussonderung und Vernichtung „lebensunwerter“, „minderwertiger“ oder kriminalisierter Menschen und Menschengruppen zu begründen. Die Entlassungsurkunde Rosenthals klingt wie ein Gerichtsurteil. Er war damals 50 Jahre alt. „Im Namen des Reichs. Ich versetze auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I, S. 175) den Studienrat Alfons Rosenthal in Lübben in den Ruhestand. Berlin, den 31. Juli 1937. Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. In Vertretung des Staatssekretärs, gez. Kunisch.“⁷⁹

Alfons Rosenthal ging mit seiner Frau nach Berlin. Das Berufsbeamtengesetz sicherte ihm ein Ruhegehalt zu, und sie konnten die Nazizeit überleben. Von 1945 bis zu seiner Pensionierung 1952 arbeitete Rosenthal an der Hildegard-Wegscheider-Schule in Berlin-Grünwald.⁸⁰ Nach Lübben zog es ihn nicht mehr zurück. Dr. Max Bull (Jg. 1878) hatte als Studiendirektor der Staatlichen

⁷⁸ Ebd., Schreiben vom 07.05.1936.

⁷⁹ Ebd., Schreiben vom 31.07.1937.

⁸⁰ Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 24587, M6, E29.

Paul-Gerhardt-Schule alle Vorgänge der Ausgrenzung Rosenthals bis zur Entlassung begleitet und billigend in Kauf genommen. Im September 1938 wurde er für seine Leistungen mit dem Treudienst-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet und zum Oberstudiendirektor ernannt.⁸¹ Rückblickend schrieb er zu Rosenthals Antrag auf Entschädigung kühl, aber immerhin er schrieb: „Wernigerode, 12.9.1952. Ich erkläre hiermit an Eides Statt, daß Herr Alfons Rosenthal, s.Zt. Studienrat an der mir unterstellten Oberschule in Lübben, Spreewald, im August 37 aus rassischen Gründen entlassen wurde. Seine Stelle ist wiederbesetzt worden. (Unterschrift) Dr. Max Bull.“⁸²

Studienrat Rosenthal schrieb 1952: „Ein weiterer Aufenthalt in der Kleinstadt war jetzt infolge der Schädigung meines Ansehens unmöglich geworden. Das Betreten des Schulgebäudes wurde mir sofort verboten, Schüler grüssten mich nicht mehr, die Gesellschaft mied mich. Mehrmals rief man mir nach: „Ab nach Jerusalem! Ausländer, verrecke!“ Da ich mich bedroht fühlte, zog ich es vor, im nächsten Monat nach meiner Absetzung mit meiner Frau Lübben zu verlassen und zwar in solcher Hast, dass wir unser Mobiliar im Möbelwagen unter freiem Himmel zurückliessen.“⁸³

Das Hauptschülerverzeichnis im Archiv des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Lübben enthält, neben anderen Personalien, Angaben zur Religion, meist evangelisch, seltener katholisch, manchmal jüdisch. Es gibt Zugang zu Zeugnisabschriften, auch von Schülerinnen und Schülern, die in der Festschrift des Gymnasiums als rassisch Verfolgte genannt werden. Sie mussten die Schule verlassen, weil sie „jüdisch“ waren, so wie die Studienräte Kuh und Rosenthal. Die Verfolgung der jüdischen Schülerinnen und Schüler an höheren Schulen, d.h. an Gymnasien und Mittelschulen setzte bald nach der Machtergreifung der Nazis ein.

81 BLHA, Rep. 34, Nr. 4788 (unfol.), Bericht vom 04.05.1939.

82 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 24587, E16.

83 Ebd., M6.

Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25.04.1933 (RGBl. I, S. 225) folgte den Bestimmungen des Berufsbeamtengesetzes und grenzte die Neuaufnahme von „Nichtariern“ an höheren Schulen auf 1,5 % der Gesamtschülerzahl ein. Schrittweise sollte der prozentuale Anteil der „Nichtarier“ auf 5% gesenkt werden. Von den Bestimmungen des Gesetzes und von der Quotenrechnung ausgenommen waren nach § 4 Kinder von Frontkämpfern des Ersten Weltkrieges und, im Unterschied zum Berufsbeamtengesetz, „Abkömmlinge aus Ehen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen sind, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abkunft sind.“

Bei Erlass der Nürnberger Rassegesetze im September 1935 stellte der Reichserziehungsminister in Aussicht, „für die reichsangehörigen Schüler aller Schularten eine möglichst vollständige Rassentrennung durchzuführen.“⁸⁴ Nach dem Novemberpogrom 1938 verbot er durch Runderlass jüdischen Schülern jeglichen Besuch von öffentlichen Schulen aller Ausbildungsstufen.⁸⁵ Sie durften nur noch jüdische Schulen besuchen. Am 7. Juli 1942 verbot er, im Hinblick auf die Deportationen, jeglichen Unterricht für Juden.⁸⁶ Die Staatliche Paul Gerhardt-Schule unter Leitung von Studien-direktor Dr. Max Bull brauchte diese drakonischen Maßnahmen des NS-Staates, die den jüdischen Kindern und Jugendlichen die Entwicklungschancen nahmen und sie bis zur Deportation, bis in den Tod begleiteten, nicht durchzusetzen.

84 Erlass des Reichserziehungs-Ministers vom 10.09.1935, zit. nach: Willi Holzer: Jüdische Schulen in Berlin. Am Beispiel der privaten Volksschule der jüdischen Gemeinde Rykestraße, Berlin 1992: Edition Hentrich, S. 53; Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg, Karlsruhe 1981: C.F.Müller Juristischer Verlag, I/633.

85 Der Reichs- u. Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: Betrifft Schulunterricht an Juden. Ausführungsbestimmungen zum Erlaß vom 15.11.1938. In: Willi Holzer: Jüdische Schulen in Berlin, S. 54.

86 Der Reichs- u. Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin W8, den 7. Juli 1942: Schliessung jüdischer Schulen. In: Willi Holzer: Jüdische Schulen in Berlin, S. 56.

1933 war die Zahl der so genannten nichtarischen Schülerinnen und Schüler im Sinne des erlassenen Gesetzes offensichtlich so gering, dass zu Ostern 1934 noch eine jüdische Schülerin aufgenommen werden konnte, Inge Joseph.⁸⁷

Im November 1938, als die Rassentrennung gesetzlich anstand und demzufolge alle jüdischen Schüler hätten entlassen werden müssen, waren sie nicht mehr da, vertrieben durch die allgemeinen Verfolgungshintergründe. Willy Zumpe (geb. 30.07.1914, Wilna, heute Vilnius), der ab 1930 das Gymnasium besucht hatte und als evangelisch und Sohn des Polizisten Kurt Zumpe gemeldet war,⁸⁸ floh auf Rat seiner jüdischen Mutter um 1934 bei Nacht und Nebel nach Paris, weil er Angst hatte, als Jude erkannt zu werden.⁸⁹ Eva und Inge Joseph gingen Ostern 1936 ab,⁹⁰ sie emigrierten, wie wir erfuhren, mit ihren Eltern nach Palästina. Eva Steinbrecher flüchtete um die gleiche Zeit ins Baltikum, wie die Zeitzeugin Liese-Lore Herzog berichtet.⁹¹ Ilse Kuh, eine der besten Schülerinnen, ging im September 1937 ab,⁹² weil ihr Vater, Studienrat Hans Kuh (geb. 30.07.1894, Rathenow), in einem ähnlichen Verfahren wie dem von Rosenthal aus rassischen Gründen entlassen wor-

87 Archiv des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Lübben, Hauptschülerverzeichnis, Nr. 1135.

88 Ebd., Nr. 972.

89 VVN-Aufnahme-Antrag von Fanny Zumpe. BLHA, Rep. 333, Nr. 1190, Bl. 187.

90 Archiv des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Lübben, Zeugnislisten mit Abgangszeugnissen vom 27.03.1936.

91 Liese-Lore Herzog: Einige Erinnerungen an meine Schulzeit an der Paul-Gerhardt-Schule. In: Paul-Gerhardt-Gymnasium Lübben: Festschrift zum 80. Jahrestag der Einweihung des neuen Schulgebäudes, S.51.

92 Archiv des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Lübben, Hauptschülerverzeichnis, Nr. 1192.

93 BLHA, Rep. 34, Personalialia, Nr. K 401.

den war.⁹³ Der einzige, der nach dem Novemberpogrom 1938 am Gymnasium blieb, war Wolfgang Rossoll. Als Mischling ersten Grades evangelischen Glaubens war er von dem Runderlass des Ministers über die Entfernung jüdischer Schüler aus so genannten deutschen Schulen vorerst ausgenommen.⁹⁴ Wolfgang Rossoll ging Ostern 1939 ab. Er galt als „der Jude“ des Gymnasiums, wenn es auch in seinem Abgangszeugnis keinerlei Hinweis darauf gibt.

Abgangszeugnis der Staatlichen Paul-Gerhardt-Schule

„Seinem eifrigen Streben entsprach befriedigender Gesamterfolg. Sein Verhalten war einwandfrei. Wolfgang Rossoll, geb. den 10.7.1923 in Cottbus, evangelisch, Sohn des verstorbenen Kaufmanns Herrn G.-F. Rossoll, hat die Anstalt seit Ostern 1933 von der Septa an besucht, seit Ostern 1938 der Klasse 6 angehört und die Schule Ostern 1939 verlassen.“⁹⁵

Eidesstattliche Versicherung von Ursula de Izarra, geb. Lehnigk, am 19. Juni 1952 in Berlin zu Wolfgang Rossolls Antrag auf Entschädigung (Auszug)

„Ich bin mit Wolfgang Rossoll von Jugend an gut bekannt. Wir sind zusammen eingeschult worden und bis zu seinem Abgang 1939 Klassenkameraden gewesen. Ich kann daher, weil ich täglich mit Wolfgang Rossoll zusammen war, folgendes an Eidesstatt erklären: Wolfgang Rossoll war ein sehr begabter, guter Schüler, ich kann wohl sagen, dass er in jeder Beziehung und fast allen Fächern einer der eifrigsten und fleissigsten war. Er war ein guter Kamerad, zuverlässig und unbeschwert.

⁹⁴ Zur Zulassung zum Abitur bis 1941: Harald Scholtz: Gymnasium zum Grauen Kloster 1874–1974. Bewährungsproben einer Berliner Gymnasialtradition in ihrem vierten Jahrhundert, Weinheim 1998: Deutscher Studien Verlag, S. 147; zur Zulassung zur HJ bis 1939: Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, III/177; „Sonderproblem I: Mischlinge und Juden in Mischehe“, in: Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1990, S. 436ff.

⁹⁵ Archiv des Paul-Gerhardt-Gymnasiums Lübben, Zeugnislisten 1938/1939.

1934 setzte die zwangsläufige Teilnahme an der HJ für uns Schüler ein; Wolfgang wurde als einziger von uns allen davon ausgeschlossen, da er Mischling I. Grades war. Durch den ständig eingepfachten Rassenhass in der Schule und in der Hitlerjugend wurden die Schüler der ganzen Schule so verhetzt, dass für Wolfgang Rossoll ein wahres Martyrium begann. In kurzer Zeit war er völlig isoliert und ständigen Beschimpfungen und Schikanen ausgesetzt, zumal seine starke Begabung und seine Leistungen Neid hervorriefen. Da wir in Lübben – also in einer Kleinstadt lebten, wirkte sich der National-Sozialismus weit stärker aus als beispielsweise in der Grosstadt, da man sich auf Schritt und Tritt begegnete. [...]

Durch den Ausschluss aus Gemeinschaft und Sport und der Wehrlosigkeit gegenüber den andauernden Gehässigkeiten veränderte sich seine Mentalität. Er war fröhlich, unbekümmert, unternehmend und voller Interesse für Unterricht und späteres Fortkommen, das bei ihm auf vielen Gebieten möglich war – und wurde: Ein Mensch voller Hemmungen, stark nervös und energielos und ohne jede Hoffnung auf eine berufliche Zukunft!

Er musste 1939 zwangsläufig die Schule ohne Abschluss verlassen; ich habe ihn nach 13 Jahren jetzt zum ersten Mal wiedergesehen und bin stark beeindruckt davon, dass sich bei ihm die schrecklichen Erlebnisse in der Jugend nicht verwischt haben.

Zum Schluss möchte ich noch auf ein paar Einzelheiten hinweisen. Wenn Wolfgang R. mit einem Mädchen durch die Stadt ging, wurde ihm nachgerufen: Rassenschänder! Auf seinen Platz in der Schulbank wurde hingespuckt und draufgeschrieben: Vorsicht hier sitzt ein Jude! In der Badeanstalt marschierten sie Juden markierend und verhöhend an ihm vorbei und riefen ihm zu: Los, Rossoll, auf nach Jerusalem! Dann ersuchten sie ihn, die Badeanstalt nicht wieder zu betreten. Nach solchen Anlässen lief W. jedesmal totenblass nach Hause.

Ich möchte mich nun auf diese Beispiele beschränken, von denen ich noch weit mehr anführen könnte, und muss sagen, dass ich mich nicht wundere, wenn ein Mensch, der in seiner Jugend so viel hat durchmachen müssen, Schaden an seiner Seele genommen hat.“⁹⁶

Nach seinem Weggang aus Lübben hat Wolfgang Rossoll noch viel Schreckliches erfahren müssen: Gestapohaft, Folter, Zwangsarbeit und die Angst um seine Mutter, die von der Deportation bedroht war. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus war er nervenkrank und nahezu arbeitsunfähig. 1953 ging er in die USA, nahm den Namen Warren Russell an, um dort eine neue Existenz als kaufmännischer Angestellter aufzubauen. 1968 kam er zurück, kränker als zuvor. Er hatte Lebensangst. Er starb am 15.02.1978 in Berlin,⁹⁷ nur wenige Monate nach seiner Mutter, die seine einzige Stütze gewesen war.

⁹⁶ Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 20898, B9 und B9 Rs.

⁹⁷ Ebd., M81.

Die Zwillinge und ihr Berufsvormund Dr. Fritz Lamm

Vor dem alten Backsteingebäude der Landesklinik Lübben in der Bahnhofstraße 31/32 sind drei Messingplatten eingelassen. Es handelt sich um Stolpersteine, die an die Ermordung der Lübbener Psychiatrie-Patienten in der NS-Zeit erinnern. Das auf den Gedenktafeln gebrauchte Wort „verlegt“ war eine Tarnbezeichnung für „getötet“ im Rahmen der nationalsozialistischen Krankenmordaktion.

Die Lübbener Kinder der Landesanstalt in der Bahnhofstraße 31/32 wurden 1935–1938 nach Potsdam und dann nach Brandenburg-Görden verlegt, weil sie für die dort betriebene Forschung gebraucht wurden. Sie wurden, in vielen Fällen auf die direkte Bestellung der dort tätigen Ärzte und Forscher, ermordet. Die Gehirne der Kinder wurden als Forschungsmaterial missbraucht.⁹⁸

Zu den getöteten Lübbener Kindern gehörte Erwin F. (geb. 15.10.1928, Berlin). Er wurde am 11. Juni 1940 ermordet. Ihm ist einer der Stolpersteine gewidmet. Lübbener Schüler des Paul-Gerhardt-Gymnasiums hatten in Zusammenarbeit mit der Historikerin Kristina Hübener die Verfolgungsschicksale aufgeschrieben.⁹⁹ Die Brandenburgische Landesanstalt Lübben wurde im Sommer 1940 aufgelöst, Gebäude und Wirtschaftseinrichtung wurden von der Wehrmacht in Anspruch genommen.¹⁰⁰

98 Vgl. Thomas Beddies: Kinder und Jugendliche in der brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalt Görden als Opfer der NS-Medizinverbrechen. In: Kristina Hübener (Hg.): Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit. Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd.3, Berlin 2002: be.bra verlag, S. 129–154.

99 Kristina Hübener: Erwin F. – Ein Lübbener Kinderschicksal. In: Thomas Beddies, Kristina Hübener (Hg.): Dokumente zur Psychiatrie im Nationalsozialismus. Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd.6, Berlin 2003: be.bra wissenschaft verlag, S. 259f. Landeshauptarchiv und dem Historischen Institut der Universität Potsdam, Berlin 2001: Arno Spitz Verlag, S. 32.

Die im Euthanasiebestand des Bundesarchivs Berlin befindlichen Akten¹⁰¹ der Patienten, die sich vordem in der Obhut der Landesanstalt Lübben befanden, enden meist mit dem Vermerk: „Verlegt“, „Auf Anordnung des Kommissars für Reichsverteidigung in eine andere Anstalt verlegt“.¹⁰² Die Forschung hat herausgearbeitet, dass es sich bei der unbekannten „anderen Anstalt“ um Tötungsanstalten handelte. Der Vermerk wurde zum Zeichen für den Patientenmord, über den Ärzte und pflegerisches Personal wohl recht gut Bescheid gewusst haben müssen. „Nur durch die Tötung von Patienten und die damit verbundene - und angestrebte - Reduzierung der Belegungszahlen war die schnelle, d.h. sofortige und geräuschlose Schließung einer Anstalt mit ca. 1000 Patienten überhaupt möglich.“¹⁰³

Zu den Opfern der Patientenmordaktion T4 (1939–1941) und danach gehörten auch jüdische Patienten. Sie waren einer Doppelverfolgung als geistig Behinderte und als Juden ausgesetzt und

100 Offen für Veränderung. Von der Korrigendenanstalt zur modernen Fachklinik. 125 Jahre Psychiatrieentwicklung in Lübben. Katalog zur Ausstellung. Hg. von der Landesklinik Lübben in Verbindung mit dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv und dem Historischen Institut der Universität Potsdam, Berlin 2001: Arno Spitz Verlag, S. 32.

101 BAB R 179, Kanzlei des Führers, Hauptamt II b (Patientenakten). Der Bestand enthält 30.000 Patientenakten, davon 360 aus Lübben; vgl. Margot Beck (Hg.): Fürsorge und Wohlfahrtspflege in Brandenburg (1800–1952). Ein sachthematisches Quelleninventar aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv, dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, dem Bundesarchiv und dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft. Schriftenreihe zur Medizin-Geschichte des Landes Brandenburg, Bd.2, Berlin 2002: be.bra wissenschaft im be.bra verlag, S. 221.

102 BAB R 179, Nr. 14571. Patientenakte von Hilde Goldminz (19.5.1929, Berlin), abschließender Vermerk vom 09.05.1940.

103 Marco Zabel: Die brandenburgischen Landesanstalten Lübben und Potsdam in der NS-Zeit. In: Kristina Hübener (Hg.): Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 124; angekündigt: René Brockmann, Jürgen Rimpel, Karin Schuppan (Hg.): Landesklinik Lübben, Berlin 2005: be.bra wissenschaft verlag.

hatten kaum eine Überlebenschance. „Nachweislich wurden einzelne jüdische Patienten gemeinsam mit nichtjüdischen Patienten [...] in den Tötungsanstalten der T4 ermordet, bevor sie dann als Gruppe in einer Sonderaktion systematisch erfasst und vernichtet wurden.“¹⁰⁴ Nach Beginn der Deportationen im Oktober 1941 wurden jüdische Patienten in diese Transporte einbezogen.¹⁰⁵

Die Zwillingsschwestern Käte und Hildegard Koslowski (geb. 02.03.1916, Berlin-Neukölln) lebten von Kindheit an in Heimen und psychiatrischen Anstalten, zuletzt in der Brandenburgischen Landesanstalt Lübben. Ihre Mutter, Franziska Koslowski (geb. 09.08.1879, Berlin), die die Mädchen außerehelich geboren hatte, wohnte in der Steinmetzstr. 99 in Berlin-Neukölln. Für die Vertretung der jungen Frauen vor Gericht wurde vom Erbgesundheitsgericht Berlin in Zusammenarbeit mit dem Erbgesundheitsgericht Cottbus der Berufsvormund der Jüdischen Gemeinde Berlin, Dr. Fritz Lamm, Berlin C2, Rosenstraße 2–4 bestellt.¹⁰⁶

Die Zwillingsschwestern gehörten nicht zu den Lübbener Kindern und Jugendlichen, die spätestens 1938 aus Lübben abtransportiert und der tödlichen Hirnforschung von Hallervorden in Görden zur Verfügung gestellt wurden. Sie befanden sich, nach Aktenlage, 1938/39 noch in Lübben und wurden zur Volkszählung am 17.05.1939 als „jüdisch“ mit vier jüdischen Großeltern gekennzeichnet. Zumindest der Name von Hildegard Koslowski befindet sich auf der Liste der zwölf jüdischen Patienten, die die

104 Annette Hinz-Wessels: Das Schicksal jüdischer Patienten in brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten im Nationalsozialismus. In: Kristina Hübener (Hg.): Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 270.

105 Vgl. Annette Hinz-Wessels: Das Schicksal jüdischer Patienten in brandenburgischen Heil- und Pflegeanstalten im Nationalsozialismus. In: Kristina Hübener (Hg.): Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, S. 281.

106 BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 168 und 169; Annette Hinz-Wessels: NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg. Schriftenreihe zur Medizingeschichte des Landes Brandenburg, Bd. 7, Berlin 2004: be.bra wissenschaft verlag, S. 126f.

Brandenburgische Landesanstalt Lübben mit dem Wohnort „Lübben, Bahnhofstraße 31/32“ ausfüllte.¹⁰⁷ Etwa zur gleichen Zeit teilte Rechtsanwalt Dr. Lamm dem für seine Mündel zuständigen Erbgesundheitsgericht Cottbus auf einem roten Aufkleber seiner nun in Frage gestellten Bestallung mit: „Ich bin seit dem 1.12.1938 nicht mehr Rechtsanwalt. Mein Mündel führt seit dem 1.1.1939 den zusätzlichen Vornamen Sara. Dr. Fritz Israel Lamm“¹⁰⁸

Die Zwillingsschwestern erlitten andere Torturen als die Lübbener Kinder. Sie kamen nach der Auffassung der Lübbener Ärzte für die Zwangssterilisation auf der Grundlage des Erbgesundheitsgesetzes¹⁰⁹ in Frage. Dabei handelte es sich um die erste große soziale Aussonderungsaktion des NS-Staats, von der neben Psychiatriepatienten viele Menschen betroffen waren, die nicht in das Bild von der „gesunden“ und „rassisch reinen“ und Wohlstand schaffenden Volksgemeinschaft hineinpassten: Taubstumme, Vagabunden, sozial Schwache, Unangepasste, sogen. Asoziale.¹¹⁰

Den Antrag auf Unfruchtbarmachung von Käte Koslowski stellte der Direktor der Brandenburgischen Landesanstalt Lübben, Dr. Felix Großmann, am 15.09.1938. In seinem medizinischen Gutachten begründete er den Antrag mit der Diagnose „angeborener Schwachsinn“.¹¹¹ Das Erbgesundheitsgericht Cottbus fasste den Beschluss nach Antrag. Am 07.02.1939 wurde Käte Koslowski im Berliner Städtischen Krankenhaus zum Urban durch doppelseitige Tubensektion unfruchtbar gemacht.

107 BAB R 1509 Reichssippenamt – Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung zur Volkszählung vom 17.05.1939 (Datenbank).

108 BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 169.

109 Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (RGBl. I, S. 529).

110 Vgl. Götz Aly: Medizin gegen Unbrauchbare. In: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin 1985: Rotbuch Verlag, S. 9-74.

111 BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 168, Bl.1ff.

Am 10. Juli 1939 stellte der Direktor der Brandenburgischen Landesanstalt, Dr. Felix Großmann, auch für Hildegard Koslowski den Antrag auf Zwangssterilisation. In seinem medizinischen Gutachten berief er sich auf die gleiche Diagnose, „angeborener Schwachsinn“, und auf die bereits durchgeführte Unfruchtbarmachung der Zwillingsschwester.¹¹² Das erforderliche Gerichtsverfahren gegen Hildegard Koslowski vor dem Erbgesundheitsgericht Cottbus kam nicht mehr zustande. Die zweite Phase der sozialen Aussonderung, der Patientenmord, hatte begonnen. Die vorliegenden Sterilisationsakten zu den Zwillingsschwestern enthalten keine Angaben zu ihrem weiteren Schicksal. „Mit großer Wahrscheinlichkeit wurden sie Opfer der nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘-Verbrechen und im Rahmen einer Sonderaktion gegen jüdische Psychiatriepatienten im Juli 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel vergast.“¹¹³

Als Dr. Fritz Lamm 1942 beim Erbgesundheitsgericht Cottbus anfragte, „ob die Pflegschaften für die Zwillinge Koslowski noch bestehen bleiben sollen“,¹¹⁴ waren seine Mündel wahrscheinlich schon tot. Eine Antwort befindet sich in der Akte nicht. Der Berufsvormund der Jüdischen Gemeinde Berlin, Dr. Fritz Lamm (geb. 21.12.1876, Görlitz), wurde am 01.12.1942 als Geisel im KZ Sachsenhausen erschossen.¹¹⁵ Franziska Koslowski, die Mutter der beiden Mädchen, wurde am 14.11.1941 nach Minsk deportiert und ermordet.¹¹⁶

112 BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 169.

113 Annette Hinz-Wessels: NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg, S. 127.

114 BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 168, Schreiben vom 23.07.1942; BLHA, Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus, Nr. 169, Rücksendung der Akten am 17.08.1942.

115 Simone Ladwig-Winters: Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Rechtsanwälte in Berlin. Hg. von der Rechtsanwaltskammer Berlin. Berlin 1998: be.bra verlag GmbH, S. 161.

116 Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.



Abb. 9: Minna und Julius Burchardi

[Familienarchiv Burchardi]

Abb. 10: Karte der Burchadis aus dem Warschauer Ghetto

[Familienarchiv Burchardi]

Familie Burchardi

Die Burchardis blieben trotz der Verfolgung in Lübben, 1942 wurden sie deportiert und ermordet. Darüber schrieb Herrbruck.¹¹⁷ Julius Burchardi (geb. 16.11.1877, Stolp, Pommern, heute Słupsk, Polen) und Minna Burchardi, geb. Gersten (geb. 09.10.1878, Kuschow, Krs. Lübben), hatten lange Zeit ein gut gehendes Glasereigeschäft in Lübben, Hauptstraße 48. Er war Frontsoldat gewesen, erhielt für seinen Einsatz das Eiserne Kreuz und war nach dem Ersten Weltkrieg aktives Mitglied des Kriegervereins. Schützenfeste, Aufmärsche der Schützengilde mit Gesang und Spiel gehörten zur jahrhundertelangen Tradition der Stadt¹¹⁸, und Burchardi war ein beliebter sangesfreudiger Moderator. Ganz selbstverständlich war er auch in der kleinen Synagogen-Gemeinde tätig, lange Jahre wahlberechtigtes Mitglied und Repräsentanten-Stellvertreter.¹¹⁹ Als Glasermeister bildete er Lehrlinge und Gesellen aus. Dazu gehörte Alfred Schilbach (geb. 12.05.1905, Rottmannsdorf b. Zwickau), der 1927 die schöne Rösi heiratete, die einzige Tochter des Paares. Bald hatten Schilbachs einen eigenen Glasereibetrieb in Lübben, erst in der Siedlung, dann im Stadtzentrum, Hauptstraße 27.¹²⁰

Die Burchardis mussten aufgrund der Verfolgung als Juden die eigene Glaserei bald aufgeben. 1937 wohnten sie am Ende der Stadt,

117 Friedrich Herrbruck: Zur neueren Geschichte der Juden in Lübben. In: Lübbener Heimatkalender 1992, S. 67ff.

118 Vgl. Rolf Ebert: Zur Lübbener Schützengilde und ihrer Geschichte. In: Ders.: Lübben und die Niederlausitz. Beiträge zur Geschichte einer Region im Land Brandenburg, Band 1, Lübben im Spreewald 1993: verlag herms, S. 19–29.

119 Wahlunterlagen der Synagogen-Gemeinde Lübben 1925, BLHA A.L., Rep. 8 Lübben, Nr. 5810.

120 BLHA A.L., 7A 367 Lü, Nr. 96/1572. Der Spreewald und seine Bewohner. Adreßbuch und Einwohnerbuch 1929/30; BLHA A.L., 7A 366 Lü, Nr. 96/1571. Alphabetisches Straßen-Verzeichnis. Plätze und Häuser und deren Bewohner im Gebiet der Stadt Lübben. Stand Mitte März 1937.

Schützengraben 11 (heute Schutzgraben). Julius Burchardi arbeitete nun in der Glaserei Fiedler in der Judengasse (ab 31.03.1933 Zur Bleiche). Er verdiente dort (zuletzt 1942) RM 22,50 die Woche. Auch Minna Burchardi ging arbeiten, sie verdiente (zuletzt 1942) RM 12,00 die Woche dazu. Die Miete kostete RM 18,40.¹²¹ Hinzu kamen Sonderabgaben und erhöhte Steuern. Nach dem Novemberpogrom 1938 mussten Burchardis beim Standesamt die Zwangsnamen „Sara“ und „Israel“ beantragen. Von der Lübbener Ortspolizei erhielten sie Anfang 1939 die Juden-Kennkarten mit den Nummern Lübben A00059 und A00060. Ab 17. September 1941 trugen sie den Stern. Sie waren die einzigen in Lübben. Die anderen Lübbener Juden waren tot. Oder verjagt und von selbst gegangen. Manche lebten unerkannt, versteckt in Lübben.

„Frau Burchardi, nehmen Sie die Tasche runter. Der Stern ist verdeckt!“ brüllte der Polizist May über die Straße, wenn Minna Burchardi mit ihrer Enkeltochter zu erlaubter Zeit einkaufen ging. Dann weinten die Großmutter und das Kind, und Helga kann bis heute nicht vergessen, was ihren Großeltern geschehen ist. An Mitleid und Anteilnahme von Mitbewohnern erinnert sie sich nicht. Als die Burchardis abgeholt wurden, standen Helga und ihre Mutter Rösi dabei, und sie konnten nichts tun.¹²²

Am 30. März 1942 wurden Minna und Julius Burchardi ins Lübbener Polizeigefängnis gebracht. Sie mussten die Vermögenserklärung ausfüllen. Beschlagnahme und Vermögenseinzug fehlen in der OFP-Akte, nur der Versicherungsschein und die Kontrolliste über die Einnahmen des Deutschen Reichs sind noch vorhanden.¹²³ Das Sammellager befand sich in Frankfurt (Oder), in einer Turnhalle am Leipziger Platz. Der 1. Transport aus Frankfurt (Oder) ging am 02.04.1942 über Berlin ins Warschauer Ghetto.

¹²¹ Vermögenserklärungen von Minna und Julius Burchardi vom 30.03.1942. BLHA Rep. 36A, Nr. 4208.

¹²² Gespräch der Verfasserin mit Helga Mahlo, geb. Schilbach und ihrem Mann in Berlin am 24.01.2005.

¹²³ BLHA, Rep. 36A, Nr. 4208.

Er kam am 05.04.1942 in Warschau an.

Es handelte sich um 63 Personen. Die Burchardis gehörten wahrscheinlich dazu.¹²⁴ Das Warschauer Ghetto war ein Ort der Todesdrohung, des Elends und des Hungers, wie Reich-Ranicki schreibt.¹²⁵ 500.000 Juden aus Warschau und Umgebung sowie aus dem Ausland wurden dort eingesperrt. Seit Ende 1941 gab es den Schießbefehl, vor allem bei Verlassen des Ghettos. Und dennoch funktionierte eine Zeit lang die Post. Rösi Schilbach und ihre Tochter Helga konnten aus Berlin Päckchen schicken, sogar ein bisschen Geld, und erhielten Lebenszeichen von den Großeltern aus Warschau. Die Burchardis wohnten Gartenstraße 24, Lager 9, Saal 5. Ihre letzte Karte lautet:

Warschau, 21.7.42

Meine geliebte Tochter, liebes Helgalein

Ihr werdet wohl längst auf ein Schreiben warten. Wir sind mit dem Lager gewechselt. Gesund sind wir noch. Hoffentlich können wir von Euch dasselbe hoffen. Die Adresse bleibt noch die alte. Sollte dieselbe geändert werden, schreibe ich Bescheid. Der Einschreibebrief, den Du lb. Rösi am 17.6. abgeschickt hast, ist noch nicht eingelaufen. Ich schreibe dann Bescheid. Sollte der liebe Fred zu Hause sein, bitte herzlichen Gruß. Indem ich von der lb. Mama herzlich grüße, bleibe in ganz herzlich Liebe Eure lb. Papa und Oma. Macht Euch keine Gedanken wir sind gesund.¹²⁶

Am 22. Juli 1942 begannen die Transporte aus dem Warschauer Ghetto ins Vernichtungslager Treblinka. Nie wieder haben Schilbachs etwas von ihren Angehörigen erfahren. Die Verfolgung der Burchardis als Juden betraf die ganze Familie. Auch Schilbachs mussten ihre Glaserei in Lübben aufgeben.

124 Auskunft von Diana Schulle, Projekt Überarbeitung Gedenkbuchdatenbank Berlin, Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum, vom 3.8.05.

125 Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben, München 2001: Deutscher Taschenbuch Verlag.

126 Familienarchiv von Helga Mahlo geb. Schilbach.

Sie gingen 1939 nach Berlin und waren bis 1942 nur noch besuchsweise bei den Großeltern. Alfred Schilbach wurde als Ehemann einer Jüdin für wehrunwürdig erklärt und als Glaser für die bombengeschädigte Städte dienstverpflichtet.¹²⁷ Rösi Schilbach geb. Burchardi (geb. 12.10.1906, Lübben) hatte die Juden-Kennkarte und musste ab 1940 in der Ballonfabrik Tempelhof Zwangsarbeit leisten.¹²⁸ Helga konnte keine richtige Schule besuchen.¹²⁹ Ihre Onkels und Tanten, Cousins und Cousinen, nahezu alle Burchardis wurden ermordet. Nur Alice und Elvira sollen es mit dem Kindertransport nach England geschafft haben. Zurück nach Deutschland gekommen sind sie nicht.

„Der Bürgermeister Lübben (Spreewald), den 15. Februar 1946
Karl-Marx-Straße 5

Bestätigung!

Hiermit bestätigen wir, dass Herr Alfred Schilbach unter der Naziregierung sein Geschäft (Glaserei) aufgeben musste, weil seine Frau Jüdin war. Auf Grund der Anfeindungen musste Sch. Lübben verlassen. Wir bitten darum, dass er als Opfer des Faschismus anerkannt wird. Der Bürgermeister der Kreisstadt Lübben (Spreewald) (Unterschrift) Schulze“¹³⁰

127 LAB C Rep. 118-01, Nr. 27803 (unfol.), Schreiben vom 22.03.1982.

128 LAB C Rep. 118-01, Nr. 32619, Bl. 2-3.

129 LAB C Rep. 118-01, Nr. 27803 (unfol.), Schreiben vom 27.05.1986.

130 Ebd., Schreiben vom 15.02.1946.

„Eidesstattliche Versicherung

Ich Frau Else Dahnke wohnhaft 102 Berlin Oranienburgerstr. 16 versichere eidesstattlich, dass Herr Alfred Schilbach wohnhaft 102 Berlin Rosenthalerstr. 40/41 Aufg.H während des letzten Krieges 1939 – 1945 das illegal lebende Ehepaar Heinz und Gerda Fink aufgenommen hat und mit Lebensmittel versorgt hat und sich auch sonst um das Wohl unserer Kameraden gekümmert hat. Else Dahnke. Berlin 102, Oranienburgerstr. 16. Berlin 5.8.1968.“¹³¹

¹³¹ Ebd., Schreiben vom 05.08.1968.

Untergetaucht in Lübben

Lübben war nicht nur ein Ort der Verfolgung. Wie hätte es Fanny Rossoll sonst wagen können, 1943 in ihre Heimatstadt zurückzukehren. Die Leute kannten sie doch. Damals lebte sie noch ein Jahr lang in Lübben, bekannt und doch versteckt vor der Deportation. Viele Menschen haben ihr geholfen, wie aus den Akten hervorgeht, sogar Polizeiobersekretär Max Schmidt, der bei der Verfolgungsbehörde arbeitete.¹³² Erst am 20. Juli 1944 wurde Fanny Rossoll denunziert und ging zu Fuß zurück nach Berlin.

Lübben war auch für andere ein Fluchtpunkt. Fanny Zumpe geb. Alkowitzky (geb. 23.07.1898, Wilna, heute Vilnius), war in den zwanziger Jahren vor den Wirren des Bürgerkrieges aus ihrer russisch-litauischen Heimat geflüchtet. Eigentlich wollte sie zu ihren Angehörigen nach Paris. Unterwegs lernte sie Kurt Zumpe kennen, sie heirateten 1930, er adoptierte ihren Sohn, und sie ging mit ihm nach Lübben, wo er Polizeihauptwachtmeister war. Sie wohnten in der Frankfurter Str. 1 (später Nr. 2), dicht neben Trüschels Kolonie. Im Schutz dieser Ehe und nahezu unerkant als Jüdin konnte sie die NS-Zeit überleben. Nach dem Krieg arbeitete sie als Dolmetscherin in der russischen Kommandatur,¹³³ später in der Verwaltung der Stadt.¹³⁴

Betty Schmidt, geb. Becker (geb. 04.03.1879, Naugard, Pommern), kam mit ihrem Mann erst 1943 nach Lübben, als es aufgrund der Bombardierung der Reichshauptstadt eine Massenfucht in die Provinz gab. Die Chronik von Lübben berichtet von einem „invasionsartigen Zuzug“, der durch Evakuierungsaufrufe von Goebbels zustande kam und die kleine Stadt völlig überforderte. Viele wurden zurückgeschickt.¹³⁵

¹³² Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 20897, C4.

¹³³ Aufnahmeantrag in die VVN vom 27.05.1948. BLHA, Rep. 333, Nr. 1190, Bl. 185–188.

¹³⁴ Zeugenaussage von Christa Manig, Lübben, mitgeteilt von Rolf Ebert in einem Brief an die Verfasserin vom 12.06.05.

In diesem organisatorischen Durcheinander gelang es manchen Verfolgten unterzutauchen. Betty Schmidt überlebte mit ihrem Mann in Hartmannsdorf. Sie wurde nach 1945 als Verfolgte des Naziregimes anerkannt. All ihre Geschwister waren deportiert und ermordet.¹³⁶

Else Boßling, geb. Liedemann (geb. 09.08.1911, Lübben), nahm 1943 eine kleine Gruppe von jüdischen Verfolgten aus Berlin nach Lübben mit. Ihre Eltern hatten dort eine bekannte Fleischerei und Gaststätte in der Sternstraße 1, und Karl Liedemann gehörte zu den Ratsherren der Stadt.¹³⁷ Wahrscheinlich war es gerade durch den gesellschaftlichen Rang von Liedemann möglich, Verfolgten Unterschlupf zu gewähren.

**Eidesstattliche Versicherung von Charlotte Bielski,
geb. Oestreicher, am 27.12.1945. (Auszug)**

„Als dann im August 43 die Evakuierung begann und Frau Boßling nach Lübben im Spreewald evakuiert wurde, ging ich auch dorthin wochenweise mit. Ich liess mir dort sogar einen Postausweis auf meinen Mädchennamen ausstellen aufgrund eines amtlichen Papiers, das auf diesen Namen lautete. Ich hielt mich dann wochenweise abwechselnd bei der Frau Boßling in Lübben und in Hermsdorf bei Herrn Stadtrat Bock [...] auf. In der Zeit, da ich nicht bei Familie Boßling sein konnte, versorgte mich aber Herr Boßling immer mit Lebensmitteln, namentlich Fleisch, Fett und Brot, denn ich hatte ja keine Lebensmittelkarte. Ausser mir hielt Herr Boßling noch einen Volljuden „Edwin Brandes“ und eine Frau Marta Wolf, die später nach Theresienstadt kam und sich jetzt in Bayern aufhält, versteckt.“¹³⁸

135 Rolf Ebert: Zur Geschichte der Stadt Lübben (Spreewald). Chronologischer Abriss. Hg. vom Heimat-Verlag Lübben im Dezember 2003, S. 473.

136 Aufnahmeantrag in die VVN vom 12.4.1948. BLHA, Rep. 333, Nr. 1155, Bl. 23–25.

137 Rolf Ebert: Zur Geschichte der Stadt Lübben (Spreewald). Chronologischer Abriss, S. 414.

**Eidesstattliche Versicherung von Margarete Schwabe,
am 12.03.1947**

„Herr Boßling, Berlin-Charlottenburg, Dankelmannstr. 41 hat mich als Jüdin im Krieg mit Lebensmittel versorgt und hat meine Tochter Frau Markowicz geb. Schwabe und meinen Neffen Edwin Brandes sogar versteckt gehalten.“¹³⁹

Als Edwin Brandes (geb. 14.05.1912, Berlin) im Dezember 1943 ins Sammellager Berlin, Große Hamburger Str. 26, gebracht wurde, war seine Kennkarte verbrannt.¹⁴⁰ Er war ein Jahr zuvor in die Illegalität gegangen, als sein Name auf der Deportationsliste stand. Ruth Markowicz, geb. Schwabe (geb. 07.04.1915, Berlin) wurde am 10.09.1943 in Bestensee festgenommen.¹⁴¹ Beide wurden in Auschwitz ermordet. Margarete Schwabe, geb. Cerf (geb. 10.09.1876, Halle/Saale), überlebte Theresienstadt. Bei der Berechnung ihrer Haftentschädigung wurden der erste und der letzte Tag ihrer Deportation, schäbig, als ein Tag berechnet.¹⁴² Charlotte Bielski, geb. Oestreicher (geb. 31.08.1885, München), überlebte in der Illegalität, dazu hatte die Hilfe der Boßlings beigetragen.¹⁴³

Else Boßling, geb. Liedemann, wurde mit ihrem Mann 1962 von Willy Brandt im Rahmen der Aktion „Unbekannte Helden“ geehrt. In der Urkunde heißt es: „Der Senat von Berlin spricht Frau Else Boßling Dank und Anerkennung aus, daß sie während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit bedrängten Verfolgten Schutz und Hilfe gewährt hat.“¹⁴⁴

138 LAB B Rep. 078 UH 578, Bl. 3.

139 Ebd., Bl. 4.

140 BLHA, Rep. 36AII, Nr. 4730.

141 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 13907.

142 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 20846, C12.

Erinnerung

Als Fanny Zumpe und Betty Schmidt im Jahre 1948 dem Vorbereitenden Ausschuss des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in der Russischen Okkupationszone über die Verfolgung der Juden in Lübben berichteten, ging es nicht um Denkmale, sondern ums banale Überleben in der Not der Nachkriegszeit. Die beiden Frauen interessierten sich für die Care Pakete der Amerikaner, die der Landesverband weiterreichte. Zu Pessach wurden gegen Abgabe von Brotmarken auch Mazzos verschickt, das für diesen jüdischen Feiertag unabdingbare ungesäuerte Brot. Dafür hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) eine gesonderte Ration Mehl zur Verfügung gestellt.¹⁴⁵

Das erste Mahnmal zur Erinnerung an die Lübbener Juden entstand im November 1952 auf dem Gelände des ehemaligen jüdischen Friedhofs in der Majoransheide,¹⁴⁶ als die größten Trümmer des Krieges beseitigt waren und die Stadt an Wiederaufbau denken konnte: „Hier war der Begräbnisplatz, auf dem die Angehörigen der jüdischen Gemeinde zur letzten Ruhe gebettet wurden. Diese ehrwürdige Stätte wurde im Jahre 1941 von den faschistischen Gewalthabern zerstört. Gedenkt der Millionen ermordeter Menschen aller Nationen, die Opfer des faschistischen Terrors wurden und helft, allen Menschen eine glückliche und friedliche Zukunft zu schaffen.“¹⁴⁷

143 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 51115.

144 LAB B Rep. 078 UH 578, Bl. 24.

145 CJA, 5 B 1, Nr.41.

146 Landkreis Dahme-Spreewald, Kreisarchiv Lübben, Bestand Lübben, Abt. Inneres, Zug. Nr. 11083 (unfol.).

147 Ebd., Realisierter Textvorschlag des Generalsekretariats der VVN in der Deutschen Demokratischen Republik, vom 25.11.1952.

1988 kam eine Gedenktafel hinzu, die an den 9. November 1938 und die in jener Nacht ausgebrannte Synagoge gemahnt. Diese Maßnahme wurde auf Beschluss des Politbüros der SED durchgeführt.¹⁴⁸ Nach langen Jahren des Vergessens nahm die DDR den 50. Jahrestag der Pogromnacht zum Anlass, sich wieder der jüdischen Geschichte, der Verfolgung und Ermordung der Juden in der NS-Zeit und der Juden im eigenen Land zu erinnern.

Die am 11. März 2004 vor der Landesklinik zur Erinnerung an die Euthanasieopfer Werner D., Erwin F. und Bruno K. verlegten Stolpersteine¹⁴⁹ verdankt Lübben der persönlichen Initiative der Lübbener Gymnasiasten und ihrer Lehrerin Heike Müller, die im Frühjahr 2003 Praktikumstage zum Thema „Nationalsozialismus und Psychiatrie“ im Gymnasium angeboten hatte und auf ein großes Echo stieß. 22 Schülerinnen und Schüler nahmen an dieser Erinnerungsarbeit teil. Sie hörten Vorträge von Kristina Hübener und anderen Forschern ihres Teams, das seit geraumer Zeit im Auftrag der Landesregierung die Geschichte der Brandenburgischen Landesanstalten und der dort geschehenen Verbrechen in der NS-Zeit aufarbeitete, lasen Patientenakten und machten sich ein eigenes Bild von den Opfern und Tätern.

Es entstand eine Ausstellung, mit der die Lübbener Gymnasiasten in ganz Brandenburg bekannt wurden. Die jungen Leute sprachen in der Öffentlichkeit über das Erfahrene: im Gymnasium, in der Landesklinik Lübben, zur Beisetzung der von der Forschung missbrauchten Gehirne ermordeter Kinder in der ehemaligen

148 Rat des Kreises Lübben: Maßnahmeplan zum 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom 25.08.1988 auf der Grundlage: Beschluß des Politbüros vom 30.03.1988, Beschluß des Ministerrats vom 12.04.1988, Beschluß der Bezirksleitung der SED vom 07.07.1988. Landkreis Dahme-Spreewald, Kreisarchiv Lübben, Bestand Lübben, ohne Zug.-Nr., Bl. 1-5.

149 Drei Stolpersteine in Lübben. „Überweisung in den Tod“. Getöteten Patienten der psychiatrischen Anstalt in Lübben gedacht. Lausitzer Rundschau vom 12.03.2004, S. 11.

150 Gedenkfeier. Landesamt für Soziales und Versorgung, Landesklinik Brandenburg, Land Brandenburg, Broschüre zum 28.10.2003.

Tötungsanstalt Görden,¹⁵⁰ im Potsdamer Landtag.¹⁵¹ Andere Jugendgruppen schlossen sich der Bewegung gegen das Vergessen an. Ihre gemeinsame Wanderausstellung „Stolpersteine“ war im Frühjahr 2005 auch im Museum Schloss Lübben zu sehen.¹⁵²

Die Stolpersteine, die der Kölner Künstler Gunter Demnig in Zusammenarbeit mit Initiativgruppen und privaten Spendern in ganz Deutschland verlegt, sind persönlich gehaltene Erinnerungen an Menschen, die den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nationalsozialismus zum Opfer gefallen sind: Juden, Sinti und Roma, Psychiatrieopfer, Homosexuelle, hingerichtete Deserteure, Widerstandskämpfer. Sie dokumentieren das Gemeinsame der Opfergruppen und halten die Spaziergänger zum Nachdenken an.

151 „Stolpersteine“ für vergessene Lübbener. Gymnasiasten haben sich mit Leidenswegen behinderter Kinder zur NS-Zeit beschäftigt. Lausitzer Rundschau vom 29.01.2004, S. 16.

152 Lausitzer Rundschau vom 01.02.2005, vom 25.02.2005.

Dank

Ich danke allen Archivaren und Archivarinnen, Ratgebern und Ratgeberinnen sowie Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen, Herrn Meissner, Frau Dr. Völschow (BAB), Frau Schröder (BLHA, Außenstelle Lübben), Frau Grün, Frau Dr. Nakath, Frau Wurche (BLHA, Potsdam), Herrn Bogdahn, Frau Strauch (Entschädigungsamt Berlin), Herrn Pohl (Jüdischer Friedhof Berlin-Weißensee), Frau Heinze (Kreisarchiv Lübben), Frau Schmidt, Frau Welzing, Frau Winkler-Wulkau (LAB), Herrn Oberstudiendirektor Haase, Frau Studienrätin Müller (Paul-Gerhardt-Gymnasium Lübben), Herrn Haß, Frau Orphal (Museum Schloss Lübben), Frau Heinrich, Frau Hennig (Standesamt Lübben), Frau Dr. Schulle (Stiftung Neue Synagoge Berlin), Herrn Obercustos Gottwaldt (Deutsches Technikmuseum Berlin); Herrn Beer, Herrn Ebert, Herrn Dr. Gruner, Frau Dr. Hinz-Wessels, Frau Dr. Hübener, Herrn Dr. Lehnigk, Frau Helga Mahlo, Frau Ministerialdirigentin Dr. Steppuhn, Frau Superintendentin Voigts.



Abb. 1: Johanna Wolff (geb. Pinner), Lydia Wolff (geb. Adam), Ernst Wolff (?),
Käthe Joseph (geb. Wolff) und Wilhelm Wolff (von links), Pfingsten 1927.
[Familie Doron und Familie Rottenberg]

Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremden- feindlichkeit, Projektgruppe „Jüdisches Leben gestern und heute“ **Die Lübbener Familien Wolff und Moses**

Das Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist gemeinsam mit der Projektgruppe „Jüdisches Leben gestern und heute“ der Spreewaldschule Lübben den Familiengeschichten einiger Lübbener und Lübberinnen mit jüdischen Wurzeln nachgegangen. Ihre Recherchen zu den Familien Moses und Wolff werden hier vorgestellt. Einigen Familienmitgliedern der beiden Familien sind in Lübben im Anschluss Stolpersteine gewidmet worden.

Familie Wolff

„Sechzig Jahre ist es her,
Dass ein kleiner, junger Mann
Frohen Mut's, den Beutel leer,
Fing in Lübben Arbeit an.
Gottesfurcht, Verstand und Fleiss
Segneten der Mühen Preis.
Aufwärts ging
Recht schnell und flink
Vater's Weg, wie jeder weiss.“

Mit diesen Zeilen bedachten die beiden Geschwister Käthe und Ernst ihren geliebten Vater Wilhelm Wolff anlässlich des fünfzig-jährigen Vorstandes der Lübbener Synagogengemeinde. Als dieser Reim im Jahre 1928 entstand, blickte die Familie voller Stolz

auf das Erreichte. Doch bereits wenige Jahre später wird man ihnen alles genommen haben, was man einem Menschen nehmen kann. Wie nahezu allen jüdischen Bürgern des Deutschen Reichs.

Im beschaulichen Lieberose findet die Familienhistorie der Kaufleute Wolff für uns ihren Anfang. Sie beginnt mit der in Kopenhagen (Dänemark) geborenen Caroline Israel und Joseph Wolff (Blasen/Mesewitz) die sich im nahegelegenen Lieberose niederlassen. Am 17. Mai 1849 dürfen sich die beiden über die Geburt der beiden Zwillinge (Quelle: Geheimes Staatsarchiv zu Berlin Bl. 25 Rs. bis Bl. 26) Julius und Wilhelm freuen. Wilhelm aber auch Julius werden sich für eine Karriere als Kaufmann entscheiden. In Lieberose wird Julius ein Herren & Damenwarenladen in bester Lage direkt am örtlichen Marktplatz eröffnen.

Seinen Bruder Wilhelm zieht es in das nahe gelegene Lübben. Hier eröffnet er im Alter von 26 Jahren in ebenso hervorragender Marktplatzlage, in der Hauptstraße 16, einen Stoffwarenladen. Dieser wird sich schon bald zu einer festen Größe der Lübbener Geschäftswelt entwickeln.

Zum fünfzigjährigen Firmendasein im Jahr 1925 wird auch der damalige Bürgermeister Karl Kirsch ein Grußwort an Wilhelm Wolff richten. Berichten zu Folge fand sich unter den Jubiläumsgästen auch eine der wohl schrillsten Persönlichkeiten des historischen Lübbens der Zöpfchenbäcker. Drei Jahre später wird, der nicht nur vom jüdischen Lübben geschätzte, Wilhelm Wolff fünfzig Jahre lang den Vorstand der Synagogengemeinde ausgeübt haben. Zu dessen fünfzigsten Jubiläum danken ihm seine Kinder mit dem oben gedruckten Vers.

Doch nicht immer wird dem Kaufmann und seiner Frau, das Schicksal so wohl gesonnen sein. Sieben Kinder schenkt ihm seine Frau Frieda Schreiber. Doch nur Erna (08.10.1888 bis 16.07.1931) und Kurt (geb. 02.09.1886) wird es vergönnt sein das damals so kritische erste Lebensjahr zu überstehen. Seine Kinder, Elsa (20.12.1878 bis 12.02.1879) und Fritz (31.08.1887 bis 06.04.1888) fallen der hohen Kindersterblichkeit zum Opfer, die erst Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts auf ein uns vertrautes Maß sank.

Max (geb. 13.03.1881), Johanna (geb. 23.08.1882) und Herbert (geb. 28.10.1883) versterben alle drei am 18. März 1886 an einer Dipht-heritis-Erkrankung.

Zwei Jahre nach der Geburt ihrer jüngsten Tochter Erna wird Wilhelms erste Frau am 29.12.1890 versterben.

Käthe, Hans und Ernst heißen seine Kinder aus zweiter Ehe, die ihm Johanna Wolff, eine geborene Pinner (Birnbaum/Posen am 22.01.1859) gebären wird. Der Name des jüngsten Sohnes, Hans, findet sich noch heute auf einem Kriegerdenkmal im Lübbener Hain, für gefallene Soldaten des ersten Weltkrieges, während dem er wie so viele jüdische Männer gefallen war. Hans wurde 1895 geboren. Seinem Bruder Ernst (geb. 1894), der Erstgeborene der drei Geschwister, gelingt es im Jahre 1938 Nazideutschland zu verlassen. Seine Reise führt ihn nach Bolivien, wo er bis 1959/1960 lebte. Sein Wunsch bei seiner Familie sein zu können, die sich teils nach Israel retten konnte, bewegte ihn dazu, Bolivien im stolzen Alter von 65 Jahren zu verlassen. So berichtet uns Rachel Doron während eines Zeitzeugengesprächs in Israel.

Bis zum Ende seines bewegten Lebens am 29.07.1965, wohnte Ernst nun im „gelobten Land“. Seine Beisetzung erfolgte in Tel Aviv. Käthe, die kleine Schwester von Hans und Ernst, wurde am 11.06.1896 in Lübben geboren. Sie heiratete den Kaufmann Erich Joseph, welcher am 17.11.1888 in Labis (Pommern) geboren wurde. Käthe und Erich werden sich über die beiden Kinder Eva (geb. 17.02.1922) und Inge (geb. 10.10.1923) freuen. Eva verstarb 2005 in Israel. Inge lebt bis heute in den USA. Käthe und Erich Joseph lebten im elterlichen Haus in der Hauptstraße. 1932 kaufte Erich Joseph ein Konkurrenzunternehmen von Willy Wilhelmy. Dieser musste das 1880 gegründete Geschäft veräußern. Erich hatte bereits die Geschäfte im Laden des Schwiegervaters übernommen, bis im Jahre 1936 die Kaufmannstradition der Wolffs und der Josephs ein abruptes Ende finden wird.

Der lange mit dem Synagogenvorstand betraute Wilhelm wird sich in einem Berliner Logenheim in der Langenstraße niederlassen und ein Jahr später 11. Mai 1937 dort versterben.

Im selben Jahr wird Familie Joseph wie so viele jüdische Bürger nach Berlin (Juni 1936) gehen, um von da am 31.03.1938 nach Israel zu emigrieren. Familie Joseph bemühte sich Mutter Johanna Wolff nach Israel nachzuholen. Für Johanna Wolff waren entsprechende Zertifikate organisiert, die alte Dame entschloss jedoch acht Tage zu spät, die lange und beschwerliche Reise anzutreten. Im Falle der Tante Frida Joseph waren jegliche Bemühungen jedoch vergebens. Frida verstarb am 15.11.1941 in Berlin. Im hohen Alter wird Johanna am 17.08.1942 nach Theresienstadt deportiert, wo sie bereits am 31.08.1942 verstirbt.

Erich und Käthe verkauften in Israel Kleidung. Diese nähte Käthe mit Hilfe von aus Lübben mitgebrachten Stoffen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Erst die Entschädigung konnte die finanzielle Lage ein wenig verbessern.

2008 hatten wir das große Glück die Enkelkinder des Lübbener Kaufmanns Wilhelm Wolff, Rachel Doron und Mirjam Rotenburg, zu treffen. Sie erzählten uns die Geschichte ihrer Familie und ihrer Bekannten, die einst Teil des jüdischen Lübbens waren. Sie erzählten uns aber auch ihre eigene, sehr bewegende Geschichte. Vielleicht ist dies nicht der richtige Ort, um diese Geschichte in ihrer Gesamtheit zu schildern. Doch nicht darauf verzichten möchten wir, ein so wichtiges Kapitel zu erzählen, das einige jüdische Kinder und Jugendliche, so auch Rachel und Mirjam, vor den Gaskammern der Nazis bewahrte. Es ist die Geschichte der Hachschara (hebräisch: הרשכה). Mirjam, als ältere der beiden Geschwister, hatte das große Glück für einen Platz in einem der Hachschare-Kurse der jüdischen Jugendorganisation ausgewählt zu werden. Ihre Vorbereitung oder Tauglichmachung (so lautet die Übersetzung des Wortes Hachschara) auf die Alijah absolvierte sie im Jahre 1937 auf einem schwedischen Gutshof mit dem Namen Kristinenhof. Dieser befand sich in der Nähe von Löberöd im Süden Schwedens. Hier auf dem Kristinenhof wurden ungefähr dreißig Schüler im Alter von 15 bis 16 Jahren in landwirtschaftlichen Belangen ausgebildet und bekamen je ein kleines Beet, welches sie zu bewirtschaften hatten.

Sie wurden in den Sprachen Englisch und Hebräisch unterrichtet. Da anfangs nur Mirjam an der Hachschara teilnehmen durfte, setzte diese alles daran, ihre kleine Schwester Rachel nachholen zu können. Den beiden Schwestern rettete die Hachschara das Leben. Mirjam zeigte uns voller Stolz ihren Hachschara-Ausweis.



Abb. 2: Das Geschäft der Familie Wolff in der Lübbener Hauptstraße, 1905.
[Familie Doron und Familie Rottenberg]



Abb. 3: Heinz, Julius und Frieda Moses, Rosa Kassel (Nichte von Frieda, Tochter von Elisabeth Hirsch), Elisabeth, Max und Alice Hirsch (von links), vorne sitzend: Bianca und Sigmund Hirsch
[Familie Omri Charasch]

Familie Moses

Der geborene Lübbener Julius Moses (geb. 21.01.1883) zählte neben seinem Kaufmanns-Kollegen Wilhelm Wolff zu den wichtigsten Personen des jüdischen Lübbens. Der in der Lübbener Kirchstraße 28 wohnende Julius Moses richtete im gleichen Haus seinen „Alteisen & Rohrprodukte“-Laden her. Einen ebensolchen betrieb seine Schwester zusammen mit ihrem Ehegatten Max Beil in der Berliner Straße 14. Nach dem Tod ihres Mannes gab Frieda jedoch das gemeinsame Geschäft auf und wohnte weiterhin in der Kirchstraße (Nr. 24), bis sie sich entschied die Kleinstadt Lübben zu verlassen. Sie versuchte dem antisemitischen Klima der Kleinstadt Lübben zu entkommen und wie so einige Familien des jüdischen Lübbens in der anonymen Großstadt Berlin den Nationalsozialisten zu entkommen. Bis zu ihrer Deportation mit dem 5. Minsk-Transport am 14.11.1941 kam Frieda in der Brunnenstraße 141 (Berlin/Neukölln) bei Familie Wittenberg unter. Über den Verbleib der erstgeborenen Selma (geb. 12.09.1881) ist nichts überliefert. Wir konnten zumindest nichts in Erfahrung bringen. (Nachtrag 2024: Im Kreisarchiv finden sich die Geburts- und Eheurkunde von Selma Moses, vgl. Abbildung Seite 123.)

Als erfolgreicher Kaufmann, und sicher nicht nur aus diesem Grund, nahm man Julius 1925 in den Vorstand der Synagogengemeinde auf. Bis er letztlich 1937 die Leitung des Vorstands übernahm, war sein Vorgänger Wilhelm Wolff in das siebzig Kilometer entfernte Berlin geflohen. Wie so viele jüdische Männer kämpfte auch Julius Moses im Ersten Weltkrieg. Doch im Gegensatz zu dem Lübbener Hans Wolff, war das Schicksal auf seiner Seite und Julius Moses wie auch Julius Burchardi überstanden den Krieg als Träger des Eisernen Kreuzes. Einige Jahre nachdem der Erste Weltkrieg überstanden war, wurde Heinz Moses geboren. Der gemeinsame Sohn der Eheleute Frieda und Julius wurde am 19. März 1923 in Lübben geboren. Seine am 25. März 1922 geborene ältere Schwester Hildegard fiel der hohen Kindersterblichkeit zum Opfer. Sie verstarb bereits am 20. Juni 1922.

Julius und seine Frau entschlossen sich, wie seine Schwester Frieda, in Berlin unterzutauchen. Ihre letzte Anschrift war die Berliner Griebenowstraße 1 bei Seelig. Beide wurden 1943 nach Theresienstadt deportiert. Die Deportation erfolgte jedoch mit unterschiedlichen Deportationszügen. Frieda wurde bereits einige Tage vor ihrem Mann am 3. März mit dem 33. Osttransport deportiert. Die Leidensgeschichte ihres Mannes scheint eine noch bewegtere zu sein als die seiner Frau, insofern sich hier überhaupt eine Wertung vornehmen lässt.

In Jerusalem konnten wir im Archiv der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einige Akten einsehen, welche dokumentieren, dass Julius mit dem vierten größeren Alterstransport am 17. März 1943 nach Theresienstadt deportiert wurde. Von da aus verschickte¹ man ihn am 09.10.1944 in das Vernichtungslager Auschwitz. Die Akte trägt die handschriftliche Notiz „Arbeiter“. Andere Dokumente beweisen jedoch eindeutig, dass Julius Moses im Konzentrationslager Sachsenhausen unter der Häftlingsnummer 12364 geführt wurde. Über Dauer und Zeitpunkt der Inhaftierung in Sachsenhausen lassen sich jedoch keine Dokumente finden. Leider erhielten wir auch nach wiederholter Anfrage an die Gedenkstätte Sachsenhausen keine Auskunft über die Inhaftierung von Julius Moses.

Sein Schwager, Max Hirsch, erfuhr ein ähnliches Schicksal. Er verstarb 1938, nach sechs bis acht Wochen an den Folgen einer Inhaftierung in einem Konzentrationslager, im jüdischen Krankenhaus zu Berlin. Heinz Moses, den Sohn von Frieda und Julius, finden wir, nach dem er bis Juli/August 1939 in Berlin Prenzlauer Berg gemeldet war, in Eretz Israel wieder. Ihm war als einer der wenigen die Ausreise aus Nazideutschland gelungen. Hier lebte er mit seiner Frau bis 2002 im Kibbuz Givath Chaim. Sein Sohn Omri Charasch berichtete uns 2009 von einer Erzählung seines Vaters, in der er die Zeit um 1936 beschreibt.

1 den überlebende der Shoa nutzen Synonyme wie verschickt, verbracht etc. um Begriff der Deportation zu meiden.

Sein Vater berichtete:

„Weil es keinen Rabbiner in Luebben gab, war mein Vater – Julius Moses – Vorsteher der Gemeinde, die an den Feiertagen zum Gebet kamen. Als die Zeit zum Schofarblasen kam, versuchten alle Erwachsenen es zu blasen, und es gelang niemand. Da nahm ich – das Kind – den Schofar und es gelang mir, Toene herauszubekommen. Sofort bekam ich eine grosse Tracht Pruegel fuer die Frechheit, das Schofar ueberhaupt angefasst zu haben. Als dann aber doch niemand anderes trotz aller Versuche, einen Ton herausbrachte, lehrten sie mich die Reihenfolge der verschiedenen Toene (es gibt 3 verschiedene: T'kia, ein langgezogener Ton, Sch'warim, vier unterbrochene Toene nacheinander, T'ruah, viele kurze Teone, die wie Jauchzen klingen.) Von da an blieb das Schofar bei mir, und ich nahm es mit, als ich nach Israel fuhr.“

Manchmal hält die Geschichte auch besondere Überraschungen für uns bereit. Denn was für ein Gefühl es für Omri gewesen sein mag, als er bemerkte, dass es seinem Sohn ebenfalls möglich ist das Shofar zu blasen, können wir nur erahnen.



Abb. 4: Frieda, Heinz und Julius Moses.
[Familie Omri Charasch]

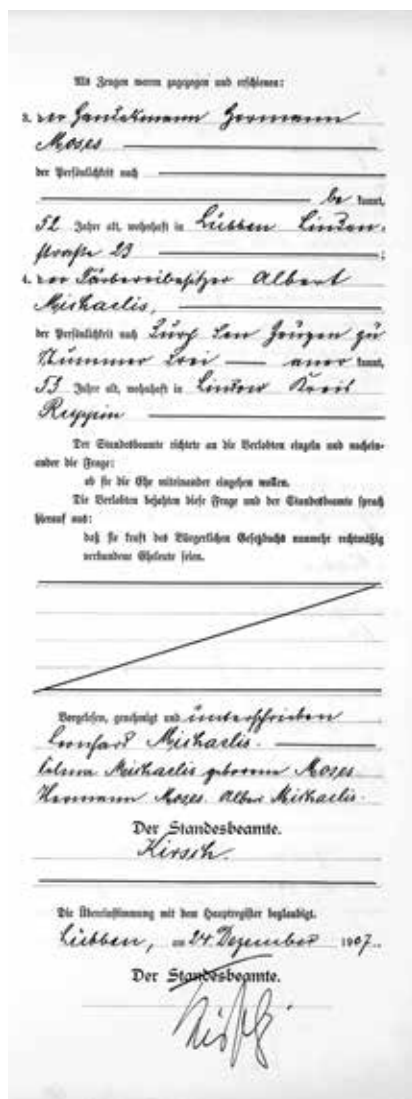


Abb. 5: Eheurkunde von Selma Moses und Leonard Michaelis. Selma war
 die ältere Schwester von Julius, ihre Eltern waren Karoline (geb. Simke)
 und Hermann Moses. Sie heiratete den Kaufmann Leonhard Michaelis am
 24. Dezember 1907 in Lübben und verstarb vermutlich vor 1919.
 [Kreisarchiv Dahme Spreewald]

aufgezeichnet von Ilka Gelhaar-Heider

Das Familiengeheimnis – Überleben durch Adoption

Dies ist eine besondere Geschichte. Es ist die Geschichte einer jüdischen Familie aus einer heutigen polnischen Kleinstadt (damals Ostbrandenburg), die ihren Weg nach Lübben fand. Ihren Namen haben wir anonymisiert.

Sie beginnt mit dem 14-jährigen Dienstmädchen, das einen unehelichen Sohn gebar. Für ihre Eltern war dies Anlass genug sie vom Familienleben auszuschließen. Ab sofort gehörte sie nicht mehr zur Familie. Ihre Familie kleidete ein jüdischer Name, somit auch sie. Unter dem immer größer werdenden Druck der antijüdischen Parolen und den sich verschärfenden Gesetzen gegen die jüdische Bevölkerung, entschloss sich der Vater, sich um einen neuen Namen zu bemühen. Tatsächlich gelang es, einen Namen zu erkaufen, dessen Klang einen jüdischen Glauben ausschloss.

Die verstoßene Tochter blieb von der Namensänderung allerdings ausgeschlossen. Ihr Vater bemühte sich jedoch einen heiratswilligen Mann zu finden. Ein solcher ließ sich auch finden und adoptierte rasch den unehelichen Sohn. Somit erhielt der Sohn eine „saubere“ Geburtsurkunde und führte wie seine Mutter nun ebenfalls einen nichtjüdisch klingenden Namen. In der Schule, welche der uneheliche Sohn 1942 begann, wurde dieser öfter mit einem jüdischen Namen gehänselt. Auch Anfeindungen durch den Lehrer waren keine Seltenheit, wenn dieser in SA-Uniform vor der gesamten Klasse mit einem jüdischen Namen ansprach und ihn zeitweise vom Unterricht ausschloss. Auch nachdem die Familie von ihrem alten Wohnort nach Lübben gezogen war und der Junge eine völlig neue Schule besuchte, blieben die Anfeindungen durch Mitschüler und Lehrerschaft nicht aus.

In einer Nachtaktion sollten sie abgeholt werden, das Eingreifen eines Nachbarn, selbst SA-Angehöriger, verhinderte dies. Den Adoptivvater hatte man zu diesem Zeitpunkt bereits zum Wehrdienst verpflichtet und eingezogen. Nach dem Krieg zog es die Familie mit dem erkauften Namen, wie auch andere Verwandte, nach Niedersachsen, womit der Kontakt erlosch. Als der „uneheliche“ Sohn zur Grenzpolizei ging und später zur NVA, fand sich in der in West-Berlin zu organisierenden Geburtsurkunde plötzlich ein jüdischer Name.

Erst 1989 wird das Jüdische wieder zum Thema, als ihn eine Tante mit seinem jüdischen Familiennamen anspricht. Seine Fragen finden bei der Verwandtschaft jedoch kein Gehör. Über das Familiengeheimnis wollte auch Jahre später keiner sprechen. Eine im Sommer 2009 verstorbene Tante verfügte ihre Beisetzung nicht kirchlich abzuhalten und wollte Zeit ihres Lebens nichts mit der Kirche zu tun haben. Ihre Auffassung war, Gott könne man nicht vertrauen. Eine Menora befand sich jedoch stets in deren Haushalt. Die Familie verfügt über viele Dokumente und Fotos, nur der Abstammungsnachweis ist verschwunden. So drängt sich die Frage auf, ob dies Absicht ist, um wirklich keine Diskussion aufkommen zu lassen. Auch die eigene Mutter (über 90 Jahre alt) möchte nicht bzw. ungern über die Familie reden. Dabei sieht das ehemals „uneheliche“ Kind seine jüdischen Wurzeln heute als erwiesen.



Abb. 1: Gedenkstätte in Schipkau

[Gemeinde Schipkau, https://de.wikipedia.org/wiki/Verlorener_Zug,
abgerufen am 12.09.2024]

Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremden- feindlichkeit, Projektgruppe „Jüdisches Leben gestern und heute“ **Der „Verlorene Zug“**

Im Laufe der Recherche in den Unterlagen in Yad Vashem stießen wir auf ausländische jüdische Todesopfer. Diese waren für den 17. oder 18.04.1945 angegeben. Unsere Spekulationen umfassten dabei: Zwangsarbeiter, Gefangene von Transporten aus dem Osten oder des Außenlagers von Sachsenhausen in Jamlitz.

Aber auch in Lübben war ein Außenlager des KZ Sachsenhausen eingerichtet worden. Zum damaligen Zeitpunkt konnten wir keine schriftlichen Quellen dazu finden. Im Schicksalsbericht/-buch „Aimée und Jaguar“ wird über die Zwangsarbeit im sogenannten „Drahtzieherwerk“ in Lübben geschrieben, hier wurden u.a. Kabel für U-Boote hergestellt. Später konnten wir in Unterlagen aus dem Archiv in Bad Arolsen lesen:

Lübben Außenkommando Sachsenhausen (BNTB)

- Oberkommando der Wehrmacht,
SS-Untersturmführer Rehm verantwortlich
- Erstmals im Sommer 1944 erwähnt
- Bei Schließung waren noch 50–80 KZ-Insassen
(Angaben über die vorherige Anzahl von Häftlingen fehlen)
- Das Heerespersonalamt beschäftigte die KZ-Häftlinge u.a.
zur Durchführung von Bauvorhaben
- Es wurden Gräber und Massengräber angelegt

In Zeitzeugengesprächen erfuhren wir, dass im April 1945 in der Nähe des Südbahnhofs in Lübben Juden zu Fuß unterwegs waren und versuchten Handel mit den Bauern zu betreiben. Sie wurden mit normalen Textilien bekleidet beschrieben, also keine Häftlingsbekleidung. Sie hatten sowohl Geld, als auch Dinge zum Tauschen. Doch woher kamen diese jüdischen „Händler“? Im Verlaufe unserer weiteren Recherchen stießen wir auf den „Verlorenen Zug“. Ende 1944 hatte der Reichsführer der SS Heinrich Himmler, befohlen, dass keine Häftlinge der KZ in die Hände der Feinde fallen sollten.

So kam es zu Todesmärschen oder auch zu Transporten u.a. nach Bergen-Belsen. Seit 1943 waren hier teilweise gesamte jüdische Familien interniert, die entweder eine neutrale oder gegnerische Staatsbürgerschaft besaßen oder Verbindungen zu deren Staaten hatten. Die Deutschen hatten sie für Devisenzahlungen oder zum Austausch mit deutschen Zivilgefangenen mit den jeweiligen Ländern vorgesehen. Ganz in diesem Sinne wurde für sie der Begriff „Austauschjuden/Beutejuden“ benutzt. Die jüdischen KZ-Häftlinge behielten zumeist ihre Bekleidung und auch dadurch einige Wertgegenstände oder Geld, die zuvor in die Bekleidung eingenäht worden waren.

Anfang April 1945 kamen auch hier Transporte an und das KZ war bald überfüllt. Die britischen Truppen rückten zudem immer näher. So gab es den Befehl, die etwa 6700 Insassen mit drei Zügen nach Theresienstadt ins KZ zu schicken. „Der 1. dieser Transporte fuhr am 06.04.1945 vom Lagerbahnhof in Bergen-Belsen ab. Seine Fahrtroute verlief südlich, sowie westlich der Elbe über Uelzen, Salzwedel und Stendal. Am 13.04.1945 wurde er in der Nähe der Orte Farsleben und Zielitz bei Magdeburg von amerikanischen Truppen befreit. Ein 2. Transportzug, in welchem sich hauptsächlich ungarische Juden befanden, verließ am 07.04.1945 Bergen-Belsen und erreichte mit 1712 Personen nach zweiwöchiger Fahrt am 21.04.1945 das KZ Theresienstadt. Über das Schicksal der Insassen ist nichts bekannt.

Das KZ Theresienstadt wurde am 08.05.1945 von der Roten Armee befreit.“¹ Der 3. Transport verließ am 09.04.1945, nur fünf Tage vor der Befreiung des KZ Bergen-Belsen den Lagerbahnhof. Er bestand aus 24 älteren 3. Klasse Wagons und 22 Güterwagons. In jedem befanden sich ca. 60 Häftlinge.

„Dreimal kam es während der Fahrt zu einem Zusammentreffen mit dem 2. Transportzug, dessen Fahrtstrecke bis kurz vor Berlin identisch war. Das erste mal bei Lüneburg, dann bei Hagenow und am 17.04.1945 kurz vor Berlin. In der vorhergehenden Nacht wurde der 2. Zug bei einem Luftangriff schwer getroffen, was über 50 Tote und ungefähr 250 Verletzte unter seinen Insassen zur Folge hatte. Es begann eine qualvolle Fahrt durch weite Teile des noch unbesetzten Deutschlands. Der Transport setzte sich zuerst über Soltau, Lüneburg und Büchen in Bewegung, dann in Richtung Berlin, wo er schließlich am 18.04.1945 eintraf.“² Andere Angaben sagen am 17.04.1945 spät abends.

„Ab Spandau fuhr der Zug über Siemensstadt-Fürstenbrunn und den Südring bis nach Neukölln und dann über eine Verbindungsbahn in Richtung Berlin-Baumschulenweg. Die Durchquerung des schwer zerstörten Berlins dauerte länger als einen Tag. Von hier aus fuhr er die Bahnstrecke Berlin-Görlitz weiter südwärts über Königs Wusterhausen, Lübben, Lübbenau nach Senftenberg. Entlang der Schippchenbahn fuhr der Zug jetzt nach Schipkau, wo er in der Nähe der Autobahn Berlin-Dresden einen zweitägigen Zwischenstopp einlegte und die Fahrt wegen der nur noch dreißig Kilometer östlich heranrückenden Front fast zu Ende schien. Von hier fuhr er dann über Finsterwalde und Doberlug-Kirchhain in Richtung Falkenberg.“³ „Während seiner Fahrt wurde er durch tieffliegende Flugzeuge mit Maschinengewehrfeuer und Bomben angegriffen, was auch zu Todesopfern im Zug führte.

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/verlorenerZug> [Stand: 08.01.2010]

2 ebenda

3 ebenda

Daraufhin befahl der Zugführer, die Waggon mit allen auffindbaren weißen Laken und Tüchern zu bespannen.

Bei dem 3. und letzten Transport kam es durch die katastrophalen sanitären und hygienischen Verhältnisse schließlich zu einer Flecktyphus-Epidemie unter den geschwächten und teils schwerkranken Häftlingen. Viele starben während der Fahrt an Krankheit, Hunger und Erschöpfung. Wenn der Zug hielt, wurden die Waggontüren geöffnet, die Toten ausgeladen und neben den Gleisen verscharrt. Am 20. oder 21.04.1945 rollte der Zug, an dem weiße Fahnen flatterten, in Richtung Falkenberg/Elster durch Tröbitz und blieb vor der inzwischen gesprengten Elsterbrücke nahe dem Dorf Langennauendorf am Kilometer 101,6 stehen.

Am 22.04.1945 wurden hier 16 Tote in einem Massengrab beerdigt, an dessen Stelle im Jahre 1989 eine Gedenkstätte errichtet wurde. Am 23.04.1945 morgens fanden die vorrückenden Truppen der 1. Ukrainischen Front der Roten Armee am Kilometer 106,7 unweit von Tröbitz den Transport. Hierhin war der geteilte Zug am Vortag mit einer kleinen Lok der Beutersitzer Braunkohlenwerke auf Verlangen der Wehrmacht noch gebracht worden, da man an der nahe gelegenen Reichsstraße 101 mit Kampfhandlungen rechnete und sich ein Teil des Wachpersonals mit der Lok, welche den Zug schob, bereits in Richtung Doberlug-Kirchhain abgesetzt hatte. Den russischen Soldaten bot sich ein Bild des Schreckens, in vielen Waggonen lagen noch die Toten des vorhergehenden Tages inmitten der Überlebenden. 28 Menschen wurden noch an Ort und Stelle beigesetzt. Am Ende waren es 198 Menschen, die während der Fahrt gestorben waren.“⁴

Danken möchten wir an dieser Stelle Frau Erika Arlt aus Tröbitz, die sich mit uns traf und uns ihre Gedanken und Recherchen zum „Verlorenen Zug“ mitteilte.

Auf der Gedenktafel an der Gedenkstätte nahe der Autobahnauffahrt Schipkau fanden wir auch die Namen derer, die mit dem Todesort Lübben angegeben sind:

Melkamann Aaltje geb. Roselar geb. 22.12.1907

Amsterdam/Niederlande

Cahn Ruth geb. 13.09.1940 Amsterdam/Niederlande

Esso van Sientje geb. 24.11.1884 Meppel/Niederlande

Hilesum Jacob geb. 27.01.1916 Hilversum/Niederlande

Jacobson Joseph geb. 20.09.1923 Genua/Italien

Zeehandelaar Abraham geb. 27.11.1906 Hoorn/Niederlande

Andreas Weigelt

Das Außenlager Lübben des KZ Sachsenhausen 1944 bis 1945¹

Bereits vor dem relativ spät errichteten KZ-Außenlager Lübben existierten in der Kreisstadt mindestens fünf Kriegsgefangenenlager. Französische Gefangene waren in der Gaststätte „Zum Wendenfürsten“ untergebracht, zwei Offizierslager befanden sich auf dem Gelände des Landeskrankenhauses und am Frauenberg. Der zum Widerstandskreis im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht gehörende Justus Delbrück (1902–1945) war im Herbst 1943 in einem Gefangenenlager für Offiziere, im Oflag III c, im Krankenhaus Frauenberg für die Kommandantur kurzzeitig als Dolmetscher für Französisch eingesetzt.

Verschlüsselt schrieb er seiner Frau Ellen über den Krieg, „und lang dauerst überhaupt nicht mehr, das sagen mir die Raben, freilich, was dann, aber wir werden das Unwetter schon überstehen, wie die schlafenden Bäume [...]“.² Das Krankenhaus war 1943 bis 1945 Ausweichquartier des Heerespersonalamtes (HPA) des

1 Der vorliegende Text ist eine überarbeitete, ergänzte und korrigierte Fassung von zwei Publikationen des Autors zum Thema: Andreas Weigelt, Lübben, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3, Sachsenhausen Buchenwald, München 2006, S. 229–231; Andreas Weigelt, Das Außenlager Lübben des KZ Sachsenhausen 1944–1945, in: Das jüdische Lübben. Einblicke in eine vergangene Epoche, hrsg. vom Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Lübben 2009, S. 85–93.

2 Justus Delbrück an seine Frau Ellen, Lübben 2.11.1943, in: Jamlitz-Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land. Delbrück war nach dem Attentat auf Hitler bis zur Befreiung durch die Rote Armee in Berlin von der Gestapo inhaftiert. Da er bei der Abwehr gedient hatte, ist er von der sowjetischen Geheimpolizei im Mai 1945 festgenommen worden und verstarb am 23.10.1945 im sowjetischen Speziallager Nr. 6 in Jamlitz. Vgl. Andreas Weigelt, Gefangenenbiographie Justus Delbrück, in: Andreas Weigelt, Dokumentationsstätte Sowjetisches Speziallager Nr. 6 Jamlitz 1945 bis 1947. Begleitband, Lieberose 2011, S. 47–69.

Oberkommandos des Heeres und unterstand dem Chef des HPA, Generalleutnant Rudolf Schmudt (1896–1944), seit 1938 Chefadjutant Hitlers. Er war somit Gegenspieler Justus Delbrücks und des Widerstands. Schmudt kam während des Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944 ums Leben.³ An der Vorbereitung dieses Attentats war Delbrück durch seine Zugehörigkeit zur Widerstandsgruppe um Hans Oster, Klaus Bonhoeffer, Hans von Dohnanyi und Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht beteiligt. Er überlebte als einziger die Bestrafung durch die NS-Regierung.

Das HPA mit Ausweichquartier auch in der Jägerkaserne am Hauptbahnhof Lübben war 1944/45 der Bauherr für die Bauten, die die Häftlinge des KZ-Außenlagers Lübben zu errichten hatten.⁴ Sowjetische Kriegsgefangene waren in Lagern am Südbahnhof und bei der Munitionsfabrik Wendt untergebracht.⁵ Diese Lager waren Arbeitskommandos des Stammlagers Stalag III B Fürstenberg/Oder. 58 französische Kriegsgefangene des Arbeitskommandos Nr. 734 waren 1942/44 in einer Flugzeugfabrik eingesetzt. Die Gemeinschaft Lübbener Betriebe beschäftigte in derselben Zeit 69 Franzosen des Kommandos Nr. 656. In Lübben waren weiterhin 46 Franzosen des Kommandos Nr. 201 eingesetzt. Im Kommando Nr. 195 wurde 1944 eine nicht bekannte Zahl italienischer Militärinternierter untergebracht sowie sowjetische Kriegsgefangene im Kommando Nr. 306, das 1943 erwähnt wird.⁶ Alle diese Zwangsarbeiter wurden in den verschiedenen Fabriken der Stadt eingesetzt. In der Kreisstadt sind nachweislich 19 Zwangsarbeiter an den schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen gestorben,

3 <http://schloss-frauenberg.de/weltkrieg.html> (28.4.2024).

4 Eidesstattliche Erklärung Karl Sommer, ehemaliger Leiter des Häftlingseinsatzes im SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, 4.10.1946, Nürnberg-Dokument NI-1065.

5 Schreiben des VVN-Kreisausschusses Lübben an den VVN-Landesverband in Potsdam vom 23.6.1950, in: Bundesarchiv (BArch) Berlin/SAPMO, Dy 55, V 278, 5/14.

teils auch durch Suizid und Unfälle. Zwischen 1941 und 1945 wurden neun Franzosen, fünf Sowjetbürger, drei Polen (darunter ein Säugling) und zwei Holländer in Lübben beerdigt.⁷

Im Frühjahr 1942 war der in Berlin mit seiner Frau untergetauchte Berliner Jude Rolf Joseph für kurze Zeit im Gefängnis Lübben inhaftiert worden. Er war aus dem Güterzug gesprungen, mit dem er und Hunderte andere Berliner Juden von Berlin nach Auschwitz deportiert werden sollten, ist aber gefasst worden. Von Lübben nach Berlin ins Gestapogefängnis Burgstraße zurückgebracht, floh er abermals und hat das Kriegsende in der Illegalität überlebt.⁸ Rolf Joseph war ein Cousin des späteren Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Erich Nelhans.

Zum System der Außenlager des KZ Sachsenhausen

Das „KZ der Reichshauptstadt“ Sachsenhausen, dem ab 1944 auch das Außenlager Lübben unterstehen sollte, war 1936 als Muster- und Mutterlager in Oranienburg nördlich Berlins errichtet worden. Die ersten Außenlager des KZ Sachsenhausen entstanden daher auch als Aufbaulager für geplante neue Hauptlager, so im Falle von Neuengamme (1938–40), Ravensbrück (1938–39), Groß-Rosen (1940–41) und Wewelsburg (1940), später auch für Riga-Kaiserwald (1943). Erst mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion gründete die SS 1941 reguläre Außenlager in Berlin (Kastanienallee und Lichterfelde), in Oranienburg (Heinkel und Klinker) sowie bei SS-Dienststellen in Prettin, Hohenlychen, Drögen und Brandenburg. Fünf dieser ersten sieben Außenlager hatten bis Kriegsende Bestand. Auch 1942 entstand noch ein Außenlager bei

6 Axel Drieschner/Barbara Schulz (Hrsg.), Stalag III B Fürstenberg (Oder), Kriegsgefangene im Osten Brandenburgs 1939–1945, Berlin 2006, S. 199.

7 4.1 Nr. 894, in: Archiv des Centrum Judaicum.

8 Vernehmung Lydia Joseph vom 4.10.1947, in: Landesarchiv (LArch) Berlin, B Rep. 58, Bd. 1053, Bl. 70, und Vernehmung Lydia Joseph vom 18.5.1965, Bl. 92f., in: LArch Berlin, B Rep. 058, Bd. 115; Archiv des Centrum Judaicum, 4.1 Nr. 894.

einer SS-Stelle in Glau sowie ein weiteres, wohl als Aufbau- und Lager gedachtes, in Kiew in der okkupierten Sowjet-Ukraine und bei einer geheimen Forschungsstelle der Reichspost (Kleinmachnow Hakeburg). Eine erste SS-Baubrigade („West“) wurde Sachsenhausen unterstellt. 1943 stieg die Zahl der Außenlager auf 26 an.

Nun breitete sich das System der Außenlager auch räumlich stark aus. Im Umkreis von Berlin entstanden zahlreiche Lager im Zusammenhang mit Ausweichquartieren von Partei-, SS- und Reichsbehörden infolge der alliierten Bombardements der Reichshauptstadt. Im Bereich der SS-Standorte Bad Saarow und Jamlitz („Kurmark“) entstanden 1943 zwei (Bad Saarow, Lieberose), im folgenden Jahr vier weitere Außenlager (Spreenhagen, Storkow, Trebnitz, Kolpin). 1943 gab es erst fünf Außenlager bei privaten Rüstungsbetrieben, 1944 waren es bereits 32. Im Jahr 1944 unterstanden dem KZ Sachsenhausen 59 Außenlager für Männer und Frauen. Fast alle diese Außenlager, in denen seit 1944 die Mehrzahl der Häftlinge des KZ Sachsenhausen eingesetzt war, befanden sich im näheren und weiteren Umland von Berlin oder in der Reichshauptstadt selbst.

Das System der Außenlager des KZ Sachsenhausen ist eng mit der Geschichte des Nationalsozialismus in der Reichshauptstadt Berlin, deren Umland Brandenburg und dem Völkermord an den europäischen Juden verbunden. In Berlin-Brandenburg bestanden nach bisherigen Erkenntnissen rund 90 Filialen des KZ Sachsenhausen mit einer Einzelbelegung zwischen einem und bis zu 10.000 Häftlingen. Das größte Lager mit nahezu 10.000 Häftlingen unterhielt die SS bei der Heinkel-Werke Oranienburg GmbH. Lieberose, als zweitgrößtes Außenlager in dem Dorf Jamlitz eingerichtet, war zudem das größte jüdische Außenlager.

Die 1944 gegründeten Außenlager bestanden überwiegend bei Berliner Rüstungsbetrieben. Seit dem Sommer 1944 wurden verstärkt jüdische Häftlinge aus Auschwitz nach Berlin/Brandenburg gebracht. In 30 Außenlagern des KZ Sachsenhausen lassen sich jüdische Häftlinge nachweisen.

Anfang Januar 1945 befanden sich 11.079 jüdische Häftlinge im Bereich des KZ Sachsenhausen, davon allein rund ein Drittel im Außenlager Lieberose. 1945 erfolgten bis auf die Lager beim Wehrmachts-Truppenübungsplatz Döberitz, in Hermsdorf und beim Reichssicherheitshauptamt keine Neugründungen mehr. Die drei genannten Lager waren sehr klein und erscheinen nur kurzzeitig in der Lager-Statistik.

Wesentlich für das Jahr 1945 ist, dass am Kriegsende in 15 sogenannten rollenden Außenlagern, vor allem in SS-Eisenbahn-Baubrigaden mehr als 7000 Häftlinge bei der Trümmerbeseitigung, besonders im südlichen Reichsgebiet, eingesetzt und dabei dem KZ Sachsenhausen unterstellt waren. Das Außenlager Pölitz des KZ Stutthof bei Stettin soll in den Wirren der Märsche und Auflösungen kurz vor Kriegsende noch Sachsenhausen unterstellt worden sein. Insgesamt lassen sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung im Zeitraum 1941 bis 1945 Außenlager des KZ Sachsenhausen an 92 Standorten nachweisen. Am 26. Januar 1945 befanden sich im KZ Sachsenhausen 55.541 Häftlinge, davon waren 32.347 in den Außenlagern eingesetzt, somit nahezu 60 Prozent. Die Mehrzahl der 72 im Jahre 1945 noch nachweisbaren Außenlager sind zwischen Anfang Februar und Ende April 1945 durch Rückführung ins Hauptlager aufgelöst worden. Ausnahmen bilden Wulkow⁹ und Schwarzheide, die in Richtung Ghetto Theresienstadt bei Prag evakuiert wurden sowie die Außenlager Königs Wusterhausen, Falkensee, Belzig, Genthin, Brandenburg, Glöwen, Oranienburg-Auer, Rathenow, Schönefeld, Velten und Wittenberg, bei denen entweder ein Teil der Häftlinge oder alle von der Roten Armee im Lager bzw. auf oder nach Evakuierungsmärschen befreit wurden. Möglicherweise gehörte auch das Außenlager Lübben zu dieser Gruppe.

⁹ Die Anbindung an Sachsenhausen war eng, aber es bestand keine direkte Unterstellung. Vgl. Andreas Weigelt, Wulkow, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Band 3, Sachsenhausen Buchenwald, München 2006, S. 293–297.

Die Häftlinge des Außenlagers Prettin/Lichtenburg wurden von Einheiten der US-Armee auf dem Evakuierungsmarsch bei Hof/Bayern befreit.

Die Entstehung des Außenlagers Lübben

Das Außenlager Lübben des KZ Sachsenhausen entstand erst im April 1944. Lübben ist neben Neuhammer und Döberitz eines von nur drei für Zwecke der Wehrmacht eingerichteten Außenlagern des KZ Sachsenhausen. Alle drei Lager sind erst 1944/45 entstanden. In den Veränderungsmeldungen des Hauptlagers wurde das Außenlager Lübben erstmals am 24. April 1944 mit 60 Häftlingen verzeichnet.¹⁰ Die Häftlinge sind seitdem im Gebiet Ostergrund an den Spielbergen nördlich des Bahnhofs, etwa gegenüber der heutigen Spreewaldklinik, zu schweren Bau- und Betonarbeiten für das Oberkommando der Wehrmacht eingesetzt worden. Dabei handelte es sich um Bunkerbauten für Ausweichstützpunkte von Kommandozentralen. Eine Reihe von Bunkern ist in Lübben in der Bergstraße, an der Südseite des Klinikums entstanden. Sie wurden 1945 von der Roten Armee gesprengt, ihre Trümmer waren noch lange zu sehen.¹¹

Der Ort des Häftlingslagers und der Arbeitseinsatz

Das als „Arbeitskommando Lübben“ bezeichnete Außenlager Lübben selbst befand sich in Lubolz, etwa sechs Kilometer nordwestlich von Lübben. Über seine Größe und Beschaffenheit ist nichts bekannt.¹² Die Häftlingszahl blieb bis Oktober 1944 relativ konstant. Bis zu 200 Häftlinge sollen in Lübben „auf dem Wehrmachts-

¹⁰ JSU 1, Bd. 100, in: Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen (ASa).

¹¹ Rolf Ebert, Lübben und die Niederlausitz, Beiträge zur Geschichte einer Region im Land Brandenburg, Band 3, Teil 2, Lübben o.J., S. 155.

¹² Schreiben des Oberkommandos des Heeres/Bauoffizier an das Gewerbeaufsichtsamt Cottbus 25.4.1944, in: Stadtarchiv Cottbus A II, 7.3., Band 22, Hk 494/6 Zulagenkarten Niederlausitz.

truppenübungsplatz“ eingesetzt worden sein, was sich jedoch nicht nachweisen lässt. Auch über die Bedingungen im KZ-Außenlager Lübben ist wenig bekannt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der DDR bezeichnete später in einer Kartei die Verpflegung, die von der Wehrmacht gestellt worden sei, als „erträglich“.¹³ Der verantwortliche Bauoffizier, ein Hauptmann des Heerespersonalamtes des Oberkommandos des Heeres, forderte für die Häftlinge am 25. April 1944, also am Tag nach der Gründung des Lagers, beim Gewerbeaufsichtsamt Cottbus eine Schwerarbeiterzulage für 60 in Lübben zu „schweren Bauarbeiten“ eingesetzte „Gefangene des Konzentrations-Lager Oranienburg“ an, die mit der Begründung genehmigt wurde, es handle sich um „Kriegsgefangene“. Dabei verschwieg das Heerespersonalamt nicht, dass die Häftlinge dem KZ Sachsenhausen unterstanden. Am 8. Juni 1944 bezeichnete das Gewerbeaufsichtsamt Cottbus in einem Genehmigungsschreiben an das Heerespersonalamt des Oberkommandos des Heeres mit Sitz in Lübben „Jägerkaserne“ die 60 KZ-Häftlinge als kriegsgefangene Russen, die in einer „Z.b.V.-Kompanie“ Beton- und Erdarbeiten zu verrichten hätten.¹⁴

Am 30. Oktober 1944 wurden die Bunkerbauten in Lübben in das sogenannte Mindestbauprogramm des Rüstungsministeriums aufgenommen und die Lieferung von 300 Tonnen Zement zur baldigen Fertigstellung der Bunker in Aussicht gestellt, wie Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Albert Speer, am 9. November 1944 SS-Obergruppenführer Hans Jüttner mitteilte, der zwar der Chef des SS-Führungshauptamtes war, aber als Chef des Stabes des Ersatzheeres auch eine Wehrmachtsfunktion innehatte.¹⁵ Es verwundert deshalb nicht, dass Rüstungsminister Speer ihm die Baumaterialien genehmigte.

13 Dy 55, V 278, 5/14, in: BArch Berlin/SAPMO.

14 A II, 7.3., Band 22, Hk 494/6 Zulagenkarten Niederlausitz, in: Stadtarchiv Cottbus.

Möglicherweise wurden die KZ-Häftlinge auch bei der baulichen Erweiterung der Außenstelle des Forschungsamtes Görings zur nachrichtendienstlichen Erkundung des feindlichen und neutralen nichtmilitärischen Funkverkehrs, den sogenannten „Postbauten“, in Lübben unweit der Lieberoser Straße eingesetzt. Die „B“- und „C“-Stellen des Forschungsamtes befanden sich seit 1933 in Lübben. Von hier aus wurden insbesondere sowjetische Rundfunksendungen abgehört. 1943 wurde eine der Hauptabteilungen des Forschungsamtes aus der Schillerstraße in Berlin-Charlottenburg nach Lübben verlegt. Anfang 1944 suchte man in Lübben einen Standort für das neue Hauptquartier des Forschungsamtes mit einem Raum für 130 Baracken, welches jedoch bis Kriegsende nicht fertiggestellt wurde.

Ende 1944 galt Lübben als wichtigste Funkerfassungsstelle zur Überwachung Amerikas und Japans.¹⁶ In einem der Bunker im bereits erwähnten Ostergrund, der wahrscheinlich von den KZ-Häftlingen errichtet wurde, hatten im April 1945 kurzzeitig der Lübbener Stadtkommandant Major Ulbrich, der Volkssturmkommandeur Hauptmann i. R. Meier und der kommissarische NSDAP-Kreisleiter Wegermann Quartier bezogen, bevor sie in die Keller der Niederlausitzer Hauptsparkasse flüchteten.¹⁷

15 BArch Berlin, R 3/584, Bl. 141, Schreiben Speers an den Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, SS-Obergruppenführer Jüttner vom 9. November 1944, in: BArch Berlin, R 3/584, Bl. 141.

16 David Irving, *Das Reich hört mit*, Görings „Forschungsamt“, Der geheimste Nachrichtendienst des Dritten Reiches, Kiel 1989, S. 119, S. 126–127; Günther W. Gellermann, „... und lauschten für Hitler“, Bonn 1991; Hans Joachim Wefeld, *Die Lübbener Postbauten Teil 1 und 2*, in: Lübbener Heimatkalender 1994 und 1995.

17 Förderverein des Stadt- und Regionalmuseums Lübben e.V. (Hrsg.), Rolf Ebert, *Die Ereignisse im April 1945 in Lübben in den Erinnerungen der Zeitzeugen*, Lübbener Reihe Nr. 1, Cottbus o. J. [2005], S. 14.

Die Bewachung der Häftlinge

Die Bewachungskräfte sind offenbar erst im September 1944 dem SS-Totenkopf-Wachbataillon Sachsenhausen unterstellt worden, das neben dem Hauptlager Sachsenhausen auch für die Bewachung verschiedener Außenlager zuständig war. Die zunächst noch der Wehrmacht angehörenden Wachmänner dürften allerdings bereits seit Einrichtung des Außenlagers Lübben die KZ-Häftlinge bewacht haben. Denn im September/Okttober 1944 sind 15 namentlich genannte dienstgradniedrige Wehrmachtsoldaten von einem nicht näher bezeichneten „Standortzug Lübben“ zum SS-Totenkopf-Wachbataillon Sachsenhausen ins Hauptlager nach Oranienburg kommandiert worden, von denen drei nach wenigen Wochen Mitte Oktober 1944 wieder von Sachsenhausen nach Lübben zurückkommandiert wurden.¹⁸ Es kann sich hierbei nur um Angehörige der Lagerwache handeln.

Der genannte Standortzug war die frühestens am 1. Januar 1942 als „Außenzug Lübben der Stabskompanie 143“ nachweisbare Wehrmachts-Einheit, und gehörte vermutlich zum in Lübben ansässigen Landeschützenbataillon 346. Der „Außenzug Lübben“ wurde im Dezember 1942 in „Standortzug Lübben“ umbenannt. Einige Soldaten sind in dieser Zeit auch in der Transportbegleitkompanie Töpchin in Egsdorf-Landheim eingesetzt worden. Von diesem „Standortzug Lübben“ sind dann im September die genannten 15 Soldaten in die Waffen-SS aufgenommen worden.¹⁹ Da nachweislich drei von ihnen nach kurzer Zeit wieder an den „Standortzug Lübben“ zurückkehrten, ist davon auszugehen, dass nicht nur sie zur Bewachung des KZ-Außenlagers Lübben gehört haben, sondern sehr wahrscheinlich auch die zwölf anderen nach Sachsenhausen verlegten Soldaten des „Standortzuges Lübben“.

¹⁸ SS-Rottenführer August Humer, SS-Schütze Richard Fiedler und SS-Sturmann Wilhelm Kley, in: BArch Hoppegarten, ZM 1514, Akte 1, Sammelakte, Bl. 21, 38, 58 und 62.

¹⁹ Vgl. die SS-Akte des SS-Rottenführers Nikolaus Beißel, in: BArch Berlin, R 9361-III/247962.

Für weitere zwei der 15 und damit für insgesamt fünf Soldaten lässt sich die Aufnahme in das SS-Totenkopf-Wachbataillon Sachsenhausen auch aktenmäßig nachweisen.²⁰ Der Name des Lagerführers ist nicht bekannt.

Die Häftlinge

Über die Häftlinge liegen nur wenige Informationen vor. Wahrscheinlich waren die meisten Häftlinge ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und Ostarbeiter, die aus verschiedenen Gründen, wie Arbeitsverweigerung oder Sabotage, von Gestapoleitstellen als Schutzhäftlinge in das KZ Sachsenhausen eingewiesen wurden. Auch ein polnischer Häftling lässt sich nachweisen²¹, gleichfalls Franzosen, Holländer, Tschechen und Deutsche²². Jüdische Häftlinge sind nicht eingesetzt worden.

Hilfsvorarbeiter im Lager war der 26-jährige deutsche Schutzhäftling Waldemar Huhn aus Flensburg.²³ Er war im Juni 1940 in das KZ Sachsenhausen eingewiesen worden.²⁴ Huhn wurde als Hilfsvorarbeiter in Lübben abgelöst und wegen Beleidigung des stellvertretenden Lagerführers, ein SS-Rottenführer, Ende Oktober 1944 zu einem Monat Strafkompagnie im „Schuhläuferkommando“ verurteilt. Er soll gesagt haben: „Er brauche sich von einem so lächerlichen kleinen Rottenführer als gewesener HJ-Führer eine solche Behandlung nicht gefallen zu lassen.“ Huhn soll sich auch „fälschlich als Ehrenhäftling“ ausgegeben haben.²⁵

²⁰ SS-Dienst-Karteikarten für den SS-Schützen Franz Schwindt, in: BArch Berlin, VBS 1013 (NS 34) ZB 5996 und für den SS-Rottenführer Emil Franke, in: BArch Berlin, VBS 1013 (NS 34) ZB 5973.

²¹ D1A 1231, Bl. 21, in: ASa.

²² Totenbuchdatenbank zum KZ Sachsenhausen, in: ASa, Archivauskunft von Monika Liebscher vom 1.3.2010.

²³ DocID 4098949, in: Archiv des ITS Arolsen.

²⁴ T/D-Akte Nr. 1.116.103, in: Archiv des ITS Arolsen.

Er hat das KZ Sachsenhausen überlebt und gab als Tag seiner Befreiung den 8. Mai 1945 an, woraus zu schließen ist, dass er im April 1945 vom Hauptlager aus auf den Todesmarsch nach Mecklenburg getrieben wurde. Er kehrte nach Flensburg zurück, wo er noch 1984 lebte.²⁶

Den polnischen Häftling Franciszek Goyot beorderte die Lagerleitung in Oranienburg noch am 6. Februar 1945 ins Hauptlager Sachsenhausen zur Politischen Abteilung. Die Gründe hierfür sind unbekannt.²⁷ Goyot war Arbeiter und ist am 15. März 1944 von einer Gestapoleitstelle als Schutzhäftling in das KZ Sachsenhausen eingewiesen worden, wo man ihn als Hilfsarbeiter einsetzte.²⁸

Kranke Häftlinge schickte man offenbar ins Hauptlager. Denn Mitte Januar 1945 wurde dort der polnische Häftling des Außenlagers Lübben Eugeniusz Koźbiał im Krankenrevier behandelt.²⁹ Er hieß eigentlich Korbialski, war 24 Jahre alt und in Warschau geboren. Erst am 14. August 1944 ist er infolge des Warschauer Aufstandes in das KZ Sachsenhausen verschleppt worden. Als Maurer war er bis zum 7. Januar 1945 im Außenlager Lübben eingesetzt und befand sich vom 12. bis 20. Januar im Krankenzimmer in Sachsenhausen. Am 4. Februar 1945 ist er in das KZ Buchenwald überführt worden.³⁰ Dort wurde er ab 10. März 1945 im Arbeitskommando 79 eingesetzt, ein Baukommando am Bahnhof Nord in Weimar. Bereits einen Tag später musste er wegen einer Fußverletzung ins Revier.³¹ Er hat Buchenwald überlebt und wurde am

25 D 25, A 7, T. 1, Bl. 187, in: ASa.

26 T/D-Akte Nr. 1.116.103, in: Archiv des ITS Arolsen.

27 Blockbuch Maryan Smykala, in: ASa, R 26/33.

28 DocID 4391708, in: Archiv des ITS Arolsen.

29 D1A, 1231, Bl. 21, ASa.

30 DocID 6328418 bis 6328420, in: Archiv des ITS Arolsen.

11. April 1945 von der US-Armee befreit. 1976 lebte er in Warschau und hat sich für den Nachweis seiner Haft an den Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen gewendet. Sein Schreiben stellt einen der wenigen Berichte eines Überlebenden des Außenlagers Lübben dar. Nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes sei er von August bis Oktober 1944 im Hauptlager Sachsenhausen, danach im Außenkommando in Lübben inhaftiert gewesen, schreibt er. Dort sei er am Bau von Häusern der Deutschen, deren Wohnungen bei Luftangriffen zerstört worden waren, beteiligt gewesen. Die Häuser wurden in einem Wald errichtet. Danach sei er aufgrund seiner Arbeitsunfähigkeit, da er zu schwach war, nach Buchenwald geschickt worden.³² Vermutlich hielt Eugeniusz Koźbiał die Bauten im Wald für Wohnungen von Zivilisten.

Die Häftlingszahl des Außenlagers Lübben ging von 60 Häftlingen Ende April 1944 auf 40 Häftlinge zum Zeitpunkt der letzten überlieferten Statistik am 9. April 1945 zurück. Im September 1944 betrug die Höchstbelegung 62 Häftlinge. Die Zahl von 20 nachweisbaren Abgängen aus dem Lager bildet nahezu exakt die Differenz zwischen beiden Häftlingsständen. Elf Häftlinge sind gestorben, was eine Sterblichkeit von mehr als 18 Prozent bedeutet. Sechs Häftlinge sind in das Strafkommando „Schuhläufer“ in das Hauptlager überstellt worden, davon fünf wegen Fluchtversuchen. Je ein Häftling wurde in den Krankenbau und zur Politischen Abteilung nach Sachsenhausen überstellt.

Über die mögliche Verlegung der letzten Lübbener Häftlinge in das Außenlager Potsdam gibt der rekonstruierte Haftverlauf des 31-jährigen Franciszek Grzanka aus Chechło bei Olkusz in Polen Auskunft. Er war am ersten Tag des Zweiten Weltkriegs, am 1. September 1939, Kriegsgefangener der Deutschen geworden und ab Oktober 1939 in verschiedenen Zwangsarbeitslagern inhaftiert.

31 Auskunft der Gedenkstätte Buchenwald, 29.4.2024.

32 Schreiben von Eugeniusz Koźbiał an den ITS Arolsen in polnischer Sprache 18.5.1976, in: T/D-Akte Nr. 109835, Archiv des ITS Arolsen.

Grzanka hatte bis zum 27. November 1942 in der Waffenfabrik C.G. Haenel in Suhl als Maschinenarbeiter arbeiten müssen und war an diesem Tag geflohen.³³ Am 16. Januar 1943 ist er von der Gestapo verhaftet und am 21. Januar 1943 entsprechend der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ (ASR) als Schutzhäftling in das KZ Buchenwald eingewiesen worden, von wo er am 15. März 1943 mit insgesamt 450 Häftlingen in das KZ Riga im okkupierten Sowjet-Litauen überstellt wurde. Später überstellte man ihn in das KZ Sachsenhausen. In seinem Bericht vom 20. März 1986 gab er an, dass er während der Zeit in Sachsenhausen neun Monate in einem Kommando in Berlin eingesetzt war: „Während der Bombardierung der Baracke wurde ich zusammen mit 65 Gefangenen zum Kommando nach Lübben überstellt. Von Lübben wurde ich nach Potsdam evakuiert. In Potsdam wurde ich von der Roten Armee befreit.“ Er lebte 1989 in Chechło/Polen.³⁴ In Potsdam-Babelsberg lässt sich vom 26. Juni 1944 bis 9. April 1945 ebenfalls ein Außenlager des KZ Sachsenhausen nachweisen, wo rund 100 Häftlinge eingesetzt waren. Sollte die Überstellung von Lübben in dieses Lager erfolgt sein, so muss sie nach dem 9. April 1945 stattgefunden haben. Die Statistiken für diese Zeit sind jedoch nicht überliefert.³⁵

33 DocID 72485558, in: Archiv des ITS Arolsen.

34 T/D-Akte Nr. 1.045.384, in: Archiv des ITS Arolsen.

35 Almuth Püschel, Verwehte Spuren. Zwangsarbeit in Potsdam. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, Wilhelmshorst 2002, S. 57; Almuth Püschel, Vera Dost, Potsdam-Babelsberg, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3, Sachsenhausen Buchenwald, München 2006, S. 356–357.

Strafen

Insgesamt sind vermutlich sieben Fluchten versucht worden, von denen offenbar vier tödlich endeten. Damit hätten rund zwölf Prozent der Inhaftierten versucht, den Haftbedingungen zu entkommen. Vor allem sowjetische Häftlinge, die entsprechend der von der SS durchgesetzten rassistischen Häftlingshierarchie nach den Juden zu den am schlechtesten versorgten Lagerinsassen gehörten, haben wiederholt Ausbruchsversuche unternommen.

Schon am 20. Mai flohen zwei sowjetische „ausländische Zivilarbeiter“, der 24-jährige Viktor Almasow und der 21-jährige Nikolaj Saschenko. Sie wurden nach ihrer Wiederergriffung für drei Monate in die Strafkompagnie „Schuhläuferkommando“ ins Hauptlager eingewiesen.³⁶ Almasow, ein russischer Koch, geboren in Nikolajewsk, war erst am 19. April 1944 von der Gestapoleitstelle Magdeburg in das KZ Sachsenhausen eingewiesen worden, wo er als Hilfsarbeiter eingesetzt wurde.³⁷ Saschenko, ein Bäcker aus Russland, war am selben Tag wie Almasow von der Gestapoleitstelle Köln nach Sachsenhausen überstellt und dort ebenfalls als Hilfsarbeiter eingesetzt worden.³⁸

Am 29. September 1944 gelang zunächst zwei weiteren sowjetischen Zwangsarbeitern, dem 25-jährigen Viktor Smirnow und dem 24-jährigen Iwan Merkow, die Flucht aus dem Lager. Sie wurden jedoch nach drei Tagen wiederergriffen und für ein halbes Jahr ebenfalls in die Strafkompagnie „Schuhläuferkommando“ überstellt. Man warf ihnen zusätzlich vor, während der Flucht zwei Diebstähle begangen zu haben. Sie erhielten zusätzlich einen „roten Fluchtpunkt“ auf die Häftlingskleidung genäht.³⁹ Smirnow, geboren im russischen Morosowka, obwohl erst 25 Jahre alt, hat

³⁶ D 25, A 7, T. 3, 24 f., in: ASa.

³⁷ Signatur 01013806 009, in: Archiv des ITS Arolsen.

³⁸ DocID 4382209, in: Archiv des ITS Arolsen.

³⁹ D 25, A. 7, T. 3, Bl. 29 und 31, in: ASa.

diese Tortur nicht überlebt. Er ist am 8. November 1944 umgekommen.⁴⁰ Der am 2. Oktober 1944 geflohene 23-jährige sowjetische Zwangsarbeiter Anatoli Wigow, geboren im ukrainischen Starowitschi, wurde noch am selben Tag wiederergriffen und „bis auf weiteres“ in die Strafkompagnie „Schuhläuferkommando“ eingewiesen, was eigentlich einem Todesurteil gleichkam.⁴¹

An demselben Tag, am 2. Oktober 1944, wurden drei zur gleichen Zeit um 16 Uhr gestorbene Häftlinge aus Lübben registriert, was eine Erschießung im Zusammenhang mit der Flucht von Wigow nahelegt. Es handelt sich um den 28-jährigen polnischen Schutzhäftling Stanislaw Przybylski, den 40-jährigen französische Schutzhäftling Adolphe Rousin aus Paris und den 26-jährigen sowjetischen Zwangsarbeiter Viktor Krotow. Letzterer, von Beruf Kraftfahrer und Zimmermann, ist am 9. Oktober 1943 von der Gestapo-Leitstelle Berlin als Schutzhäftling in das KZ Sachsenhausen eingewiesen und dort als Zimmermann eingesetzt worden.⁴³

Bemerkenswert ist die von der SS angegebene Todesursache „Kopf- und Brustschussverletzungen“ für Adolphe Rousin, was keine Erschießung auf der Flucht, sondern nach einem sich-Ergeben oder im Zusammenhang mit einem Konflikt nahelegt. Anatoli Wigow hat das „Schuhläuferkommando“ überlebt und war zwischenzeitlich in das Außenlager Bad Langensalza des KZ Buchenwald überstellt worden, aus dem er am 24. November 1944 in das KZ Sachsenhausen rücküberstellt wurde. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt.⁴⁴

40 Gedenkstätte Sachsenhausen, Totenbuch, in: <https://www.stiftung-bg.de/totenbuch/main.php> (3.5.2024).

41 D 25, A 7, T. 3, Bl. 40, in: ASa.

42 JSU 1, Bd. 99, in: ASa.

43 DocID 4378982, in: Archiv des ITS Arolsen.

44 Auskunft Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen 24.5.2024.

Tote im Lager

Für das Außenlager Lübben lassen sich quellengesichert vier Todesfälle nachweisen, überwiegend Schutzhäftlinge. Die Toten waren ein Sowjetbürger, ein Franzose, ein Pole sowie ein Tscheche.⁴⁵ Demnach sind rund sieben Prozent der Häftlinge gestorben, was für die kurze Existenz des Lagers eine hohe Todesrate bedeutet. Neben den drei im Zusammenhang mit einer Flucht am 2. Oktober 1944 ums Leben gekommenen und bereits erwähnten Häftlingen starb am 14. März 1945 der 52-jährige tschechische Postangestellte Alois Julinek, der erst am 30. August 1944 durch eine Gestapoleitstelle als Schutzhäftling in das KZ Sachsenhausen eingewiesen und als Hilfsarbeiter registriert worden war.⁴⁶

Ein niederländischer Toter, Thomas van Eijken, geboren 1923 in Amsterdam, soll am 28. April 1945 im Außenlager Lübben verstorben sein. Er lässt sich jedoch in den Archiven nicht als Häftling nachweisen. Woher diese Information stammt, ist nicht bekannt. Am 28. April 1945 existierte das Außenlager Lübben nicht mehr.⁴⁷ Vermutlich ist van Eijken einer der Toten des „Verlorenen Transports“, auf den wir im folgenden Kapitel eingehen.

Die Auflösung des Lagers

Im Dezember 1944 erreichten Häftlinge aus dem Außenlager Küstrin im Fußmarsch die Kreisstadt Lübben und wurden von hier aus in Waggons in das KZ Buchenwald gebracht.⁴⁸

Ob sie kurzzeitig die Arbeitskräfte im Außenlager Lübben verstärkten und welchen Zweck der Marsch bis Lübben hatte, ist

⁴⁵ Totenbuchdatenbank zum KZ Sachsenhausen, in: ASa, Archivauskunft von Monika Liebscher vom 1.3.2010.

⁴⁶ Auskunft Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen 24.5.2024; DocID: 4392380, in: Archiv ITS Arolsen

⁴⁷ Auskunft Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen 24.5.2024; ebenfalls: https://de.findagrave.com/memorial/260544364/thomas-van_eijken; ebenso: <https://oorlogsgravenstichting.nl/personen/41707/thomas-van-eijken>.

unbekannt. In der Statistik des Außenlagers Lübben spiegelt sich dieser Vorgang nicht wieder.

Am 23. März 1945 war laut Unterlagen eines Funktionshäftlings in Sachsenhausen der 45-jährige deutsche Häftling Jakob Schneider, geboren in Friedrichstal, aus dem Außenlager Lübben zur Entlassung in das Hauptlager überstellt worden.⁴⁹ Er war erst am 29. April 1944 in Halver Kreis Altena in Westfalen festgenommen worden und vom 2. Mai bis 18. November 1944 im Polizeigefängnis Hagen inhaftiert, bevor er ins KZ Sachsenhausen überstellt wurde. Er ist jedoch nicht entlassen worden, sondern wurde am 5. Mai 1945 vermutlich auf dem Todesmarsch von Sachsenhausen nach Mecklenburg befreit. Er hat das KZ überlebt und wohnte 1957 in Halver.⁵⁰ Noch am 9. April 1945 war das Lager mit 40 Häftlingen in der letzten überlieferten Veränderungsmeldung des KZ Sachsenhausen aufgeführt.⁵¹ Es soll am 23. April 1945, kurz vor dem Einrücken der Sowjetarmee in die Kreisstadt, aufgelöst worden sein.⁵²

Laut dem bereits erwähnten Bericht des polnischen Häftlings Grzanka könnten die letzten Häftlinge zusammen mit ihm nach Potsdam gebracht und dort befreit worden sein.

48 Aussage Georg Brinkmann vom 15.8.1969, in: BArch Ludwigsburg, IV 406 AR 218/67 Bl. 263. Vgl. Andreas Weigelt, Küstrin, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 3, Sachsenhausen Buchenwald, München 2006, S. 222-223.

49 Blockbuch Maryan Smykala, in: ASa, R 26/33. In SS-Dokumenten wurde er am 20.9.1944 als von der Schutzpolizei Leipzig in das KZ Sachsenhausen eingewiesen und am 6.4.1945 als entlassen registriert. Der Widerspruch kann leider nicht aufgelöst werden. Vgl. Auskunft des Archivs der Gedenkstätte Sachsenhausen 24.5.2024.

50 T/D-Akte Nr. 601.604, in: Archiv des ITS Arolsen.

51 IV 406 AR 731/67, in: BArch Ludwigsburg.

Juristische Aufarbeitung

Während staatsanwaltlicher Ermittlungen in der BRD zu verschiedenen Außenlagern des KZ Sachsenhausen musste 1970 festgestellt werden, dass keine Erkenntnisse zum Außenlager Lübben vorlagen.⁵³ Die Zentralstelle Ludwigsburg hatte 1967 bis 1972 ohne Ergebnis hinsichtlich des Außenlagers Lübben ermittelt.⁵⁴ Die DDR bearbeitete ein Rechtshilfeersuchen der Zentralstelle Köln, ebenfalls ohne Ermittlungsergebnis.⁵⁵

52 Tagungsmappe Workshop „Die Außenlager der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück“, Internationale Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück 17. und 18. Oktober 2003, hrsg. von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

53 Schreiben der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen an den Generalstaatsanwalt der DDR 29.6.1970, in: ASa, LAG XI/12.

54 IV 406 AR 731/67, in: BArch Ludwigsburg.

55 JSU 1, Bd. 100, in: ASa.

Andere Gefangene des Nationalsozialismus in Lübben

Der „Verlorene Transport“ aus dem KZ Bergen-Belsen⁵⁶

In den letzten Kriegstagen sahen Lübbener Einwohner im April 1945 am Südbahnhof in Zivil gekleidete Juden, die versuchten, mit Geld oder Tauschwaren an Lebensmittel zu gelangen. Bei ihnen handelte es sich um sogenannte Austauschjuden oder Beutejuden, die seit 1943, teilweise in ganzen Familienverbänden von der SS im KZ Bergen-Belsen interniert wurden. Sie besaßen entweder eine neutrale oder gegnerische Staatsbürgerschaft oder hatten Verbindungen zu deren Staaten. Die SS-Führung hatte sie als Geiseln für den Austausch mit deutschen Zivilgefangenen in den jeweiligen Ländern bzw. für Devisenzahlungen vorgesehen.

Als Anfang April 1945 die britische Armee sich dem Lagerkomplex Bergen-Belsen näherte und SS-Chef Heinrich Himmler befahl, keinen Häftling in die Hände der Alliierten gelangen zu lassen, gingen auf seinen Befehl ab dem 6. April 1945 drei sogenannte „Verlorene Transporte“ mit der Eisenbahn von Bergen-Belsen ab, in denen bis zu 6800 jüdische Häftlinge wochenlang in Deutschland hin- und herirrten. Der dritte Transport mit ca. 2400 jüdischen Männern, Frauen und Kindern in 24 älteren Wagons 3. Klasse sowie 22 Güterwagons mit jeweils ca. 60 Häftlingen wurde am 9. April losgeschickt. Kurz vor Berlin trafen Fliegerbomben am 17./18. April den Zug, wobei 50 Häftlinge umkamen und 250 verletzt wurden. Der Zug bewegte sich nun unter weiterem Beschuss nach Süden. Zwischen dem 18. und 20. April durchquerte er Lübben. Aus diesen Tagen müssen die Angaben der Einwohner über Juden stammen, die am Südbahnhof Lebensmittel eintauschen wollten.

⁵⁶ Die Darstellung folgt zahlreichen Internetbeiträgen, insbesondere aber: Erika Arlt, Die jüdischen Gedenkstätten Tröbitz, Wildgrube, Langennaundorf und Schilda im Landkreis Elbe-Elster, Herzberg 1999.

Im Streckenabschnitt zwischen Lübben, Senftenberg und Schipkau starben aus dem Transport zwischen 10. und 18. April 1945 Aaltje Melkaman geb. Roselar, geb. 22.12.1907 in Amsterdam/Niederlande, Ruth Cahn geb. 13.09.1940 in Amsterdam, Esso van Sientje geb. 24.11.1884 in Meppel/Niederlande, Jacob Hilesun geb. 27.01.1916 in Hilversum/Niederlande, Joseph Jacobson geb. 20.09.1923 in Genua/Italien und Abraham Zeehandelaar geb. 27.11.1906 in Hoorn/Niederlande. Ihre Namen stehen auf einer Gedenktafel an der Gedenkstätte nahe der Autobahnauffahrt Schipkau.⁵⁷

Aufgrund der katastrophalen hygienischen Bedingungen des Transportes brach Typhus aus. Der Zug wurde bis zum 22. April auf dem Weg zum Endhalt weiter beschossen, woraufhin der Zugführer weiße Laken über die Wagons spannen ließ. Am 23. April entdeckten Soldaten der Roten Armee den Zug mit etwa 2000 jüdischen Überlebenden in Tröbitz und befreiten die Insassen. 1945 entstand für die Toten des Transportes in Tröbitz ein jüdischer Friedhof und 1952 die erste Gedenkstätte. Nach einer Überarbeitung des jüdischen Friedhofs wurde er 1966 zu einer Mahn- und Gedenkstätte. 1995 entstand eine Gedenkwand mit den Namen der Toten. 2014 eröffnete die Gemeinde eine historische Freiluftausstellung zur Geschichte des „Verlorenen Transportes“.

Die Todesmärsche der Außenlager Schlesiersee I, Grünberg und Guben des KZ Groß-Rosen durch Lübben

Das Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien hatte 38 Frauen-Außenlager. Eine größere Zahl von ihnen befand sich östlich von Oder und Neiße. Die meisten wurden zwischen Anfang Januar und Anfang Februar 1945 aufgelöst. Davon sind mindestens zwei durch Fußmärsche durch die Gegend Lieberose/Lübben/Cottbus evakuiert worden.

⁵⁷ Auskunft Ilka Gelhaar-Heider 22.02.2010.

Am 10. Oktober 1944 wurden 2000 jüdische Frauen aus dem Frauen-Lager des Vernichtungslagers Birkenau nach Schlesiersee (heute Ślawa/Polen) in Niederschlesien gebracht. Jeweils 1000 Frauen kamen in die als KZ-Lager hergerichteten Bauerngehöfte Bänisch Vorwerk (Schlesiersee I) und Neu Vorwerk (Schlesiersee II) südlich von Pürschkau (Przybyszów).⁵⁸

Für Verteidigungszwecke mussten die Frauen von Oktober 1944 bis Januar 1945 Panzerabwehrgräben östlich von Schlesiersee ausheben. Schlesiersee gehörte mit den Außenlagern Birnbäumel, Hochweiler und Kurzbach zur Operation „Barthold“ für den Schutz der Festung Glogau. Kleidung, Ernährung, Unterbringung und hygienische Verhältnisse in Schlesiersee waren menschenunwürdig. Zuständig für beide Lagerteile war SS-Oberscharführer Karl Jäschke, geboren 1890. Für Schlesiersee I war darüber hinaus SS-Unterscharführer Kurt Hielscher, geboren 1922, verantwortlich. Die Bewachung für Bänisch Vorwerk bildeten SS-Angehörige, die zuvor bei der Luftwaffe gedient hatten.

Am 21. Januar 1945 wurden beide Lager nach dem Außenlager Grünberg (Zielona Góra) in Marsch gesetzt, welches ein Teil der Frauen am 28. Januar 1945 erreichte. Die dortigen 971 jüdischen Frauen arbeiteten in Rüstungsbetrieben und in den „Deutschen Wollwaren Manufakturen“ (DWM).

Am Morgen des 29. Januar 1945 wurden die Schlesiersee-Frauen wieder geteilt und die zweite Phase des Todesmarsches begann. Schlesiersee II marschierte mit einem Teil der Grünberg-Frauen, geführt von dem SS-Oberscharführer Karl Jäschke, über Dresden nach Helmbrechts bzw. nach Zwodau und Wallern in Böhmen. SS-Unterscharführer Kurt Hielscher brach mit den Frauen von Schlesiersee I (Bänisch Vorwerk) und dem anderen Teil der Grünberg-Frauen, insgesamt etwa 1250 Häftlingsfrauen, mit Marschziel KZ Bergen-Belsen nach Schleswig-Holstein auf. Dieser Teil des Todesmarsches führte über Braschen, das KZ-Außenlager

⁵⁸ Andrea Rudorff, Die Lager Schlesiersee I und II - Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen, Dresden [2021].

Guben und Cottbus bis Jüterbog, von wo die restliche Strecke in vier Tagen in Güterwagons zurückgelegt worden sein soll. Denkbar ist auch, dass die Kolonne zeitweise getrennt marschierte, diese Kolonnen an verschiedenen Orten rasteten und ein Teil dieser Frauen die ganzen 500 km von Schlesiersee bis Bergen-Belsen zu Fuß zurückgelegt hat. Die jüdischen Frauen waren unterschiedlich bekleidet. Die Grünberg-Frauen aus den „Deutschen Wollwaren Manufakturen“ trugen zivile Kleidung, jedoch mit einem 10 x 25 cm großen gestreiften Flicker auf dem Rücken.

Die Frauen aus Schlesiersee waren ebenfalls in Zivilkleidung aus dem KZ Birkenau gekommen, erhielten aber einen langen vertikalen roten Streifen auf dem Rücken der Überkleidung. Einige der Grünberg-Frauen hatten seit Birkenau auch die typische gestreifte KZ-Uniform an. Die Frauen schliefen unter freiem Himmel oder in Scheunen und Ställen. Ausnahmen bildeten die Übernachtungen in den KZ-Außenlagern Grünberg und Guben.

Die Frauen aus Schlesiersee I und Grünberg trafen in Guben vermutlich noch die jüdischen Frauen des dortigen Außenlagers an, die bei der Lorenz AG in der Rüstungsproduktion eingesetzt waren. Das Lager befand sich seit 1944 östlich der Neiße im Königs-Park auf einem Sportplatz, wo bereits seit 1943 ein sogenanntes Gemeinschaftslager bestand. Die Frauen des Lagers Guben dürften um den 6. Februar 1945 ebenfalls auf den Todesmarsch in Richtung Bergen-Belsen geschickt worden sein. Etappen-Orte sind nicht bekannt, lediglich, dass die Frauen ebenfalls ab Jüterbog mit dem Zug in Richtung Bergen-Belsen transportiert worden sein sollen. Allerdings gibt es eine Fülle von Hinweisen aus der Bevölkerung auf KZ-Häftlingsfrauen für die Strecke zwischen Guben und Jüterbog, jedoch ohne Kenntnis ihres Herkunftsortes.

Es sind bislang folgende Durchmarsch-Orte bekannt: Lübbichen, Pinnow, Jamlitz (Übernachtung), Lieberose, Münchhofe, Hollbrunn (Übernachtung), Lamsfeld, Mochow, Waldow, Lübben, Schlepzig, Krausnick (Übernachtung), Buckow südlich Baruth (Übernachtung) und Hohenahlsdorf südlich Jüterbog.

Ob diese Nachweisorte einem oder mehreren Marschkolonnen zuzuordnen sind, ließ sich nicht klären. Es ist nicht auszuschließen, dass die Frauen, die durch diese Orte marschieren mussten, auch aus Guben kamen.⁵⁹

Hans Brenner, der die Todesmärsche des KZ Groß-Rosen erforscht hat, gibt an, daß die durch Jamlitz und Hollbrunn südlich von Lieberose getriebenen Häftlingsfrauen ausschließlich aus dem Außenlager Guben waren. Sie sollen von Hollbrunn wieder nordwärts zurück über Lieberose und Lamsfeld nach Mochow und Waldow gelaufen sein, von wo sie mit der Kleinbahn bis zum südlich von Lübben gelegenen Kleinbahnhof transportiert wurden. Über den sich anschließenden Durchmarsch durch Lübben liegt nur ein Zeugenbericht vor. Nach 1990 berichtete der Lübbener Alfred Rudolph über seine Erlebnisse: „Frau Örtling [Inhaberin des Milchladens in der Frankfurter Straße in Lübben, A.W.] sah die Frauen wohl durch das Schaufenster. Sie stürzte aus dem Laden, denn sie hatte Essbares zusammengerafft, sicher auch Brot, und sie lief auf die Kolonne zu. Zwei oder drei Frauen gingen etwa zwei Schritte aus der Kolonne auf Frau Örtling zu und konnten alles ergreifen. Ein Posten eilte hinzu und stieß die Frauen mit dem Gewehrkolben in die Kolonne zurück. Alles verlief schnell und geräuschlos.“⁶⁰ Eine genaue Datierung des Durchmarsches durch Lübben lassen die bekannten Angaben nicht zu, es dürfte jedoch nach dem 10. Februar 1945 gewesen sein.

59 Andreas Weigelt, Die Rettung der Jüdinnen Ljubica Levi und Lili Goldberger durch Emil und Gabriele Fleischer im Februar 1945 auf dem Gut Hollbrunn bei Lieberose, Eine Dokumentation, Anlässlich der Ehrung mit dem Titel „Gerechte unter den Völkern“ durch den Staat Israel am 27. Juni 2002 in Lieberose, Lieberose 2002. (Selbstverlag)

60 Rolf Ebert, Lübben und die Niederlausitz, Band 3, Teil 2, Lübben, o.J., S. 146.

Nachdem die Häftlingsfrauen vom Kleinbahnhof aus nach Westen auf die Stadt zugelaufen sind, wo sie Frau Örtling am Milchladen an der Frankfurter Straße unterstützen wollte, seien sie laut Hans Brenner aus der Stadt heraus in Richtung Schlepzig und Krausnick gelaufen. Von dort ging es über Brand-Staakow, Rietzneuendorf, Friedrichshof, Golßen nach Buckow und weiter über Werbig-Hohenahlsdorf bis Jüterbog. Am dortigen Bahnhof in Züge verfrachtet, fuhr man sie nach Bergen-Belsen, wo sie Ende Februar 1945 eintrafen.

Über die von Schlesiersee I nach Guben geschickten Häftlingsfrauen schreibt Hans Brenner, sie seien nicht mit den Gubener Frauen in Richtung Jamlitz/Lieberose/Lübben marschiert, sondern von Guben aus zunächst südwärts bis Cottbus und von dort nach Norden einschwenkend in Richtung Schönwalde, dann wie die Gubener Häftlingsfrauen bis Lübben und auf einer leicht anderen Route gleichfalls bis Jüterbog, von wo aus auch sie mit einem Zug nach Bergen-Belsen gebracht wurden.⁶¹

⁶¹ Hans Brenner, Todesmärsche und Todestransporte. Konzentrationslager Groß-Rosen und die Nebenlager, Chemnitz 2015, S. 102–105 und S. 50–53.

Carola Gerlach

Die Zwangsarbeit von Edwin Brandes bei Schering in Berlin-Adlershof

Edwin Brandes, geboren am 14. Mai 1912 in Berlin-Lichterfelde, ermordet am 29. Januar 1944 in Auschwitz, gehörte zu der kleinen Gruppe Berliner Juden, die im Sommer 1943 nach Lübben flüchteten und in der Gaststätte Liedemann (Sternstraße 1, Lübben) Unterkunft, Ernährung und Schutz erfuhren. Else Boßling, geb. Liedemann, geboren am 9. August 1911 in Lübben, und ihr Ehemann Paul Boßling, hatten trotz eigener Todesgefahr den Mut, Juden zu helfen, schon seit Oktober 1941, als die Deportationen begannen, Lebensmittel ohne Karte zu beschaffen und sie bei sich in der Wohnung in Berlin-Charlottenburg aufzunehmen.

Als im Jahre 1943 die Bombenangriffe der Alliierten auf Berlin zunahmen und die Zivilisten aufgefordert wurden, Berlin zu verlassen, nahm Else Boßling mehrere verfolgte Juden, die sie aus den Jahren zuvor schon gut kannte, in ihre Heimatstadt Lübben mit. Ihre Eltern hatten dort eine bekannte Fleischerei und Gaststätte, und ihr Vater, Karl Liedemann, war einer der Ratsherren der Stadt.¹ Im Sommer 1943 wohnten in Lübben viele Fremde, Berliner, die nach den Bombardierungen der Reichshauptstadt den Evakuierungsaufrufen von Goebbels gefolgt waren. Wahrscheinlich war es nur aufgrund all dieser ungewöhnlichen Umstände für Else Boßling möglich, dieses Wagnis einzugehen und den Verfolgten im Haus ihrer Eltern für eine gewisse Zeit unauffällig Schutz zu bieten und ihre Ernährung zu gewährleisten.

¹ Vgl. Carola Gerlach: Schicksale Lübbener Juden in der NS-Zeit. Akten, Aussagen und Dokumente (Nachdruck), im selben Band; LAB B Rep. 078 UH 578.

Im Sommer 1943 wohnten in der Gaststätte Liedemann, unmittelbar am Ufer der Spree: Charlotte Bielski, geb. Oestreicher, geboren am 31. August 1885 in München, verstorben am 15. Mai 1960 in den USA. Sie war untergetaucht, nachdem ihr Ehemann, der Kaufmann und Geschäftsführer Leo Bielski, geboren am 4. Juni 1886, in Ostrowo, am 28. Mai 1942 im KZ Sachsenhausen als Geisel erschossen worden war. Charlotte Bielski hatte einen gefälschten Ausweis auf den Namen Oestreich und pendelte von 1943–1945 zwischen Lübben und Berlin-Hermsdorf. Sie war von Beruf selbstständige Schneiderin, 1937 verlor sie ihre Zulassung, in der Illegalität arbeitete sie als Haushaltshilfe.²

Edwin Brandes war von Beruf Zahntechniker, musste aber aufgrund der Verfolgung seinen gut bezahlten Beruf aufgeben und als Hilfsarbeiter Zwangsarbeit leisten, ab 20. März 1941 arbeitete er in der Meritol (Pflanzengift)-Abteilung bei Schering in Berlin-Adlershof. In derselben so genannten „Judenkolonne“ bei Schering arbeitete auch Leo Bielski. Edwin Brandes tauchte unter, als er am 3. Dezember 1942 von Schering entlassen wurde, freigestellt für die Deportation. Die Firma hatte Ersatz für ihn gefunden, zunächst andere Juden. Sie alle wurden bei der so genannten „Fabrikaktion“ am 27. Februar 1943 am Arbeitsplatz von der Gestapo festgenommen und unter unmenschlichen Bedingungen weggeschafft, die meisten deportiert. Ersatz für sie hatte Schering, die ausländischen Zwangsarbeiter waren schon da.³

Ruth Markowicz, geb. Schwabe, geboren am 7. April 1915 in Berlin, ermordet im Oktober 1944 in Auschwitz, eine Cousine von Edwin Brandes. Ruth Markowicz war von Beruf Kontoristin und musste als Zwangsarbeiterin schwere, gesundheitsschädliche Arbeiten verrichten. Als ihre Mutter, Margarete Schwabe, im Januar 1943 nach Theresienstadt deportiert wurde, entschloss sie sich zur Illegalität.⁴

2 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 51 115.

3 BLHA, Rep. 36 AII, Nr. 4730, LAB A Rep. 229, Nr. 513, 514.

Charlotte Bielski hat als einzige überlebt. Die näheren Umstände, wie Ruth Markowicz und Edwin Brandes in die Hände der Gestapo gerieten, sind unbekannt. Ruth Markowicz wurde in Bestensee bei Königs Wusterhausen gefasst.

Edwin Brandes wurde mit zerrissener Kennkarte im Sammel-lager Große Hamburger Str. 26 eingeliefert. Edwin Brandes arbeitete vom 20.03.1941 bis 03.12.1942 bei der Schering AG Werk Adlershof als Chemiehilfsarbeiter in der Abteilung Meritol. Dabei handelte es sich um ein hochgiftiges Pflanzenschutzgift, das Schering zu Kriegszwecken produzierte. Die folgenden Auszüge aus den Akten der Schering AG Adlershof 1942-1943⁵ dokumentieren den menschenverachtenden Umgang des Unternehmens mit den jüdischen Arbeitern, die ihnen vom Arbeitsamt, Nebenstelle (für Juden) in Berlin-Neukölln, Fontanepromenade 15 zugewiesen wurden.

4 Entschädigungsamt Berlin, Reg. Nr. 13907, 20846.

5 LAB A Rep, 229, Nr. 514; vgl. Anja Schindler: Die „Fabrik-Aktion“ bei der Schering A.G. Adlershof und Überlebt in Nazi-Deutschland: Helene und Bruno Gerson, in: Juden in Treptow. Sie haben geheißen wie ihr heißt. Hrsg. vom Kulturbund e.V. Berlin-Treptow, Berlin, Edition Hentrich 1993.

Namentliches Verzeichnis der Judenkolonne hinsichtlich der Reihenfolge, wie sie aufgrund ihrer Arbeitsleistungen abtransportiert werden sollen.

Die mit x) Bezeichneten sind zuerst zur Entlassung zu bringen, falls vonseiten des Arbeitsamtes Massnahmen dazu ergriffen werden sollten.

Hofkolonne :

Heymann	x
Löwenthal	x
Rosenthal	x
Seemann	x
Bielski	x
Joachimsthal	
Levita	
Kaiser	
Cohen	

Meritol

Verfahren

Graetzer	x	
Brühl	x	X
Spiro	x	
Weber		
Brandes		
Friedeberg		
Scheritzki		
Gerson		
Bodlaender		

den 7.1.42

*X schriftl. Drucken
Hinter transport. Kolonne*

Betgo 6. Aug. 1953

Heim

Abb. 1: „Namentliches Verzeichnis Judenkolonne hinsichtlich der Reihenfolge, wie sie aufgrund Ihrer Arbeitsleistungen abtransportiert werden sollen.“, 7. Januar 1942.

[LAB (Landesarchiv Berlin), A Rep. 229, Nr. 514]

66

An das
Arbeitsamt Berlin
Berlin-Neukölln
Fontanepromenade 15

Dr.St./Kn.

16.11.1942

Der im Werk Adlershof der Schering A.G. als Chemiehilfs-
werker beschäftigte jüdische Arbeiter Edwin Israel B r a n d e
geboren am 14.5.1912 zu Berlin-Lichterfelde, wohnhaft Berlin S.
Michaelkirchstr. 26 b/ Sommerfeld, hat die Transport Nr. 22 462
erhalten, es ist also mit dem Abgang des Brandes zu rechnen.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die Schering A.G. ein O.K.W.-
Spezialbetrieb und als solche mit kriegs- und lebenswichtigen Au-
gaben betraut ist. Brandes ist in der Abteilung Pflanzenschutz-
präparate tätig, für die Mobaufgaben größeren Umfanges vorliegen.
Solange nicht die zugesagten, aber noch nicht zugewiesenen Ersa-
kräfte zur Verfügung stehen, würde eine Wegnahme des Brandes die
Erfüllung des Lieferprogrammes, zu dem Schering verpflichtet ist,
unmöglich machen beziehungsweise empfindlich stören und verzögern.

Wir ersuchen deshalb, von einem Abtransport des Brandes
vorläufig absehen zu wollen, bis die Ersatzfrage geklärt ist.

SCHERING A.G.
Werk Adlershof
Der Wehrmachtsbeauftragte:
Dr. Steiner

Abb. 2: „Wir ersuchen deshalb, von einem Abtransport des Brandes vorläufig absehen zu wollen, bis die Ersatzfrage geklärt ist. Schering AG Werk Adlershof. Der Wehrmachtsbeauftragte Dr. Steiner“ am 16. November 1942. Schreiben an das Arbeitsamt Berlin zur „Reklamierung“ von Edwin Brandes. [LAB (Landesarchiv Berlin), A Rep. 229, Nr. 514]

Anzeige des Unternehmers (Haushaltsvorstand) über Arbeitsbucheintragen

Name (Zu- u. Vor-) des Arbeitsbucheinhabers . . . Brandes, Edwin-Israel Berufsgruppe 23
 Bei Frauen: geborene, verwitwete, geschiedene . . . - Berufsart b
 Geboren am . . . 14.5.1912 (laut S. 5 des Arbeitsbuches)
 Jetzige Wohnung: { Wohnort: Berlin S.O.16 Staatsangehörigkeit: D.R.
 { Straße u. Nr. Michaelkirchstr. 26 b/ Sonnenfeld
 Vollständige Nr. des Arbeitsbuches (S. 1) . . . 2287/ 5143

Einstellung am . . . Beschäftigt als: . . . 104
 Letzt: Arb.-Buch vermerkte Beschäftigung vom . . . bis . . .
 bei . . . (Name, Ort, Kreis)
 Bei Zugezogenen polizeilich gemeldet in . . . (Ort, Kreis)

Entlassung am 3.12.42 Beschäftigt gewesen seit 20.3.41
 Zuletzt beschäftigt gewesen als Chemiehilfswerker
 Entlassungsgrund (z. B. Arbeitsmangel, Stellenwechsel, Wehrdienst, Arb.-Dienst, Inval., Krankheit, Tod, Heirat) Evaluierung
 Neuer Wohnort nach der Entlassung (falls bekannt) . . .

Beschäftigungsart Bisher . . . } in dem-
 neue Beschäftigungsart: . . . selben Betriebe

Wohnungsänderung Bisherige Wohnung: . . . Jetzige Wohnung: siehe oben

Versetzung (nur von Filialbetrieben und größeren Verwaltungen auszufüllen)
 Es handelt sich bei der oben angezeigten
 a) Einstellung um eine Versetzung von . . . b) Entlassung um eine Versetzung nach . . .
 (Ort, Kreis) . . . (Ort, Kreis) . . .

Die vorgeschriebene Eintragung vorsehender Änderungen im Arbeitsbuch
 habe ich — haben wir — heute vorgenommen
 Berlin-Adlershof, den 3.12. 1942

Unterschrift des Unternehmers (Führer des Betriebes, der Verwaltung, Haushaltsvorstande)
 Art des Betriebes: Fabrik
 Anschrift: BERLIN-ADLERSHOF
 Fernsprecher: 63 8021

An das Arbeitsamt Berlin

Eintragungen des Arbeitsamts			
Stelle	Datum u. Hd.	Stelle	Datum u. Hd.

Berlin C.2

Ab-Az 11 100 000 8.42 C/2294

Abb. 3: Laufzettel für die Entlassung von Edwin Brandes am 3. Dezember 1942. Einen Spind hatte Edwin Brandes nicht, seinen ausstehenden Lohn und seine Papiere erhielt er nicht.

[LAB (Landesarchiv Berlin), A Rep. 229, Nr. 514]

724

Juden. am 27-II-1943 evakuiert!

2	✓ Bielski, Leo	DR	ab 13.6.42
2	✓ Bodlaender, Horst	DR	
3	Brandes, Edwin	DR	ab 3.12.42
4	Bühl, Rolf	DR	ab 11.10.42
5	✓ Cohen, Philipp		
6	✓ Friedeberg, Hans-Joachim	DR	
7	✓ Gerson, Bruno	DR	
8	✓ Graetzer, Ernst	DR	
9	Heymann, Siegmund	DR	ab 19.12.42
10	✓ Joachimsthal, Harry	DR	
11	✓ Kaiser, Kaufmann	DR	
12	✓ Levita, Alfred	DR	
13	Leventhal, Manfred	DR	ab 5.12.42
14	✓ Schieretski, Max	DR	
15	Seemann, Adolf	DR	
16	✓ Spiro, Max	DR	
17	✓ Weber, Hans	Staatenlos	
18	✓ Rosenthal, Gustav	DR	
19	✓ Salomon, Gerhard	DR	
20	✓ Kaunitz, Alexander	Staatenlos	
21	✓ Josefson, Ernst	DR	
22	✓ Rodenstrauch, Adolf	Staatenlos	
23	✓ Przedecki, Salo	DR	
24	✓ Neuberg, Adolf	Staatenlos	
	von der Wall, Abraham	D.R.	
	Heinemann, Rudolf	D.R.	
	Wurst, Max	D.R.	
	✓ Hirschfeld, Hermann I	D.R.	Eintritt 28.12.42
	✓ Goldschmidt, Paul	D.R.	
	✓ Glogauer, Gottlieb	D.R.	Eintritt 1.1.43
	✓ Grünbaum, Harry	D.R.	
	✓ Joelsohn, Hermann	D.R.	Eintritt 1.1.1943
	Heilborn, Ismar	D.R.	
	✓ Pekorny, Felix	D.R.	16.1.1943
	✓ Hirschfeld, Martin	D.R.	

7

Abb. 4: „Juden am 27.02.1943 evakuiert!“

Dokumentation der sogenannten Fabrikaktion bei der Schering AG Werk Adlershof. Einige Namen sind hier bereits gestrichen und mit Entlassungsdaten versehen, wie Edwin Brandes. Für Leo Bielski ist das Datum 13.06.42 vermerkt, er war am 28.05.1942 ermordet worden. Nicht alle wurden deportiert.

Die mit sogenannten Arierinnen verheirateten jüdischen Hilfsarbeiter, wie Bruno Gerson, wurden inhaftiert und später freigelassen.

[LAB (Landesarchiv Berlin), A Rep. 229, Nr. 514]

Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremden- feindlichkeit, Projektgruppe „Jüdisches Leben gestern und heute“ **Gedenkliste Lübbener Juden**

Sophie-Charlotte Astrich (30.08.1893, Berlin), Studienassessorin an der Mittelschule Lübben, Lübben, Brunnenstr. 8. Selbstmord am 23.09.1941 in Lübben. Stolperstein am 10.09.2008 in Lübben.

Siegfried Ball (22.12.1891, Lübben), Kaufmann in Berlin-Wilmersdorf, Cicerostr. 4, Emigration. Deportation ab unbekannt nach Theresienstadt, Todesdaten 05.02.1944, Auschwitz.

Frieda Beil, geb. Moses (27.11.1886, Lübben), Witwe des Produktenhändlers Max Beil, Lübben, Kirchstr. 24, Berlin-Mitte, Brunnenstr. 141 bei Wittenburg, Berlin-Neukölln, Biebrichstr. 6. 5. Transport vom 14.11.1941 nach Minsk, Todesort Minsk.

Albert Blumenfeld (01.10.1873, Lübben), Sohn des Kunstreiter-Ehepaars Joseph Lewy gen. Blumenfeld und Katharina geb. Goutsmitt, Artist, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 64. 11. Transport vom 28.03.1942 nach Piaski, Todesort wahrscheinlich Belzec.

Carl Blumenfeld (26.12.1877, Bütow), Artist, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 64. 11. Transport vom 28.3.42 nach Piaski, Todesort wahrscheinlich Belzec.

Hermann Blumenfeld (30.03.1872, Elmshorn), Artist, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 64. 11. Transport vom 28.03.1942 nach Piaski, Todesort wahrscheinlich Belzec.

Klara Blumenfeld (12.11.1881, Landsberg), Artistin, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 64. 11. Transport vom 28.03.1942 nach Piaski, Todesort wahrscheinlich Belzec.

Albert Bock (13.10.1870, Luckau), Witwer von Elise Bock geb. Walter, seine Tochter Margot konnte nach England emigrieren, Kaufmann in Lübben ab 1899, Mitglied der Synagogen-Gemeinde, 1933 Konfektionshaus Lübben, Logenstr. 12, 1935 Jüdisches

Altersheim, Berlin-Mitte, Gormannstr. 3. 76. Alterstransport vom 15.12.1942, Todesort Theresienstadt am 28.02.1943. Stolperstein am 10.09.2008 in Lübben.

Edwin Brandes (14.05.1912, Berlin-Lichterfelde), Cousin von Ruth Markowicz, geb. Schwabe, Berlin-Charlottenburg, Sybelstr. 25, 1941 Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 26, bei Sonnenfeld, Zahntechniker, Zwangsarbeit als Chemie-Hilfswerker in der Meritol-Abteilung bei Schering-Adlershof, Entlassung zur Deportation am 03.12.1942, dann illegal, Sommer 1943 Lübben, Gaststätte Liedemann, Sternstr. 1, Ende 1943 von der Gestapo gefasst. 48. Transport vom 20.01.1944 nach Auschwitz, Arbeit in der Strafkompagnie, Todesdatum 29.01.1944 in Auschwitz.

Julius Burchardi (16.11.1877, Stolp, Pommern), Glasermeister in Lübben, Hauptstr. 48, Repräsentanten-Stellvertreter der Synagogen-Gemeinde, 1937 Lübben, Schützengraben 11. 1. Transport vom 02.04.1942 aus Frankfurt (Oder) über Berlin nach Warschau, bis 21.07.1942 im Warschauer Ghetto, ermordet vermutlich in Treblinka. Stolperstein am 10.09.2008 in Lübben.

Minna Burchardi, geb. Gersten (09.10.1878, Kuschkow, Krs. Lübben), Ehefrau des Glasermeisters Julius Burchardi, Lübben, Hauptstr. 48, 1937 Lübben, Schützengraben 11. 1. Transport vom 02.04.1942 aus Frankfurt (Oder) über Berlin nach Warschau, bis 21.07.1942 im Warschauer Ghetto, ermordet vermutlich in Treblinka. Stolperstein am 10.9.2008 in Lübben.

Gerhard Ludwig Georg Emmerich (26.09.1920, Lübben), Sohn des Berliner Großhändlers Leo Levi Emmerich und seiner Ehefrau Helene geb. Kurnicki, Zwangsarbeit als Hilfsmonteur bei der MEG Maschinenfabrik Berlin Andreas Schmitt Berlin SW 29, Gneisenaustr. 44-45, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 103. 2. Transport vom 24.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, Deportation nach Auschwitz, am 01.09.1944 nach Dachau, am 25.10.1944 nach Auschwitz, Todesdatum unbekannt.

Helene Emmerich, geb. Kurnicki (03.12.1889, Berlin), Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 103. 2. Transport vom 24.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, Todesort Łódź am 08.04.1942.

Leo Levi Emmerich (23.04.1883, Steinheim), Papiergroßhändler, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 103. 2. Transport vom 24.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, Todesort Łódź am 22.04.1942.

Lucie Friederike Emmerich (25.11.1921, Berlin) Modezeichnerin, Montiererin bei Siemens-Schuckert, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 103, 2. Transport vom 24.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, 03.08.1944 Deportation nach Auschwitz, weiter ins Zwangsarbeitslager Bernsdorf b. Trautenau, überlebt als einzige ihrer Familie, 1947 Emigration in die USA.

Max Flatau (20.06.1867, Lübben), Sohn des Lübbener Kaufmanns Isaac Flatau und seiner Ehefrau Henriette, geb. Moses, Berlin-Charlottenburg, Weimarer Str. 13, Berlin-Tiergarten, Lessingstr. 26. Sammellager Große Hamburger Str. 26, 52. Alterstransport vom 28.08.1942 nach Theresienstadt, Todesort Treblinka am 29.09.1942.

Eduard Gärtner (24.07.1877, Schweinfurth/Bayern), Handelsvertreter, Witwer von Erna Gärtner, geb. Wolff, aus Lübben, seine Töchter Harriett und Miriam konnten über Schweden nach Palästina emigrieren. Berlin-Charlottenburg, Spandauer Str. 17, heute Spandauer Damm 54, 7. Transport 27.11.1941 nach Riga, Todesdatum unbekannt. Stolperstein am 22.07.2009 in Berlin.

Henriette Goertz (10.08.1862, Danzig), Patientin der Landesanstalt Lübben. Am 07.12.1940 ermordet, Todesort unbekannt.

Hilde Goldminz (19.05.1929, Berlin), bis 1936 Patientin der Landesanstalt Lübben, dann nach Potsdam und Görden verlegt. Am 09.05.1940 „auf Verfügung des Reichsverteidigungskommissars in eine andere Anstalt verlegt“, in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel ermordet.

Elisabeth Hirsch, verw. Kassel, geb. Schmelz (11.05.1887, Ober Lazisk, Krs. Pleß) Witwe des Lieberoser Kaufmanns Max Hirsch, ihre Tochter Sophie Alice (Lia) konnte nach Palästina emigrieren, wohnte 1939 bei ihrer Schwägerin Frieda Moses, geb. Hirsch, in Lübben, Kirchstr. 28, 1942 Altersheim der jüdischen Synagogengemeinde Frankfurt (Oder). 1942 ins Warschauer Ghetto deportiert und ermordet.

Hermann Jablonsky (11.11.1869, Lübben) Sohn des Lübbener Kaufmanns Moritz Jablonsky und seiner Ehefrau Amalie, geb. Leichtentritt, wohnhaft in Hamburg. Deportation am 15.07.1942 nach Theresienstadt, am 21.09.1942 nach Treblinka, Todesort Treblinka.

Rosalie Kassel (14.12.1911, Königshütte, OS), Tochter von Elisabeth Hirsch aus erster Ehe, Jüdische Oberschule in Berlin, wohnte 1939 bei ihrer Tante Frieda Moses, geb. Hirsch in Lübben, 1941 Arbeiterin, Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 8. 18.10.1941 Litzmannstadt/Łódź, Todesdaten 07.05.1942 Kulmhof.

Martha Kessler, geb. Manasse (14.11.1867, Lübben), Tochter des Lübbener Kaufmanns Leopold Manasse und seiner Ehefrau Albertine, geb. Jablonsky, ihre Kinder Adele, Hede, Manfred und Rose konnten emigrieren, Berlin-Wilmersdorf, Düsseldorfer Str. 19-20. 29. Alterstransport vom 24.07.1942 nach Theresienstadt, Todesort Treblinka am 26.09.1942.

Franziska Koslowski (09.08.1879, Berlin), Mutter der Zwillingsschwestern Hildegard und Käte Koslowski, Berlin-Neukölln, Steinmetzstr. 99. 5. Transport vom 14.11.1941 nach Minsk, Todesort Minsk.

Hildegard Koslowski (02.03.1916, Berlin-Neukölln), Zwillingsschwester von Käte Koslowski, Patientin der Landesanstalt Lübben. 1940 wahrscheinlich in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel mit Gas ermordet.

Käte Koslowski (02.03.1916, Berlin-Neukölln), Patientin der Landesanstalt Lübben. 1940 wahrscheinlich in der Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel mit Gas ermordet.

Emma Levitzki (15.12.1884, Jutroschin, Posen), Tochter des jüdischen Lehrers und Kantors Abraham Levitzki und seiner Ehefrau Frieda, geb. Bock, Hausgehilfin, 1939 Berlin Prenzlauer Berg, Danziger Str. 52, 1942 Berlin Prenzlauer Berg, Jablonskistr. 7. 10. Transport vom 25.01.1942 nach Riga, Todesort Riga.

Hugo Levitzki (12.01.1879, Lübben), Sohn des jüdischen Lehrers und Kantors Abraham Levitzki und seiner Ehefrau Frieda, geb. Bock, Berlin-Wilmersdorf, Zähringerstr. 25 bei Schwarz. Todesort unbekannt.

Rosa Levitzki (11.03.1881, Lübben), Tochter des jüdischen Lehrers

und Kantors Abraham Levitzki und seiner Ehefrau Frieda, geb. Bock, Hausgehilfin, Kindermädchen in der Familie Gärtner-Wolff, 1939 Berlin-Tiergarten, Essener Str. 10 bei Hauschner, 1942 Berlin Prenzlauer Berg, Jablonskistr. 7. 10. Transport vom 25.01.1942 nach Riga, Todesort Riga.

Ruth Markowicz, geb. Schwabe (07.04.1915, Berlin), Cousine von Edwin Brandes, Kontoristin, 1939 Berlin-Charlottenburg, Fritsche-str. 42, 1941 Berlin-Tiergarten, Solinger Str. 6 bei Gutman, tauchte nach der Verhaftung und Deportation ihrer Mutter, Margarete Schwabe, geb. Cerf, im Januar 1943 unter, wohnte ab Sommer 1943 in Lübben, Gaststätte Liedemann, Sternstr. 1, am 10.09.1943 in Bes-tensee von der Gestapo gefasst. Alterstransport vom 15.10.1943 nach Theresienstadt, am 09.10.1944 nach Auschwitz deportiert, für tot erklärt.

Kurt Meyer (20.04.1894, Lübben), wohnhaft in Halle/Saale, De-portation im November 1939 ins KZ Buchenwald. Stolperstein in Halle/Saale.

Frieda Moses, geb. Hirsch (18.10.1893, Groß Leine, Krs. Lübben), Ehefrau des Rohproduktenhändlers Julius Moses, ihr Sohn Heinz Siegbert Moses konnte nach Palästina emigrieren, bis 1939 Lüb-ben, Kirchstr. 28, 1943 Berlin Prenzlauer Berg, Griebenowstr. 1 bei Seelig. 33. Osttransport vom 03.03.1943 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz. Stolperstein am 09.11.2021 in Lübben.

Julius Moses (21.01.1883, Lübben), Rohproduktenhändler in Lüb-ben, Kirchstr. 4, Vorstand der Synagogen-Gemeinde, Wohnung in Lübben, Kirchstr. 28, beim Novemberpogrom am 09.11.1938 ins KZ Sachsenhausen deportiert, am 13.12.1938 Entlassung und Rück-kehr nach Lübben, 1943 Berlin Prenzlauer Berg, Griebenowstr. 1 bei Seelig. 4. großer Alterstransport vom 17.03.1943 nach Theresi-enstadt, am 09.10.1944 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz. Stol-perstein am 09.11.2021 in Lübben.

Ursel Fanny Moses (18.01.1922, Berlin), Patientin der Brandenbur-gischen Landesanstalt Lübben. Am 14.04.1940 in der Landes-anstalt Lübben verstorben, Todesursache angeblich Lungenentzün-dung (Bronchopneumonie).

Georg Nelhans (17.08.1893, Lübben), Sohn des Lübbener Lederhändlers Joseph Nelhans, Kaufmann, Zwangsarbeit als Bauarbeiter bei der Reichsbahn, 1939 Berlin-Mitte, Neue Königstr. 5 bei Katz, 1942 Berlin Prenzlauer Berg, Lottumstr. 13. 72. Alterstransport vom 05.11.1942 nach Theresienstadt, am 01.10.1944 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Gerhard Nelhans (27.01.1930, Sommerfeld, Niederlausitz), Sohn von Georg und Hulda Nelhans, Schüler, 1939 Berlin-Mitte, Blankenfeldestr. 8a, 1942 Berlin Prenzlauer Berg, Lottumstr. 13. 72. Alterstransport vom 05.11.1942 nach Theresienstadt, am 01.10.1944 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Hulda Nelhans, geb. Machol (25.05.1894, Mrotschen, Posen), Ehefrau von Georg Nelhans, ihr Sohn Martin konnte als einziger der Familie emigrieren, Hausangestellte bei der Erfassungs- und Versorgungsstelle der Jüdischen Gemeinde, Thielsch-Ufer, 1939 Jüdisches Altersheim Lützowstr. 48-49, 1942 Berlin Prenzlauer Berg, Lottumstr. 13. 72. Alterstransport vom 05.11.1942 nach Theresienstadt, Todesort Theresienstadt am 30. 05. 1944.

Emma Schneuer, geb. Bock (30.09.1880, Lübben), Witwe von Anzyl Schneuer, Schneiderin, Berlin-Wedding, Ackerstr. 61. Am 25.01.1942 nach Riga, Todesort Riga.

Jacob Steinberg (13.09.1877, Brüssow, Krs. Prenzlau), bis 31.12.1938 Hypothekenmakler, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 130, 1941 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 3. Transport vom 27.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, Todesdaten 12.09.1942, Kulmhof.

Lina Steinberg, geb. Wermuth (28.04.1888, Lübben), Ehefrau des Hypothekenmaklers Jakob Steinberg, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 130, 1941 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 3. Transport vom 27.10.1941 nach Litzmannstadt/Łódź, Todesort Łódź am 29.01.1943.

Eugenie Stiasny, geb. Almus (24.07.1881, Arnau, Böhmen), Berlin-Schöneberg, Bülowstr. 17, 1942 Berlin-Schöneberg, Luitpoldstr. 45. Transport vom 19.01.1942 nach Riga, Todesort Riga im Februar 1942.

Leopold Stiasny (30.12.1875, Lübben) Berlin-Schöneberg, Bülowstr. 17. 1942 Berlin-Schöneberg, Luitpoldstr. 45. Transport vom

19.01.1942 nach Riga, Todesort Riga im Februar 1942.

Käthe Wermuth, geb. Davidowitz (15.02.1900, Berlin), Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 13, 1942 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 70. Alterstransport vom 30.10.1942 nach Theresienstadt, am 04.10.1944 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Siegmund Wermuth (07.08.1886, Lübben) Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 13, 1942 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 70. Alterstransport vom 30.10.1942 nach Theresienstadt, am 04.10.1944 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Ursula Wermuth (03.11.1919, Berlin), Schwester von Wolfgang Wermuth, Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 13, 1942 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 18. Transport vom 15.08.1942 nach Riga, Todesdaten 18.08.1942, Riga.

Wolfgang Wermuth (23.11.1926, Berlin), Schüler, Sohn von Käthe und Siegmund Wermuth, Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 13, 1942 Berlin-Charlottenburg, Fritschestr. 55. 70. Alterstransport vom 30.10.1942 nach Theresienstadt, weiter nach Auschwitz und Dachau, überlebte als Einziger der Familie, 1947 Emigration in die USA.

Charlotte Wiechowski, geb. Riesenburger (05.02.1891, Neuenburg, Westpreußen) Patientin der Brandenburgischen Landesanstalt Lübben. Am 08.08.1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg/Havel ermordet.

Felix Wilhelmy (19.3.1890, Lübben), Berlin-Charlottenburg, Mommsenstr. 30 bei Eisner. Am 25.01.1942 nach Riga, Todesort Riga.

Max Wilhelmy (20.08.1882, Lübben), Bruder des emigrierten Lübbener Kaufmanns Willy Wilhelmy, Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Str. 6, 1943 Berlin-Kreuzberg, Alte Jacobstr. 92 bei Dwinatzky. 33. Osttransport vom 03.03.1943 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Johanna Wolff, geb. Pinner (22.01.1859, Birnbaum, Posen), Witwe des Lübbener Kaufmanns Wilhelm Wolff, Lübben, Hauptstr. 16, Logenheim, Berlin-Steglitz, Lange Str. 5-6. Ihre Tochter Käthe Joseph, geb. Wolff, konnte mit ihrer Familie nach Palästina emigrieren. 1. großer Alterstransport vom 17.08.1942 nach Theresienstadt, Todesort Theresienstadt am 31.08.1942. Stolperstein am 10.09.2008 in Lübben.

Hans-Günther Wunderlich (28.09.1917, Freiberg/Sachsen), Ehemann von Hertha Wunderlich, geb. Nelhans. 28. Transport vom 03.02.1943 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Hertha Wunderlich, geb. Nelhans (11.11.1923, Sommerfeld, Niederlausitz), Tochter von Hulda und Georg Nelhans, Berlin-Kreuzberg, Köpenicker Str. 21. 28. Transport vom 03.02.1943 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

Michael Mechel Ephraim Wunderlich (26.04.1941, Berlin), Sohn von Hertha Wunderlich, geb. Nelhans, und Hans-Günther Wunderlich, Berlin-Kreuzberg, Köpenicker Str. 21. 28. Transport vom 03.02.1943 nach Auschwitz, Todesort Auschwitz.

[Carola Gerlach, Ilka Gelhaar-Heider]

Archivalische Quellen: Archiv Arolsen, BAB R179; BAB R1509; BLHA Rep. 36A; BLHA Grundakten Lübben; BLHA Rep. 5 N Erbgesundheitsgericht Cottbus; BLHA Außenstelle Lübben Rep. 8; CJA; Entschädigungsamt Berlin; Archiv des Friedhofs Berlin-Weißensee; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz; LAB A Rep. 229, LAB B Rep. 025; LAB B Rep. 078 UH; LAB C Rep.118-01; Standesamt Lübben; Archiv Yad Vashem; Veröffentlichte Quellen: Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, Edition Hentrich, Berlin 1995; Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Bundesarchiv Berlin 2006; Gedenkdatenbank zum Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Bundesarchiv Berlin 2007ff.; Gedenkbuch Berliner Juden im Getto Litzmannstadt 1941-1944, bearb. von Ingo Loose, Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2009; Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003; Theresenstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945, Institut Theresienstädter Initiative (Hrsg.), Prag 2000; Carola Gerlach: Gedenkliste Lübbener Juden, in: „Gestern sind wir gut hier angekommen“. Beiträge zur jüdischen Geschichte der Niederlausitz, Kreismuseum Finsterwalde, Speicher Heft 9, Verlag Gunter Oettel, Zittau und Görlitz 2005; Alfred Gottwald, Diana Schulle: Die „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Marix Verlag, Wiesbaden 2005; Michael Hepp (Hrsg): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. KG Saur, München u.a. 1985; Friedrich Herrbruck: Zur neueren Geschichte der Juden in Lübben. In: Lübbener Heimatkalender 1992; Annette Hinz-Wessels: NS-Erbgesundheitsgerichte und Zwangssterilisation in der Provinz Brandenburg, be.bra wissenschaft, Berlin 2004; Kristina Hübener (Hrsg.) Brandenburgische Heil- und Pflegeanstalten in der NS-Zeit, be.bra wissenschaft, Berlin 2002; Andreas Weigelt (Red.): Das Leben und Schicksal der jüdischen Einwohner von Friedland, Lieberose und Peitz, hrsg. von der Evangelischen Kirchengemeinde Lieberose und Land, Lieberose 2004; Adreßbücher von Lübben und persönliche Mitteilungen; Gedenkbuch für die in Brandenburg/Havel ermordeten „Euthanasie-Opfer“ aus Berlin, Hrsg. Von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Oranienburg 2009.



Abb. 1: Stolpersteinverlegung 2009 in Anwesenheit von Helga Mahlo (Enkeltochter des Ehepaares Burchardi) und ihrer Familie.
[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremden- feindlichkeit, Projektgruppe „Jüdisches Leben gestern und heute“ Stolpersteinverlegung

Im Rahmen des Projekts „Jüdisches Leben gestern und heute“ wurden am 10.09.2008, in Anwesenheit zahlreicher Lübbener Einwohner und Einwohnerinnen, Gäste sowie Schüler und Schülerinnen, von dem Künstler Gunter Demnig, Stolpersteine für ehemalige Lübbener Bürgerinnen und Bürger verlegt. Wir freuen uns sehr Frau Helga Mahlo - Enkeltochter des Ehepaares Burchardi - und ihre Familie begrüßen zu können. Die Verlegung erfolgte vor deren letzten Wohnsitzen in Lübben.

Wir bedanken uns für die übernommenen Patenschaften bei:

Frau Susann Lehmann

Frau Karin Weber

Familie Freihöfer

Herr Horst Fiedler

Bürgermeister der Stadt Lübben, Herr Lothar Bretterbauer
der Bürgerinitiative „Tolerantes Lübben“

Sophie-Charlotte Astrich

Wie unerträglich der Druck für die Menschen war, welche die Nationalsozialisten zu ihren Feinden erklärten, lässt sich vielleicht am Beispiel der in Berlin geborenen Lehrerin Sophie-Charlotte Astrich erahnen.

Sie erblickte am 30.08.1893 als Tochter von Margarete und Hermann Astrich das Licht der Welt. Nach erfolgreichem Abschluss des akademischen Staatsexamen 1918 in Breslau und ersten praktischen Erfahrungen bewarb sich Astrich um eine Lehrerinnenstelle an der hiesigen Mädchenmittelschule. Aus Unterlagen des Lübbener Kreisarchiv geht hervor, dass Astrich die Bewerbung im Jahre 1925 für die wissenschaftliche Lehrerinnenstelle an der Lübbener Mädchenschule mit großem Eifer verfolgte. Aus dem Stellenblatt für Mittelschulen hatte sie von der freien Stelle erfahren, um die sie sich so sehr bemühte, um sich und ihrer Mutter ein angenehmes Leben zu ermöglichen. Nach regem Schriftverkehr zwischen Astrich und der Lübbener Bürokratie wurde sie letztlich aus einem Kreis von zehn Bewerbern ausgewählt. Zu Ostern 1926 trat sie, bei einer Bezahlung von 243,10 Reichsmark, ihren Dienst an der örtlichen Mittelschule an. Ihr Lehrauftrag umfasste die Fächer Mathematik sowie Naturwissenschaften.

Zum 01.01.1928 folgte die Festanstellung mit Pensionsansprüchen, welche durch einen vom Minister genehmigten Antrag auf den Tag ihrer Erstanstellung datiert wurde und ihr somit zum Anspruch zu zwei Jahren mehr Rentenansprüche verhalf. Für ihren Wunsch in der Spreewaldstadt mit ihrer Mutter ansässig zu werden, verzichtete Astrich sogar auf eine ihrer akademischen Stelle entsprechenden Anstellung und erwirbt 1933 in der Brunnenstraße 8 ein Grundstück. Zu diesem Zeitpunkt war ihre geliebte Mutter jedoch verstorben. Am 31. März 1933 wurde ihr eine vom Bürgermeister Karl Kirsch persönlich unterzeichnete Beurlaubung zugestellt. Dieser war ihr noch wenige Jahre zuvor bei der Frage der Rentenansprüche so wohlwollend begegnet. Dies war jedoch vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten.

Im Alter von 40 Jahren wurde die junge Frau endgültig in den Ruhestand versetzt und musste ab sofort von dem Erbe ihrer Eltern leben. In Lübben wurde sie seit dem als „Jüdin Astrich“ bezeichnet. Tatsächlich war Sophie-Charlotte Astrich aber schon einige Jahre zuvor zur evangelischen Kirche konvertiert (vermutlich vor 1926). Seit dem 22. November 1938 und ihrer Rückkehr aus Berlin in die Kleinstadt Lübben, darf sie nach Anordnung des Oberfinanzpräsidenten nur noch mit Genehmigung über ihr Vermögen verfügen. Bei der Deutschen Bank wurde ein Sperrkonto eröffnet, bis Kriegsbeginn konnte sie nun nur noch über monatlich 500 RM, später RM 300 verfügen. Diese Maßnahmen wurden unter anderem mit dem „Verdacht der Auswanderung“ versucht zu rechtfertigen.

Astrich starb am 23. September 1941. Die rassistischen Parolen und die unmenschlichen Einschränkungen mit denen sie seit der Machtübernahme der Nazis zu leben hatte, trieben sie in den Tod. Insbesondere die Denunziationskampagne eines Bauer aus dem nahen Treppendorf dürfte ihr viel Leid bereitet haben. Die Flucht in den Tod schien ihr der einzige Ausweg zu sein.



Abb. 2: Stolpersteinverlegung für Sophie-Charlotte Astrich am 10. September 2008.

[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Albert Bock

Albert erblickte am 13. Oktober 1870 in der Luckauer Hauptstraße 55 als ältester Sohn der Familie Bock das Licht der Welt. Seine Mutter war Lina Bock, eine geborene Braun, und Lippmann Bock sein Vater. Albert besuchte die Volksschule, später die höhere Schule und absolvierte schließlich erfolgreich eine kaufmännische Lehre.

So zieht er als junger Kaufmann 1899 nach Lübben und eröffnet ein Konfektionshaus in der Hauptstraße 46. In Lübben sesshaft geworden, heiratet er die am 28. Februar 1872 (Sontop/Posen) geborene Elise, eine geborene Walter. Das erste Kind, bringt Elise am 3. März 1901 zur Welt. Der kleine Leopold Walter Bock verstirbt jedoch bereits am 25. Mai 1902. Ihre Tochter Margot wird am 20. August 1907 geboren. Sie wird später die höhere Schule besuchen können und eine Ausbildung zur Buchhalterin abschließen. Margot arbeitete später im Geschäft der kleinen Familie.

Mit dem Jahr 1925 beginnt für die Familie Bock eine umzugsreiche Phase in ihrem Leben. Bocks ziehen in den Hohen Steinweg 14 um und eröffnen hier auch ihr Geschäft neu. 1933 folgt dann der zweite Umzug in die Logenstraße 12 (ehemals Hindenburgstraße). Im Entschädigungsverfahren wurde durch eidesstattliche Versicherungen ein mittelgroßes Geschäft und eine gutbürgerliche Wohnungseinrichtung beschrieben.¹ Im selben Jahr begann der Boykott gegen jüdische Geschäfte und der Umsatz ging fortwährend zurück. Am 23. Februar 1935 verstirbt seine geliebte Frau Elise. Die für jüdische Bürger schwierige politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland waren am Tode der Frau des zeitweise als Stadtverordneten tätigen Albert Bock, aller Wahrscheinlichkeit, nicht ganz unschuldig. Albert war neben seinem Engagement in der Lokalpolitik auch Mitglied der freiwilligen Feuerwehr des DRK und der Synagogengemeinde.

1 Entschädigungsamt Berlin, Reg.Nr.375.708, RD 1-13

Da sich die politische und wirtschaftliche Lage weiter verschärfte, sah sich Herr Bock gezwungen, sein Geschäft aufzugeben. Das Warenlager und die Einrichtungsgegenstände musste er zu Schleuderpreisen veräußern. Somit findet der Lebensabschnitt Lübben für die Familie Bock ein trauriges Ende. Albert und Margot Bock siedeln in das ca. 70 km entfernte Berlin um. Herr Bock zieht in das jüdische Altenheim in der Gormannstraße 3. Seine Tochter wird in der Innsbruckerstraße 20 bis zum März 1939 sesshaft. Wenige Monate vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges wandert Margot Bock nach England aus, sie bleibt ledig und kinderlos.

Nachdem Herrn Bock am 1. Oktober 1942 ein Bescheid über den Einzug seines Vermögens zugestellt wurde, deportierte man ihn am 15. Dezember 1942 gemeinsam mit Insassen des Altersheimes im Transport I/80 nach Theresienstadt. Die Bewertung seiner Habe am 5. Februar 1943 ergibt, dass es nicht vorhanden ist. Am 28. Februar 1943 verstirbt Albert Bock im Ghetto-Theresienstadt.



Abb. 3: Stolpersteinverlegung am 10. September 2008 für Albert Bock.
[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Minna und Julius Burchardi

Die Burchardis hielten sich bis zum Jahre 1942 in Lübben auf und waren somit mehr oder weniger die letzten jüdischen Bürger in Lübben, alle anderen waren zu diesem Zeitpunkt bereits emigriert, in der Illegalität oder tot. Julius Burchardi wurde am 16. November 1877 in Stolp (Pommern) geboren. Als ehemaliger Frontsoldat war er Träger des Eisernen Kreuzes und ein aktives Mitglied des Kriegsvereins. Bei Schützenfesten und Aufmärschen der Schützengilde war er ein sehr beliebter Moderator. Auch war Julius ein wahlberechtigtes Mitglied der Lübbener Synagogengemeinde und Repräsentanten-Stellenvertreter. Als Glasermeister führte er zusammen mit seiner Ehefrau Minna eine gut gehende Glaserei und bildete Lehrlinge und Gesellen aus. Minna wurde am 09. Oktober 1878 im Kreis Lübben gelegenen Kuschkow geboren und ist eine geborene Gersten. Alfred Schilbach, ein ehemaliger Lehrling des Glasermeisters heiratete im Jahre 1927 die einzige Tochter Rösi des Ehepaars Burchardis.

Aufgrund der politischen Lage, sprich der Verfolgung der Juden, war es Julius Burchardi nicht mehr möglich sein Geschäft weiterzuführen. Im Jahre 1937 sahen sich die Burchardis dann gezwungen an das Ende der Stadt in den Schützengraben 11 umzuziehen. Ein Jahr später waren sie gezwungen die Zwangsnamen „Sarah“ und „Israel“ zu beantragen. Nach der Geschäftsaufgabe fand Julius bei dem Glasermeister Fiedler in der Judengasse eine Anstellung, welche ihm mit einem Wochenlohn von 22,50 RM vergütet wurde. Auch Minna Burchardi musste arbeiten gehen, damit das Ehepaar seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte. Sie verdiente 12 RM in der Woche, die Miete für ihre kleine Wohnung betrug 18,40 RM, hinzukamen noch erhöhte Steuerausgaben und einige Sonderabgaben.

Im Jahre 1939 wies man ihnen dann die Judenkennekarten A00059 und A00060 zu und ab dem 17. September 1941 mussten sie den Judenstern tragen.

Vor den Augen Rösis und ihrer Tochter Helga wurde das Ehepaar Burchardi am 30. März 1942 abgeholt und zunächst in das Lübberner Polizeigefängnis verbracht, wo sie ihre Vermögenserklärung ausfüllen mussten. Am 2. April 1942 wurden sie über Berlin in das Ghetto Warschau deportiert. Auf den 21. Juli 1942 ist die letzte Nachricht, die Rösi Schilbach von ihren Eltern erhielt, datiert. Dies war das letzte Lebenszeichen Minna und Julius Burchardis. Am 22. Juli 1942 begannen die Transporte in das Vernichtungslager Treblinka.



Abb. 4: Stolpersteinverlegung für Minna und Julius Burchardi am 10. September 2008.

[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Johanna Wolff

Johanna Wolff, geb. Pinner, wurde am 22. Januar 1859 in Birnbaum geboren. Sie war die zweite Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm Wolff in Lübben. Ihr Wohn- und Geschäftshaus befand sich in der Hauptstr. 16. Es wurde 1896 gebaut und war zu diesem Zeitpunkt eines der modernsten Häuser, denn es verfügte über ein Wasserklosett. Das Haus bewohnten sie gemeinsam mit ihrer Tochter Käthe, ihrem Schwiegersohn Erich Joseph und den beiden Enkelkindern Eva und Inge. Wilhelm Wolff war der Synagogenvorsteher in Lübben. Johanna Wolff arbeitete mit im Geschäft. Sie waren angesehene Kaufleute, zum 50-jährigen Bestehen des Geschäfts 1925 gab es viele Gratulanten. Im Hause Wolff bekamen die Enkelkinder und andere jüdische Kinder aus Lübben Unterricht über das Judentum.

Aber auch Familie Wolff wurde nicht verschont und ihr Geschäft wurde boykottiert. Ende 1936 / Anfang 1937 entschlossen sie sich aus Lübben wegzugehen. Johanna und Wilhelm gingen ins Logenheim nach Berlin. Die gemeinsame Tochter Käthe wanderte mit ihrem Ehemann und den beiden Töchtern nach Israel aus. Im Mai 1937 verstarb Wilhelm Wolff und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee beigesetzt. Johanna Wolff ließ sich nicht überreden nach Israel zu gehen, die Familie hatte dies vorbereitet, und blieb in Berlin gemeinsam mit der Schwester ihres Schwiegersohns. Am 17. August 1942 wurde sie deportiert und verstarb am 31. August 1942 in Theresienstadt.



Abb. 5: Stolpersteinverlegung am 10. September 2008 für Johanna Wolff.
[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

Ehepaar Moses

Am 09. November 2021 wurden zwei Stolpersteine in Erinnerung an das Schicksal des Ehepaares Moses in der Kirchstraße - ehemals Nr. 28 verlegt.

Julius Moses wurde am 21. Januar 1883 in Lübben geboren und zählte zu einem der wichtigsten Personen des jüdischen Lebens in Lübben. Er war Kaufmann, kämpfte im Ersten Weltkrieg und erhielt das Eiserne Kreuz. 1925 ging er in den Vorstand der Synagogengemeinde und übernahm 1937 dessen Leitung.

Er wohnte mit seiner Frau Frieda Moses (geb. 1893) in der Kirchstraße 28. Beide hatten einen Sohn (Heinz) und eine Tochter (Hildegard). Die Tochter verstarb schon im Kindesalter. Das Ehepaar entschloss sich Anfang der 1940er in Berlin unterzutauchen. 1943 wurden sie deportiert. Frieda wurde nach Auschwitz gebracht. Julius zunächst nach Theresienstadt. Mit dem viertgrößten Alterstransport kam auch er schließlich in das Vernichtungslager Auschwitz. Beide wurden hier ermordet. Heinz Moses gelang 1939 die Ausreise aus Deutschland nach Israel, wo er eine eigene Familie gründete.

Wir bedanken uns für die übernommene Patenschaft bei:
Familie Jahn



Abb. 6: Stolpersteinverlegung am 9. November 2021 für das Ehepaar Moses.
[Foto: Ilka Gelhaar-Heider]

aufgezeichnet von
Ilka Gelhaar-Heider, 2009
**Jüdisches Leben heute – Familie
Dawidaschwili**

Das Ehepaar Marietta (geb. 30.10.1940, Jerewan) und Semyan (geb. 26.01.1941, Baku) lernte sich bereits in der Schule kennen. Nach acht Jahren heirateten sie im Jahre 1965 in Form einer klassisch kaukasischen Hochzeit. Sie bekamen zwei Söhne, dafür brach die Mutter ihr Studium ab und arbeitete als Technikprogrammiererin. Der Vater arbeitete als Leiter der Planungsabteilung in einer Maschinenfabrik und studierte sechs Jahre berufsbegleitend.

In ihrer Heimat waren sie in einer jüdischen Gemeinde integriert, gingen ihrem Glauben nach, besuchten die Synagoge und feierten die jüdischen Feste. Sie beschreiben ihr Leben und ihren Alltag für die damaligen Verhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion als normal. Sie hatten ein glückliches Leben.

Mit Beginn der Perestroika (1990) änderte sich das Leben grundlegend. Immer stärker wurden das nationale Denken und die Durchsetzung nationaler Interessen. Der Konflikt zwischen Armeniern und Aserbajdschanern spitzte sich zu und führte zum Krieg im Kaukasus. Und wieder einmal wurden aus Nachbarn und Freunden Feinde. Zunehmend verschlechterten sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Betriebe wurden geschlossen, viele verloren ihre Arbeit, so auch Familie Dawidaschwili.

Bereits vor 30 Jahren war ein Bruder des Herrn D. nach Israel ausgewandert. Später zog dieser nach Berlin um und lebt noch heute dort. Die jüdische Gemeinde in Baku hatte etwa 150000 Mitglieder, viele zogen weg, entweder innerhalb des Landes oder in die ganze Welt u.a. Kanada, Schweiz, USA, Israel und Deutschland. Auch Familie Dawidaschwili dachte lange darüber nach und machte sich die Entscheidung nicht leicht, zumal ein Sohn mit seiner Familie in Baku geblieben ist.

Am 02.12.2004 kam die Familie mit einem Sohn und dessen Ehefrau und Kind nach Peitz (Brandenburg). Im Juni 2005 kamen sie nach Lübben und zogen nach kurzer Übergangszeit in eine eigene Wohnung. Sie sind sehr zufrieden mit dem Leben in Lübben und fühlen sich sehr wohl. Herr D. beschreibt es aber als manchmal sehr langweilig. Sie haben einen Deutschkurs besucht, aber die deutsche Sprache fällt ihnen schwer. Der Sohn hat eine Arbeit und in Lübben ist sein zweites Kind geboren worden.

Den jüdischen Glauben praktizieren die Eheleute zuhause, da die Wege zur Synagoge sehr weit sind. Sie haben sich auch keiner jüdischen Gemeinde angeschlossen. In Lübben ist ihnen eine weitere jüdische Frau bekannt. Den Schabat halten sie nicht mehr ein. Leider können die jüdischen Feste für sie nicht richtig gefeiert werden, da in Lübben nicht alle Zutaten für die Zubereitung der traditionellen Speisen gekauft werden können. Aus diesem Grund würden sie auch noch einmal umziehen, aber nur gemeinsam mit der Familie des Sohnes.

Gern nutzen sie Ausflüge oder Reisen, um Synagogen zu besuchen und am jüdischen Gemeinschaftsleben teilzunehmen. In Baku arbeitete Herr Dawidaschwili bis zu ihrem Weggang in der Synagoge der europäischen und georgischen Juden. Es gibt noch eine weitere jüdische Gemeinde, die der Bergjuden. Antisemitischen Anfeindungen fühlen sie sich in Lübben nicht ausgesetzt, und haben diese auch früher nicht erlebt.



Abb. 1: Collage: „Chai heißt Leben – auch in Lübben“

[2. Platz des Rolf-Joseph-Preises 2023]

und Objekt in der Dauerausstellung des Museum Schloss Lübben]

Marleen Krüger

Collage: „Chai heißt Leben – auch in Lübben“

(2. Platz des Rolf-Joseph-Preises 2023 und Objekt in der Dauerausstellung des Museum Schloss Lübben)

Der Rolf-Joseph-Preis

Rolf Joseph war ein Überlebender des Holocaust. Nach dem Krieg besuchte er bis zu seinem Tod unentwegt Schulen, um Schülern und Schülerinnen seine Lebensgeschichte zu erzählen. So traf er auch auf Schüler und Schülerinnen aus Berlin, zu denen sich ein besonderes Verhältnis entwickelte. Diese sogenannte „Joseph-Gruppe“ veröffentlichte 2007 das Buch „Ich muss weitermachen - Die Geschichte des Herrn Joseph“, und initiierte den Rolf-Joseph-Preis ab 2012. In ihrem Interesse lag, die Erinnerung an Rolf Joseph, an seine Geschichte und seine Arbeit in Schulen in Form dieses Wettbewerbs wachzuhalten. Der Preis wurde 2023 vom Jüdischen Museum Berlin, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“ verliehen.

Die Idee einer Collage

Als ich, Abiturientin des Lübbener Paul-Gerhardt-Gymnasiums, von dem Wettbewerb auf der Internetseite des Jüdischen Museums Berlin las, wurde mir klar, dass ich unbedingt teilnehmen wollte. Nach einigen Gesprächen mit Personen in meinem Umkreis kristallisierte sich zunehmend heraus, dass es ein künstlerischer Beitrag werden sollte. Eine Collage, die die Geschichte der jüdischen Gemeinde in meiner Heimatstadt darstellt und deren hinterbliebene Spuren verbildlicht, war dafür das ideale Medium. Sie kann mithilfe von Symbolen, Briefen und Gedichten, Farben und Fotografien Emotionen vermitteln und spezielle Ereignisse im Leben der Lübbener Juden visualisieren, und zwar auf sehr begrenzter Fläche.

Dabei zeigt sich besonders die Vielfalt der jüdischen Kultur in Lübben und ihr Fehlen in der heutigen Zeit.

Ziel der Darstellung des einstigen jüdischen Lebens

Das Judentum und auch die Ereignisse des Nationalsozialismus sind Teil der Religionskunde und des Geschichtsunterrichts in meiner Schule. Ebenfalls findet jedes Jahr eine Jahrgangsfahrt in der 11. Klasse nach Auschwitz und Krakau statt, an welcher auch ich im Jahr 2022 teilnahm. Im Zuge des Geschichtsunterrichts besuchten wir zudem die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar in Thüringen.

Jedoch wurde die Betrachtung des Themas in der Schule recht allgemein gehalten. Persönliche Schicksale und regionale Geschichten wurden kaum beachtet. Deshalb wollte ich die zu diesem Zeitpunkt bei mir vorhandene Wissenslücke füllen. Ich stellte mir im Zusammenhang mit der Teilnahme am Rolf-Joseph-Preis die Frage, inwiefern es in meiner Heimatstadt Lübben jüdisches Leben gegeben hat und wo heute noch etwas von ihm zu finden ist. Diese Leitfrage war maßgeblich für die Ideenfindung und die Umsetzung des Projekts. Meine Collage soll nicht nur das einstige jüdische Leben in Lübben sichtbar machen und den Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart visuell auf wenig Raum darstellen, sie soll zum Nachdenken anregen, indem sie Einzelschicksale in den Fokus stellt.

Zentral auf der Collage befinden sich Fotos von Familie Wolff, Familie Burchardi, Familie Moses sowie Alfons Rosenthal, welche Opfer des nationalsozialistischen Regimes wurden. Ihre Geschichten und Schicksale sind bis heute erhalten. Vor allem die Familien Moses und Wolff trugen zur Emanzipation der jüdischen Gemeinde bei. Die Fotos werden von dem hebräischen Wort „Chai“ (hebräisch: חַי, deutsch: Leben) in Gold umrahmt. Andere Bildelemente zeigen ehemalige Häuser oder Schriftstücke von jüdischen Einwohnern Lübbens.

Das Preisverleihungswochenende: Kontraste zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Das in der Preisverleihung inbegriffene Wochenende, welches im Oktober 2023 in Berlin stattfand, bestätigte meine Beweggründe für das Gestalten der Collage. Es vermittelte, wie wichtig die Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus und Judentum auch heute noch ist, auch wenn man mit diesem Thema bereits häufig konfrontiert wurde. Besonders deutlich wurde dies durch die konsequenten Sicherheitskontrollen vor jüdischen Einrichtungen, welche zeigen, dass Gewalt in Verbindung mit Judentum auch heute ein ernstes Problem ist.

Das Wochenende begann mit einem Besuch eines Erev-Schabbat-Gottesdienstes am Abend in einer Synagoge in der Pestalozzistraße in Berlin-Charlottenburg. Am Samstag folgten Workshops und eine kurze Führung durch das Jüdische Museum. Den Höhepunkt bildete die Preisverleihung in der W. Michael Blumenthal Akademie des Jüdischen Museums am späten Nachmittag.

Reaktionen auf den Wettbewerbsbeitrag

„Für Ihren Artikel und die sehr bewegende Collage, beides abgedruckt in der FAZ vom 23.10.2023, bin ich Ihnen von Herzen dankbar. Was Sie geschrieben und künstlerisch gestaltet haben, ist nicht nur angemessen und souverän, sondern auch dringend notwendig.“ Eberhard Brünger in einem Brief an die Autorin

„Die Collage ist sehr inspirierend! Ist die jüdische Kultur eigentlich jemals zurück in die Stadt gekommen?“

Schüler, Grashof Gymnasiums Essen in einem Brief an die Autorin

„Wir sind sehr begeistert von deiner Collage.

Du hast uns gute Anregungen für unseren Unterricht gegeben!“

Schüler, Grashof Gymnasium Essen in einem Brief an die Autorin

„Als ich das erste Mal deine Collage gesehen habe, [...], war ich von der Wucht der Eindrücke, die dieses einzelne Bild vermittelt, überwältigt.“

Pia Sösemann, Laudatio Preisverleihung 2023

„Die dicken Umrandungen des Symbols legen sich wie eine Schutzmauer um die Portraits und schirmen sie ab, von den dunklen Geschehnissen im Rest der Collage.“

Pia Sösemann, Laudatio Preisverleihung 2023

**Ilka Gelhaar-Heider,
Marian Jobke,
André Liebelt
Nachwort 2009**

Dieser Versuch, den Einblick in eine vergangene Epoche zu dokumentieren, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Grunde ist die Endlichkeit dieser Dokumentation fraglich, da sich immer wieder neue Dokumente recherchieren lassen und die Geschichte täglich ein wenig weiter schreitet. Manchmal in bedeutenden, manchmal in eher unbedeutenden Schritten.

Doch eines wird uns nie vergönnt sein: Die Zeit zum Stillstand zu bringen. Sie lässt sich allenfalls dokumentieren. Deshalb möchten wir unser Wort nutzen und aufrufen weiterzuarbeiten. Denn die Zeugen dieser Zeit, die noch immer dunkle Schatten in das Jetzt wirft, scheiden von uns.

Nicht kapitelarisch erwähnen konnten wir, die Menschen des jüdischen Lübbens, denen die Ausreise aus Nazideutschland rechtzeitig gelang. Riskieren wir nach Ende des II. Weltkriegs und der industriellen Vernichtung von Menschen einen Blick in die Welt. So finden wir sie damals, weit verstreut in den unterschiedlichsten Ländern dieser Welt. Es gibt nicht viele Überlebende, doch in Argentinien finden wir Eva Steinbrecher, Heinz Moses in Israel, Martin Nelhans in Australien, Joachim Nelhans in Schweden und Margot Bock in England. Von Prager Leopold Israel (Liste 155), Wilhelmy Herbert Alexander Israel (Liste 203) sowie Wilhelmy Willy Israel (Liste 203) können wir berichten, dass ihnen die Ausreise gelang.¹ Wohin sie ihre Reise führte, bleibt in den Wirren der Geschichte verborgen.

¹ Ausbürgerung deutscher Staatsbürger 1933–1945, veröffentlicht im Reichsanzeiger

Vielleicht ist dies der richtige Moment um einen der bedeutendsten hebräischen Schriftsteller zu zitieren. „Erst wenn ein Mensch am richtigen Platz steht, wird er erkennen, wie viel er zu schaffen im Stande ist“ Samuel Joseph Agnon.

Am richtigen Platz finden wir einige ihrer Kinder, die wir in Israel besuchten. Wir trafen Rachel Doron und ihren Mann Jonny. Der uns nicht viel zum jüdischen Lübben sagen konnte, uns mit seinem Schicksal, doch um reichlich Lebenserfahrung mehrte. Es ist nicht einfach, Menschen, die ihre Geschichte unter Tränen berichten zu befragen und ihre Geschichte zu dokumentieren. Doch es ist wichtig sie zu erzählen, um sie so der Nachwelt offen zu halten.

Danksagung

Mirjam Rottenberg und ihre Schwester Rachel Doron, beide verwandt mit dem Lübbener Kaufmann Wilhelm Wolff und Omri Charasch, Enkel von Frieda und Julius Moses bedeuten viel für unsere Arbeit. Danken möchten wir ihnen für die Vielzahl an Bildern und Dokumenten, sowie für die zahlreichen Überlieferungen, aber auch für den Beistand in allen Phasen unseres Projektes. Besonderer Dank gilt auch Mireille Surowicz (Tel Aviv), die uns in Israel den Weg ebnete, Frau Dr. Carola Gerlach (wissenschaftliche Betreuung, Gastbeitrag) sowie Andreas Weigelt (Gastbeitrag).

Weiterhin danken wir den zahlreichen Archiven. Aber auch den fleißigen Helfern, wie Dana Tschöpel, die uns immer wieder mit reichlich Tatkraft zur Seite stand. An dieser Stelle danken wir allen projektbeteiligten Schülern und Schülerinnen und Lehrern und Lehrerinnen der Spreewaldschule Lübben, die uns besonders in der Anfangsphase des Projektes unterstützten.

Ilka Gelhaar-Heider, Marian Jobke, André Liebelt

Glossar¹

Bar Mizwa / Bat Mizwa – 13-jährige Jungen werden durch das Begehen der Bar Mizwa als religionsmündig in die Gemeinde aufgenommen, Mädchen werden mit 12 Jahren durch die Bat Mizwa Teil der Gemeinde

Chanukka – auch Lichterfest, erinnert an den erfolgreichen Makkabäeraufstand der Juden Judäas und die Wiedereinweihung des zuvor entweihten Tempels in Jerusalem

Koscher – beschreibt Nahrungsmittel, die nach den rituellen Speisegesetzen, zum Verzehr geeignet sind

Menora – ein siebenarmiger Leuchter, ein wichtiges religiöses Symbol des Judentums

Mikwe – rituelles Tauchbad, das fließendes Wasser (häufig aus Grundwasser gespeist) benötigt

Pogrom – seit dem Mittelalter beschreibt das ursprünglich aus dem Russischen stammende Wort Judenverfolgungen und Massenausschreitungen gegen jüdische Menschen

Rabbi – beschreibt einen Gelehrten, der Recht sprechen und über religiöse Fragen entscheiden konnte

Sabbat – der siebte Tag der Woche, der jüdische Ruhetag beginnt am Freitagabend mit dem Sonnenuntergang und endet am Samstagabend, die Sabbatfeier wird im Familienkreis begangen

Shoah – das hebräische Wort beschreibt Judenverfolgungen und Pogrome, seit dem 2. Weltkrieg ist damit meist der millionenfache Mord an europäischen Juden gemeint

Synagoge – das Gebäude, in der eine jüdische Gemeinde den Gottesdienst feiert und zusammenkommt, oft auch für die religiöse Unterweisung genutzt; hier wird der Gottesdienst zum Sabbat (Samstagmorgen) begangen

Tora – meint meist die Pergamentrolle, die in der Synagoge aufbewahrt wird, auf der die fünf Bücher Mose stehen (5 Bücher Mose = Pentateuch, Beginn des Alten Testaments)

1 Basierend auf dem Glossar der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Liste antijüdischer Rechtsvorschriften 1933–1945

Während des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg wurden am 15. September 1935 die „Nürnberger Rassengesetze“ verkündet. Es handelte sich um zwei Gesetze: das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (auch „Blutschutzgesetz“) und das „Reichsbürgergesetz“. Die „Nürnberger Rassengesetze“ verbreiteten die juristische Basis für die Diskriminierung und Verfolgung der Juden in Deutschland, die bereits seit 1933 in erschreckend starkem Maße mit Berufsverboten und zahlreichen Sondergesetzen eingesetzt hatte.

Die folgende Liste enthält eine Auswahl der zahlreich getroffenen antijüdischen Maßnahmen und Vorschriften von signifikanter Tragweite der Auswirkungen und Einschränkungen für die Betroffenen mit dem Ziel, sie zu entrechten, sich ihres Besitzes zu bemächtigen und sie aus der Gesellschaft auszugrenzen und gezielt zu demütigen, darunter insbesondere reichsweit geltende Gesetze und Verordnungen.

- | | |
|------------|--|
| 29.03.1933 | Boykott aller „nichtarischen“ Geschäfte, „nichtarische“ Justizbeamte erhalten in Preußen Zwangsurlaub. |
| 07.04.1933 | Juden dürfen kein Rechtsanwaltbüro eröffnen. |
| 07.04.1933 | Alle Beamten mit mindestens einem jüdischen Großelternteil werden aus dem Staatsdienst entlassen. |
| 22.04.1933 | Jüdische Ärzte dürfen nicht mehr für Krankenkassen tätig sein. Juden dürfen nicht als Patentanwalt tätig sein. |
| 25.04.1933 | Die Zahl der jüdischen Studenten an Hochschulen und Universitäten wird beschränkt. |
| 04.05.1933 | Jüdische Arbeiter und Angestellte bei Behörden werden entlassen. |

22.09.1933	Ausschluss von Juden aus den geschaffenen Kulturausschüssen. Berufsverbot für jüdische Künstler*innen und Journalist*innen.
29.09.1933	Reichserbhofgesetz: Allein Arier dürfen bäuerliche Höfe bewirtschaften.
13.11.1933	Juden dürfen nicht mehr Geschworene oder Schöffen sein.
05.02.1934	Jüdische Medizinstudenten werden nicht mehr zur Staatsprüfung zugelassen.
05.03.1934	Auftrittsverbot für jüdische Schauspieler und Schauspielerinnen.
08.12.1934	Jüdische Apotheker werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen.
06.09.1935	Jüdische Zeitungen dürfen nicht mehr in Geschäften oder Kiosken verkauft werden.
14.11.1935	Juden verlieren das Wahlrecht.
21.12.1935	Jüdische Notare, Ärzte, Professoren und Lehrer dürfen nicht mehr im Staatsdienst tätig sein.
01.01.1936	Einführung der Rassentrennung an Volksschulen.
15.10.1936	Jüdische Lehrer und Lehrerinnen dürfen keinen Privatunterricht mehr erteilen.
21.12.1936	Verbot öffentlicher jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen.
05.02.1937	Juden dürfen keine Jäger mehr sein.
02.07.1937	Die Zahl jüdischer Schüler und Schülerinnen an Schulen wird begrenzt.
17.12.1937	Verbot des Hebräisch-Unterrichts an höheren Schulen.
28.03.1938	Jüdische Gemeinden verlieren ihren Status als Körperschaft, fortan gelten sie als Vereine, müssen in das Vereinsregister eingetragen werden.
26.04.1938	Juden, die mehr als 5000 Reichsmark besitzen, müssen dies anmelden.
14.06.1938	Alle jüdischen Gewerbebetriebe werden erfasst und gekennzeichnet.
20.06.1938	Juden dürfen keine Behörden betreten.
11.07.1938	Juden dürfen sich nicht an Kurorten aufhalten.
25.07.1938	Jüdische Ärzte erhalten Berufsverbot.

27.07.1938	Nach Juden benannte Straßen müssen umbenannt werden.
27.09.1938	Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte.
05.10.1938	Juden müssen ihre Reisepässe abgeben. Neue Reisepässe werden nur beschränkt ausgestellt und erhalten den Aufdruck J (Jude).
11.11.1938	Juden dürfen keine Waffen besitzen.
12.11.1938	Juden dürfen keine Kinos, keine Konzerte und keine Theater mehr besuchen.
12.11.1938	„Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ – alle noch bestehenden jüdischen Betriebe werden geschlossen.
15.11.1938	Jüdische Kinder dürfen keine öffentlichen Schulen mehr besuchen.
28.11.1938	Ausgangssperre für Juden, jüdische Wohnungen werden erfasst.
29.11.1938	Juden dürfen keine Brieftauben mehr halten.
03.12.1938	Juden müssen ihre Führerscheine abgeben.
06.12.1938	Jüdische Studenten und Studentinnen werden von Hochschulen und Universitäten ausgeschlossen.
01.01.1939	Juden erhalten Kennkarten. Juden müssen einen Zwangsvornamen annehmen. Männliche Juden erhalten zu ihrem Vornamen den Namen „Israel“, weibliche den Zusatz „Sara“.
17.01.1939	Berufsverbot für jüdische Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Zahntechniker, Heilpraktiker und Krankenpfleger.
30.04.1939	Juden werden aus „arischen“ Häusern ausgewiesen und in „Judenhäuser“ eingewiesen.
01.09.1939	Ausgehbeschränkung für Juden.
12.09.1939	Juden dürfen nur in besonderen Geschäften einkaufen.
23.09.1939	Juden müssen ihre Rundfunkgeräte abliefern.
19.07.1940	Juden werden ihre Telefonanschlüsse gekündigt.
Jan. 1941	Krankenhäuser dürfen keine Juden aufnehmen.
20.05.1941	Die Auswanderung wird Juden nur in Ausnahme fällen erlaubt.
Sep. 1941	Beginn der systematischen Deportationen.

13.09.1941	Juden dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen.
01.09.1941	Alle Juden über 6 Jahren müssen als Kennzeichen den gelben Stern tragen.
10.10.1941	Wenn Juden ihren Wohnsitz verlassen wollen, müssen sie eine besondere Erlaubnis haben.
23.10.1941	Auswanderungsverbot für Juden.
24.10.1941	Verbot freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Juden.
20.12.1941	Rentenzahlungen an Juden werden eingestellt.
12.12.1941	Juden dürfen keine öffentlichen Fernsprecher mehr benutzen.
Jan. 1942	Juden müssen elektrische Haushaltsgeräte abliefern.
20.01.1942	Auf der „Wannsee-Konferenz“ wird über die „Endlösung der Judenfrage“ entschieden – es geht um die Vernichtung und Ermordung der europäischen Juden.
15.02.1942	Verbot für Juden ein Haustier zu halten.
17.02.1942	Verbot für Juden Zeitungen zu beziehen.
13.03.1942	Juden müssen ihre Wohnungstüren mit einem schwarzen Judenstern kennzeichnen.
12.05.1942	„Arische“ Friseure dürfen keine Juden mehr bedienen.
02.06.1942	Beginn der Deportationen nach Theresienstadt.
01.07.1942	Alle jüdischen Schulen werden geschlossen.
18.09.1942	Die Versorgung von Juden mit zugeteilten Lebensmitteln wird eingestellt.
24.09.1942	Soldaten dürfen keine „arischen“ Frauen aus geschiedenen „Mischehen“ heiraten.
09.10.1942	Der Kauf von Büchern ist Juden nicht gestattet.
01.07.1943	Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.
16.02.1945	Wenn der Abtransport von Akten, deren Gegenstand anti-jüdische Tätigkeiten sind, nicht möglich ist, sind sie zu vernichten, damit sie nicht dem Feind in die Hände fallen.

Impressum

2. aktualisierte und erweiterte Auflage

Herausgeber: Förderverein des Stadt- und Regionalmuseums Lübben (Spreewald) e.V.

Redaktion: Marianne Wenzel, Corinna Junker

Erscheinung: 2024

Auflage: 650 Stk

Gestaltung: Sebastian Franzka (www.hirnflug.de)

Copyright: © 2024 Museum Schloss Lübben

Kontakt: Ernst-von-Houwald-Damm 14
15907 Lübben (Spreewald) / Lubin (Błota)

www.museum-luebben.de

T: 03546/187478

ISBN 978-3-00-080077-1

Foto Vorsatzpapier: Das Geschäft der Familie Wolff in der Lübbener Hauptstraße, 1905. (Familie Doron und Familie Rottenberg)

Coverbild: Kanne aus der Sammlung Museum Schloss Lübben, (Foto: Katrin Kamrau)

© 2024 Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller Teile, ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie Internet-Plattformen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Mit freundlicher Unterstützung von der



Stiftung
Dahme-Spreewald

der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam



Förderverein des Stadt- und
Regionalmuseums Lübben e.V.



1905-





Jüdinnen und Juden lebten spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Lübben. Sie gründeten Familien, besuchten hiesige Schulen, verdienten ihren Lebensunterhalt und beerdigten hier ihre Angehörigen. Viele der Lübbener Jüdinnen und Juden wurden im Holocaust ermordet. Wir erinnern an sie.



Mit freundlicher Unterstützung:



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

ISBN 978-3-00-080077-1